



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1966

Montag, den 9. Mai 1966

Nr. 19

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident		Aufstufung der im Zuge der Landesstraße 3360 gelegenen Gemeindestraße (Eichgasse) in der Ortslage Hocheiheim, Landkreis Wetzlar	646
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 4. 66 bis 27. 4. 66	637	Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Der Hessische Minister des Innern		Festsetzung der Sozialhilferegelsätze ab 1. Juni 1966	646
Öffentliches Vereinsrecht; hier: Bekanntmachung der vor Inkrafttreten des Vereinsgesetzes ergangenen Vereinsverbote (§ 31 Abs. 2 und 3 VereinsG)	638	Zuständigkeit nach dem Gesetz zum Schutz gegen Baulärm vom 9. 9. 1965	646
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Martinsthal, Rheingaukreis	638	Regierungspräsidenten	
Der Hessische Minister der Finanzen		WIESBADEN	
Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers der Finanzen	638	Verordnung über das Naturschutzgebiet (Vogelschutzgebiet) „Stuhlberg“ in der Gemarkung Oberhöchstadt	647
Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden im Ausgleichsjahr 1966; hier: Gegenseitigkeit im Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden anderer Länder und Übersicht über das Gewerbesteuerausgleichsrecht der Länder, mit denen die Gegenseitigkeit gesichert ist	639	Umfang des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Siegerland auf der Lipper Höhe bei Burbach, Kreis Siegen	647
Der Hessische Kultusminister		Ungültigkeitserklärung von Fleischbeschaustempeln	648
Gebührenordnung für die Kliniken der Philipps-Universität Marburg/L. und der Justus-Liebig-Universität Gießen	644	Personalmeldungen	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	648
Verwendung von Verkehrszeichen aus dem Entwurf einer neuen Straßenverkehrs-Ordnung	645	F. im Bereich des Hessischen Kultusministers	649
Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 167 in der Ortslage Erzhausen, Landkreis Darmstadt	646	G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr	655
		H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	655
		Buchbesprechungen	656
		Öffentlicher Anzeiger	658
		Genehmigung zur Einrichtung eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Beilstein nach Herborn und von Rodenroth nach Dillenburg	663

Dem in dieser Ausgabe des StAnz., S. 645, veröffentlichten Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr „Verwendung von Verkehrszeichen aus dem Entwurf einer neuen Straßenverkehrs-Ordnung“ ist ein Abdruck der Verkehrszeichen beigelegt.

424

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 4. 1966 bis 27. 4. 1966

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt
6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

März 1966 — 21. Jahrgang — 3. Heft 1,50

Aus dem Inhalt:

- Die Gemeinden nach ihrer Besetzung mit allgemeinbildenden Schulen am 15. Mai 1965
- Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Berufsfach- oder Fachschule 1961
- Gesellenverdienste in ausgewählten Handwerkszweigen 1965
- Die Betriebsgrößenstruktur in der Land- und Forstwirtschaft 1965 und ihre Entwicklung in der Nachkriegszeit
- Hessischer Zahlenspiegel

Statistische Berichte

- A I 1 — A III 1 — vj 4/65**
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 4. Vierteljahr 1965 1,—
- C III 1 — vj 1/66**
Der Schweinebestand am 3. März 1966 in Hessen (Endgültiges Ergebnis) —,50
- C III 2 — m 2/66**
Die Schlachtungen in Hessen im Februar 1966 —,50

- C III 3 — m 2/66**
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Februar 1966 —,50
- C III 6 — m 2/66**
Brut und Schlachtung von Geflügel in Hessen im Februar 1966 —,50
- C IV 3 — m 3/66**
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen in Hessen im März 1966 —,50
- E I 1 — m 2/66**
Die Industrie in Hessen im Februar 1966 1,—
- E I 2 — m 2/66**
Die industrielle Produktion in Hessen im Februar 1966 1,—
- E I — F I/S — m 3/66**
Industrie¹⁾ und Bauhauptgewerbe²⁾ in Hessen Vorläufige Zahlen für März 1966 1,—
- F I 1 — m 2/66**
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 1966 —,50
- F II 1 — m 2/66**
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Februar 1966 —,50
- G IV 1 — m 2/66**
Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Februar 1966 —,50
- G IV 3 — m 2/1966**
Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe im Februar 1966 —,50
- H I 1 — m 1/66**
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 1966 —,50

H I 1 — m 2/66	
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Februar 1966 - Vorauswertung - Vorläufige Zahlen	—,50
H I 2 — hj 1/66	
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern am 1. Januar 1966	—,50
H I 4 — m 1/66	
Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Januar 1966	—,50
Wiesbaden, 27. 4. 1966	

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 Az.: 77 a 241/66
StAnz. 19/1966 S. 637

425

Der Hessische Minister des Innern

Öffentliches Vereinsrecht;

hier: Bekanntmachung der vor Inkrafttreten des Vereinsgesetzes ergangenen Vereinsverbote (§ 31 Abs. 2 und 3 VereinsG)

Die Liste der Vereinsverbote (StAnz. 1966 S. 204) wird wie folgt ergänzt:

Ordnungs-Nr. 175 BW
in Spalte 7 einsetzen:

- a) 28. 4. 1965
b) Einstellung des Verfahrens.

Wiesbaden, 27. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
II A 3 — 5 b 02/06 — 1/66 — 1
StAnz. 19/1966 S. 638

126

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Martinthal, Rheingaukreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Martinthal im Rheingaukreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessische Gemeindeordnung i.d.F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Rot zwei schräggekrenzte silberne Pfeile.“

Wiesbaden, 26. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 24/66
StAnz. 19/1966 S. 63.

427

Der Hessische Minister der Finanzen

Weitere Ergänzung des Erlasses betreffend die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers der Finanzen vom 7. Juli 1961 — Az.: O 1431 A — 24 — 1/7 — (StAnz. 30/1961 S. 840), zuletzt ergänzt durch Erlaß vom 27. Oktober 1965 — Az.: O 1431 A — 24 — 1/7 — (StAnz. 46/1965 S. 1337)

Wegen der Übertragung weiterer Vertretungsbefugnisse seitens der Bundesrepublik Deutschland auf mich wird der Abschnitt C des vorstehenden Erlasses weiterhin ergänzt und erhält nunmehr folgende Fassung:

C.

Die mir von der Bundesrepublik Deutschland übertragene Vertretungsbefugnis

1. in Angelegenheiten der Stationierungsstreitkräfte wegen Schäden aus der Zeit nach dem 5. 5. 1955 und in Rechtsstreitigkeiten der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften habe ich der Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main) weiter übertragen (Erlaß vom 25. 8. 1955 — IV/7 — 3308 — 4062/55 — StAnz. S. 960/61),

2. in Rechtsstreitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit Bundesbauangelegenheiten entwickeln, übertrage ich der Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main) im Rahmen der Bestimmungen unter A II 2 dieses Erlasses weiter,

3. a) in Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus dem Sozialversicherungsverhältnis der bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte beschäftigten Arbeitnehmer,

b) im Verfahren über Rechtsstreitigkeiten aus dem Betriebsvertretungsrecht gemäß Abs. (10) des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut,

c) in Rechtsstreitigkeiten, in denen Ansprüche gemäß Artikel VIII Abs. (5) des NATO-Truppenstatuts (NTS) auf Grund des Artikels 12 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (AG) — Bundesgesetzbl. 1961 Teil II S. 1183 ff — geltend gemacht werden,

d) in Rechtsstreitigkeiten wegen Ersatzleistungen für Manöverschäden, die von im Bundesgebiet stationierten Streitkräften eines Entsendestaates verursacht worden sind,

e) in Rechtsstreitigkeiten, die im Zusammenhang damit stehen, daß die Bundesrepublik Forderungen der Entsendestaaten auf Grund der mit ihnen geschlossener Verwaltungsabkommen geltend macht,

f) in Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Rückzahlungsansprüchen aus Überzahlungen und von Ansprüchen zum Ausgleich von Werterhöhungen,

g) in Rechtsstreitigkeiten aus Überlassungsverträgen über Liegenschaften,

h) in Rechtsstreitigkeiten infolge gerichtlicher Geltendmachung abgetretener Schadenersatzansprüche aus fallbedingter Arbeitsunfähigkeit von Arbeitnehmern bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge der in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Streitkräfte

i) in Fällen, in denen gegenüber der Bundesrepublik als Drittschuldnerin Maßnahmen der Zwangsvollstreckung in bezug auf Entschädigungsansprüche gemäß Artikel VIII Abs. (5) des NATO-Truppenstatuts (NTS) vorgenommen werden,

j) in Rechtsstreitigkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die von Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges eines Entsendestaates im Bundesgebiet unmittelbar beschafft werden,

habe ich der Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main) weiter übertragen (Erlasse vom 15. August 1963 — IV/7 — 3412 — 1 —, vom 30. September 1963 — IV/7 — 3630 b — 3 —, vom 7. September 1964 — IV/6 — 3355 — 7 — // 3442 — 6 —, vom 28. April 1965 — IV/7 — 3359 — 14 —, vom 4. Oktober 1965 — IV A 5 — 3630 b — 10 — und vom 5. April 1966 — IV A 4 — 3530 — 84 —).

Wiesbaden, 22. 4. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1431 A — 24 — I A 41
In Vertretung Dr. Krauß
StAnz. 19/1966 S. 637

488

An
die Gemeindeaufsichtsbehörden,
die Gemeinden und die Gemeindeverbände

Gewerbsteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden im Ausgleichsjahr 1966

hier: Gegenseitigkeit im Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden anderer Länder und Übersicht über das Gewerbesteuerausgleichsrecht der Länder, mit denen die Gegenseitigkeit gesichert ist.

a.

Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden vom 1. 4. 1960 in der Fassung vom 31. 12. 1964 (GVBl. 1965 S. 1) gebe ich bekannt:

Der Gewerbesteuerausgleich wird mit den Gemeinden der benachbarten Länder auch im Ausgleichsjahr 1966 durchgeführt. Dabei ist die Gegenseitigkeit nur im Umfang der geringeren Leistung zugesichert. Das bedeutet, daß sich im Verhältnis zweier Gemeinden verschiedener Länder, die rechtlichen Voraussetzungen nach dem Recht des Landes richten, daß die für die Betriebsgemeinden günstigere Regelung getroffen hat.

Die Begrenzung des Ausgleichsanspruchs auf den Umfang der geringeren Leistung kommt insbesondere in Betracht für

1. die Bestimmung des Kreises der in dem Gewerbesteuerausgleich einzubeziehenden Arbeitnehmer (Lehrlinge, Anlernlinge),
2. die Mindestzahl der Arbeitnehmer,
3. die Höchstentfernung zwischen Betriebsgemeinde und Wohngemeinde,
4. die Höhe und Berechnung des Ausgleichsbetrages (Höchstbetrag; Ausgleichsbetrag je Arbeitnehmer für Betriebsgemeinden, die keine Gewerbesteuer erheben; Ermittlung des durch die Gesamtzahl aller Arbeitnehmer zu bildenden Gewerbesteueraufkommens der Betriebsgemeinde, Umrechnung dieses Aufkommens auf einen bestimmten Hebesatz).

Mit folgenden Ländern wurde die Gegenseitigkeit vereinbart:

Baden-Württemberg
Bayern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz

b.

Eine Übersicht über die Bestimmungen der einzelnen Länder für den Gewerbesteuerausgleich 1966 ist dem Erlaß beigefügt.

Etwaige Schwierigkeiten, die durch die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen auftreten können, sind nach Möglichkeit mit den Gemeinden der benachbarten Länder im gegenseitigen Einvernehmen durch Vereinbarungen zu bereinigen.

c.

Hierzu weise ich daraufhin:

Gewerbsteuerausgleich mit Gemeinden des Landes Baden-Württemberg

Die für den Gewerbesteuerausgleich für das Ausgleichsjahr 1964 und 1965 maßgebende Zahl der Arbeitnehmer ist auch dem Gewerbesteuerausgleich 1966 zugrunde zu legen. Nicht erstarrt ist jedoch das für die Berechnung maßgebende Gewerbesteueraufkommen je Arbeitnehmer. Durch die Erstarrung entfällt lediglich die Mitteilungspflicht der Betriebe. Die Vorschriften über den Härteausgleich und die Vereinbarungen werden durch die Erstarrung nicht berührt. Ebenso findet die Verordnung über die Erstarrung keine Anwendung auf den Höchstbetrag.

Gewerbsteuerausgleich mit Gemeinden des Landes Bayern

Die für das Ausgleichsjahr 1966 in Aussicht genommene Erhöhung des Ausgleichshöchstbetrages je Arbeitnehmer ist zurückgestellt. Es verbleibt somit bei dem bisherigen Höchstbetrag von 100,— DM.

Gewerbsteuerausgleich mit Gemeinden des Landes Niedersachsen

Nach Ablauf der Erstarrungsperiode 1964/1965 sind die Berechnungsunterlagen für das Ausgleichsjahr 1966 neu zu ermitteln. Der Ausgleichsbetrag nach § 7 des Gesetzes ist nach dem Gewerbesteueraufkommen im Kalenderjahr 1965 zu er rechnen.

Gewerbsteuerausgleich mit Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat wie im Vorjahr eine Erstarrung der Berechnungsunterlagen angeordnet. Als erstarrt gelten daher nicht nur die Arbeitnehmerzahlen, sondern auch das für die Berechnung des Ausgleichsbetrages maßgebende Gewerbesteueraufkommen je Arbeitnehmer. Auf den Ausgleichshöchstbetrag sowie auf die Vorschriften über den Härteausgleich und die Vereinbarungen findet die Verordnung über die Erstarrung jedoch keine Anwendung.

Durch die Erstarrung der Berechnungsunterlagen wird die Pflicht der Wohngemeinde, den Ausgleichsanspruch anzumelden (§ 10 des Gesetzes) nicht berührt. Die Wohngemeinde kann sich bei der Anmeldung mit einem Hinweis auf ihre Anmeldungen für die Jahre 1964 und 1965 begnügen.

§ 1 Abs. 2 der Verordnung vom 25. Oktober 1965 bestimmt, daß die Vorschriften des § 13 (Härteausgleich) und des § 17 (Vereinbarung) GewStAusglGes. unberührt bleiben. In Fällen unzumutbarer finanzieller Nachteile wird den Wohngemeinden empfohlen, vor der Beantragung eines Härteausgleichs die Möglichkeiten abweichender Vereinbarungen mit den Betriebsgemeinden voll auszuschöpfen; den Betriebsgemeinden legt der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen dringend nahe, sich dem Abschluß solcher Vereinbarungen nicht zu verschließen.

Gewerbsteuerausgleich mit Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz hat die 1965 angeordnete Erstarrung der Arbeitnehmerzahlen aufgehoben. Für das Ausgleichsjahr 1966 werden mithin die Bestimmungen des Gewerbesteuerausgleichsgesetzes zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden wieder in vollem Umfang angewendet.

d.

Zu der Erstarrung der Arbeitnehmerzahlen, bzw. der Berechnungsunterlagen in anderen Ländern ist folgendes zu bemerken:

1. Die hessischen Betriebsgemeinden zahlen die Ausgleichsbeträge nach den im Jahre 1965 neu ermittelten Unterlagen. Dabei können sie sich jedoch nach dem Grundsatz der geringeren Leistung entweder gegenüber Gemeinden des Landes

Baden-Württemberg

auf die erstarrten Arbeitnehmerzahlen oder gegenüber Gemeinden des Landes

Nordrhein-Westfalen

auf die erstarrten gesamten Berechnungsunterlagen berufen, wenn sie hiernach weniger zu zahlen hätten.

2. Die hessischen Wohngemeinden erhalten von den Betriebsgemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen die gleichen Beträge wie die des Ausgleichsjahres 1965.

Die außerhessischen Betriebsgemeinden können sich auf den Grundsatz der geringeren Leistung nur berufen, wenn sie ein Absinken der Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer aus Hessen, bzw. ein geringeres Gewerbesteueraufkommen je Arbeitnehmer nachweisen können.

In dem Land Baden-Württemberg dagegen sind lediglich die Arbeitnehmerzahlen erstarrt. Hierbei muß die Betriebsgemeinde eine niedrigere Arbeitnehmerzahl nachweisen, wenn sie im Umfange der geringeren Leistung zahlen will. Die Betriebsgemeinden dieses Landes müssen, sofern nicht der Höchstbetrag und die erstarrten Arbeitnehmerzahlen zugrunde zu legen sind, in jedem Falle eine Erklärung i. S. des § 10 Abs. 1 und 4 des hessischen Gewerbesteuerausgleichsgesetzes abgeben. Für die hessischen Wohngemeinden entfällt nicht die Notwendigkeit der Anmeldung der Ansprüche gem. § 9 Abs. 1 des Gesetzes. Es genügt jedoch ein Hinweis auf die Anmeldung des Ausgleichsjahres 1965.

e.

In meinem Erlaß II B 2 — KO 9633 — 03 vom 1. 10. 1965 betr. Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden, hier: Höchstbetrag des Gewerbesteuerausgleichsbetrages für das Ausgleichsjahr 1966 (StAnz. 1965, Nr. 42, Seite 1208) bitte ich im ersten Absatz, letzte Zeile den Betrag von 250,— DM in 260,— DM zu berichtigen.

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
II B 21 — KO 9633 — 21

StAnz. 19/1966 S. 639

Übersicht über das Gewerbesteuerausgleichsrecht der Länder, mit denen die Gegenseitigkeit gesichert ist (Anlage zum Erlaß vom 7. 4. 1966 — II B 21 — KO 9633 — 21)

Gegenstand	Hessen	Baden-Württemberg	Bayern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz
1. Gesetze und Verordnungen	a) GewStAusglG i. d. F. v. 1/1965, S. 1) b) DVO z. GewStAusglG v. 4. 1. 1965 (GVBl. S. 5) c) Ausf. Best. v. 9. 2. 1965 (StAnz. S. 244) d) Erlaß vom 1. 10. 1965 (Bekanntm. d. Gemeind.) StAnz. 1965, S. 1208)	a) GewStAusglG v. 17. 12. 1964 (GVBl. S. 178) i. d. F. d. G. v. 17. 12. 1964 (GVBl. S. 435). b) VO v. 9. 7. 1965 (GVBl. S. 120). c) VO v. 18. 7. 1964 (GVBl. S. 295). d) VO v. 28. 7. 1965 (GVBl. S. 240). e) Bekanntm. v. 13. 10. 1965 (GABl. S. 623).	a) GewStAusglG v. 30. 5. 1961 (GVBl. S. 147). b) VO v. 20. 6. 1961 (GVBl. S. 178). c) Bekanntm. v. 13. 12. 1965 (StAnz. 1965, Nr. 51, S. 4)	a) GewStAusglG v. 9. 5. 56 (GVBl. S. 49) i. d. F. v. 14. 5. 62 (GVBl. S. 47). b) DVO z. GewStAusglG v. 22. 9. 56 (GVBl. S. 187). c) DVO v. 15. 6. 64 (GVBl. S. 86). d) VO v. 10. 11. 65 (MBl. Nr. 41/65 S. 1188)	a) GewStAusglG v. 5. 4. 1965 (GVBl. S. 56) i. d. F. v. 23. 1. 1962 (GVBl. S. 58). b) VO v. 4. 2. 1965 (GVBl. S. 19). c) VO v. 24. 7. 1964 (GVBl. S. 264). d) VO v. 28. 11. 1965 (MBl. 1965, Nr. 154, S. 1713)	a) GewStAusglG v. 24. 10. 56 (GVBl. S. 119) i. d. F. v. 19. 12. 62 (GVBl. S. 17). b) VO v. 8. 11. 56 (GVBl. S. 143). c) Landesgesetz v. 26. 7. 60 (GVBl. S. 149). d) VO v. 8. 12. 64 (GVBl. S. 237)
2. Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes sind auch — § 1 Abs. 2 des Gesetzes —	Lehrlinge und Anlernlinge	Lehrlinge und Anlernlinge	Anlernlinge	Lehrlinge und Anlernlinge	Anlernlinge	Lehrlinge und Anlernlinge
3. Behandlung der Arbeitnehmer von Sparkassen.	Keine Sonderbestimmung	Bei Arbeitnehmern, die am Stichtag in einer teilweise von der Gewerbesteuer befreiten öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkasse beschäftigt waren, ist der Ausgleichsanspruch nur mit dem Bruchteil zu zahlen, mit dem dem Gewinn der Sparkasse steuerpflichtig ist.	Keine Sonderbestimmung	wie Baden-Württemberg	Keine Sonderbestimmung.	wie Baden-Württemberg
4. Stichtag — § 3 Abs. 2 des Gesetzes —	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten bzw. — wenn dieser auf einen Sonntag fällt — der darauffolgende Werktag.	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten bzw. — wenn dieser auf einen Sonn- oder Feiertag fällt — der darauffolgende Werktag; der Samstag gilt als Feiertag.	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten.	Tag der Ausstellung der Lohnsteuerkarten bzw. — wenn dieser auf einen Sonntag fällt — der darauffolgende Werktag.
5. Höchstentfernung zwischen Wohn- und Betriebsgemeinden	Keine Höchstentfernung (Hinweis auf Mindestzahl der Arbeitnehmer in Ziffer 6)	100 km (Bei Arbeitnehmern der Schifffahrt keine Höchstentfernung.)	Keine Höchstentfernung.	100 km (Bei Arbeitnehmern der Schifffahrt keine Höchstentfernung)	70 km (Bei Arbeitnehmern der Schifffahrt keine Höchstentfernung.)	100 km (Bei Arbeitnehmern der Schifffahrt keine Höchstentfernung)
6. Mindestzahl der Arbeitnehmer — § 4 des Gesetzes —	a) 3 Arbeitnehmer, wenn die Entfernung zwischen Wohn- und Betriebsgemeinden nicht mehr als 150 km beträgt — § 4 Abs. 1 — b) mehr als 5 Arbeitnehmer, wenn die Entfernung zwischen Wohn- und Betriebsgemeinden mehr als 150 km beträgt — § 4 Abs. 2 —	Mehr als 3 Arbeitnehmer.	a) Wohn- und Betriebsgemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern mehr als 3 Arbeitnehmer. b) Wohn- und Betriebsgemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern mehr als 6 Arbeitnehmer.	Keine Mindestzahl	Keine Mindestzahl.	a) Wohn- und Betriebsgemeinden mit nicht mehr als 1000 Einwohnern mehr als 2 Arbeitnehmer; b) Wohn- und Betriebsgemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern mehr als 4 Arbeitnehmer; c) Wohn- und Betriebsgemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern mehr als 8 Arbeitnehmer.
7. Begriffsbestimmung Gewerbesteueraufkommen — § 6 Abs. 2 des Gesetzes —	Als Aufkommen an Gewerbesteuer gilt das auf einen durchschnittlichen Hebesatz umgerechnete Ist-aufkommen der Steuer nach Gewerbesteuertrag und Gewerbesteueraufkommen. Hebesatz ist der im hessischen Finanz- ausgleichsgesetz zur Berechnung der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer nach Gewerbesteuertrag und Gewerbesteueraufkommen	Als Gewerbesteueraufkommen gilt das auf einen Hebesatz von 250 v. H. umgerechnete Ist-aufkommen der Gewerbesteuer nach Gewerbesteuertrag und dem Gewerbesteueraufkommen.	Als Gewerbesteueraufkommen gilt: a) bei Betriebsgemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, das auf einen Hebesatz von 250 v. H. umgerechnete Ist-aufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuertrag u. dem Gewerbesteueraufkommen einschließlich des Ist-aufkommens aus der	Als Gewerbesteueraufkommen gilt: a) bei Betriebsgemeinden, die im vorangehenden Rechnungsjahr keine Lohnsummensteuer erhoben haben, das auf einen Hebesatz von 250 v. H. umgerechnete Ist-aufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuertrag und dem Gewerbesteueraufkommen	wie Niedersachsen	Als Gewerbesteueraufkommen gilt das auf einen Hebesatz von 240 v. H. umgerechnete Ist-aufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuertrag und dem Gewerbesteueraufkommen.

<p>liche Vornhundertertz von zur Zeit 245 v. H. (§ 10 Nr. 3 FAG/1966)</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>der Wandergewerbesteuer; 2. Mindestgewerbesteuer: b) bei Betriebsgemeinden, die Lohnsummensteuer erheben, 1. das auf einen Hebesatz von 200 v. H. umgerechnete Istaufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbebeitrag und dem Gewerkekaptal und das auf einen Hebesatz von 800 v. H. umgerechnete Istaufkommen der Lohnsummensteuer;</p>	<p>die im vorangegangenen Rechnungsjahr Lohnsummensteuer erhoben haben, das auf einen Hebesatz von 200 v. H. umgerechnete Istaufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbebeitrag und dem Gewerkekaptal und das auf einen Hebesatz von 800 v. H. umgerechnete Istaufkommen der Lohnsummensteuer.</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>wie Hessen</p>
<p>8. Berechnung des Ausgleichsbetrages — § 6 Abs. 1 des Gesetzes —</p>	<p>Als Ausgleichsbetrag ist je Arbeitnehmer die Hälfte des Betrages zu zahlen, der sich ergibt, wenn das gesamte Einkommen der Betriebsgemeinden an Gewerbesteuer im vorangegangenen Rechnungsjahr durch die Zahl aller Arbeitnehmer geteilt wird, die am Stichtag in der Betriebsgemeinde in gewerbesteuerpflichtigen Betrieben beschäftigt waren.</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>wie Hessen</p>
<p>9. Höchstbetrag des Ausgleichsbetrages — § 6 Abs. 1 des Gesetzes in Verbindung mit § 1 der VO v. 4. I. 66 — (GVBl. I S. 5)</p>	<p>Der Höchstbetrag des Ausgleichsbetrages ist festgesetzt für Betriebsgemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl die Bedarfsmehrzahl nicht erreicht, auf 100,— DM 2. für Betriebsgemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl zwischen 100 und 170 v. H. der Bedarfsmehrzahl liegt, auf 115,— DM 3. für Betriebsgemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl 170 v. H. der Bedarfsmehrzahl übersteigt, auf 130,— DM Im Gewerbesteuerausgl. mit Gemeinden anderer Länder gilt ein einheitlicher Höchstbetrag von 115,— DM.</p>	<p>140,— DM</p>	<p>100,— DM</p>	<p>120,— DM</p>	<p>175,— DM</p>
<p>10. Ausgleichsbetrag für Arbeitnehmer gemeinden, die keine Gewerbesteuer erheben. — § 6 Abs. 3 des Gesetzes —</p>	<p>Die Hälfte des Höchstbetrages nach Nr. 9.</p>	<p>140,— DM</p>	<p>100,— DM</p>	<p>kein Ausgleich</p>	<p>75,— DM</p>
<p>11. Mitteilungspflicht der Betriebe — § 7 des Gesetzes —</p>	<p>Innerhalb von 5 Wochen nach dem Stichtag.</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>bis 30. Oktober</p>	<p>bis 15. November</p>
<p>12. Anmeldefrist der Wohngemeinde — § 8 Abs. 1 des Gesetzes —</p>	<p>5. Januar</p>	<p>5. Januar</p>	<p>5. Januar</p>	<p>5. Januar</p>	<p>5. Januar</p>

Gegenstand	Hessen	Baden- Württemberg	Bayern	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz
13. Erklärungsfrist der Betriebs-Gemeinde — § 10 Abs. 1 des Gesetzes —	5. März	5. März	5. März (bzw. 5. Juli, wenn der Anspruch bis 5. März nur unter Vorbehalt anerkannt war)	5. März	5. März	5. März
14. Frist für die Aufrechnung — § 5 des Gesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 3 —	5. März Die Betriebsgemeinde kann aufrechnen, auch wenn sie die Anmeldung (Nr. 12) unterlassen hatte. Die Aufrechnung ist zusammen mit der Erklärung (Nr. 13) geltend zu machen.	5. März wie Hessen	5. März	5. März wie Hessen	5. März Voraussetzung der Aufrechnung ist, daß jede Gemeinde als Wohngemeinde ihren Anspruch bis zum 5. Januar bei der Betriebsgemeinde angemeldet hat.	5. März wie Nordrhein-Westfalen
15. Mitteilungsfrist über die Höhe und Berechnung des Ausgleichsbetrages, sofern die Betriebs-Gemeinde nicht den Höchstbetrag zu zahlen hat — § 10 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes	5. Juni	5. Juni	5. Mai	5. Juni	5. Juni	5. Juni
16. Antragsfrist der Wohngemeinden für die Entscheidung des Regierungspräsidenten, wenn a) die Betriebs-Gemeinde den Anspruch nicht oder nur zum Teil anerkennt — § 10 Abs. 2 des Gesetzes —, b) die Wohn-Gemeinde mit Berechnung des Ausgleichsbetrages nicht einverstanden ist — § 10 Abs. 4 des Gesetzes —, c) die Betriebs-Gemeinde den Anspruch unter Vorbehalt anerkannt hat und eine Vereinbarung nicht zustandekommt — § 10 Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes —	5. Juni 5. Juli 5. September	5. Juni 5. Juli 5. September	Die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen des Landes Bayern sehen vor, daß in den Fällen, in denen sich die Wohn-Gemeinde und die Betriebs-Gemeinde nicht einig werden können, nicht mehr die Regierung für die Entscheidung zuständig ist, sondern die Wohn-Gemeinde (Leistungsklage) nach der Verwaltungsgerichtsordnung bei dem für die Betriebs-Gemeinde zuständigen Verwaltungsgericht erheben kann. Die Wohn-Gemeinde und die Betriebs-Gemeinde können vor der Klageerhebung bei der für die Betriebs-Gemeinde zuständigen Regierung die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens beantragen. Die Beantragung des Schlichtungsverfahrens und die Klageerhebung beim Verwaltungsgericht sind an keine Termine gebunden.	5. Juni 5. Juli 5. September	5. Juni 5. Juni 5. September	5. Juni Innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung 5. September
17. Antragsfrist zur Durchführung des Härteausgleichs durch den Regierungspräsidenten — § 12 des Gesetzes —	5. September	5. September	1. August	5. September	5. Juni	5. Juni

<p>18. Sonderbestimmungen bei Arbeitnehmern in mehreren Betrieben mit mehreren Betriebsstätten</p>	<p>a) Zur Wahrung der Frist nach Nr. 12 genügt die Anmeldung bei einer der beteiligten Gemeinden (§ 9 Abs. 1 Satz 2). b) Ist bei Betrieben mit mehreren Betriebsstätten die beteiligte Gemeinde nicht Betriebsgemeinde, so hat sie dies der Wohn-gemeinde bis zum 5. März mitzuteilen (§ 9 Abs. 1 Satz 4). Die Wohn-gemeinde hat ihren An-spruch bis zum 5. Mai bei der zuständigen Be-triebsgemeinde anzumel-den (§ 9 Abs. 1 Satz 5). Erkennt die Betriebs-gemeinde den Ausgleichs-ananspruch und die ange-meldete Zahl nicht oder nur zum Teil an, so hat sie dies der Wohn-gemeinde gegenüber bis zum 5. Juli zu erklären (§ 10 Abs. 1 Satz 1). Die Wohn-gemeinde kann so-dann die Entscheidung des zuständigen Regierungs-präsidenten bis zum 5. August beantragen (§ 10 Abs. 2 Satz 3). c) Stellt eine Gemeinde, die den Ausgleichsanspruch unter Vorbehalt aner-kennt hat, bei der Nach-prüfung fest, daß sie für Arbeiternehmer von Be-triebstätten nicht Be-triebsgemeinde ist und lehnt sie den Anspruch daher ab, so kann die Wohn-gemeinde innerhalb eines Monats vom Tage der Ablehnung an ge-rechnet ihren Anspruch bei der zuständigen Be-triebsgemeinde geltend machen (§ 10 Abs. 3 Satz 5). Erkennt die Betriebs-gemeinde den Anspruch nicht oder nur zum Teil an, so hat sie dies der Wohn-gemeinde innerhalb eines Monats zu erklären (§ 10 Abs. 3 Satz 6). Die Wohn-gemeinde kann dann innerhalb eines Monats die Entscheidung des Re-gierungspräsidenten be-antragen (§ 10 Abs. 3 Satz 7).</p>	<p>Zur Anmelde-frist (Nr. 12) genügt die fristgemäße Anmeldung bei einer der beteiligten Ge-meinden. Die Betriebs-gemeinde, bei der der An-spruch angemeldet worden ist, hat die übrigen Be-triebsgemeinden alsbald da-von zu verständigen.</p>	<p>Je 1/4 am 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezem-ber.</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>Betriebsgemeinde und Wohn-gemeinde können Ver-einbarungen über Höhe, Be-rechnung und Zahlung des Ausgleichsbetrages sowie über das Verfahren treffen. Dabei können sie von den Vorschriften dieses Gesetzes abweichen. Die Zeitdauer der Vereinbarung darf drei Jahre nicht überschreiten.</p>
<p>19. Freiligkeit der Ausgleichsbeträge — § 11 des Ge-setzes —</p>	<p>Je 1/4 am 1. Juni und 1. Dezember.</p>	<p>Wie Hessen</p>	<p>Je 1/4 am 1. Juni und 1. Dezember.</p>	<p>wie Hessen</p>	<p>Betriebsgemeinde und Wohn-gemeinde können Ver-einbarungen über die Durch-führung des Gewerbe-steuerausgleichs treffen. Der Zeitraum der Verein-barungen soll drei Jahre nicht übersteigen</p>
<p>20. Vereinbarungen — § 15 des Ge-setzes —</p>	<p>Je 1/4 am 1. März, am 1. Juni, am 1. September, am 1. De- zember</p>	<p>wie Nordrhein-Westfalen Zusatz: Der Höchstbetrag darf um nicht mehr als 10,— DM unterschritten wer-den.</p>	<p>Je 1/4 am 1. März, am 1. Juni, am 1. September, am 1. De- zember</p>	<p>Betriebsgemeinde und Wohn-gemeinde können Verein-barungen über die Höhe, Berechnung und Zahlung des Ausgleichsbetrages treffen. Dabei können sie von den Vor-schriften dieses Gesetzes abweichen. Die Zeitdauer dieses Gesetzes abweichend. Die Zeitdauer der Vereinbarung darf drei Jahre nicht überschreiten.</p>	<p>Wie Hessen</p>

<p>Gegenstand</p> <p>21. Gewerbesteuer- ausgleich mit Gemeinden anderer Länder — § 14 des Gesetzes —</p>	<p>Hessen</p> <p>An die Stelle der im § 9 Abs. 1, § 10 Abs. 1 bis 4, § 11 und § 12 bezeichneten Fristen treten diejenigen des anderen Landes, wenn sie auf einen späteren Zeitpunkt festgesetzt sind. In den Fällen der §§ 10 und 12 entscheidet der für die Betriebsgemeinde zuständige Regierungspräsident auch dann, wenn die Wohnge- meinde zu einem anderen Land gehört. Siehe auch StAnz. 1964 S. 1456.</p>	<p>Baden- Württemberg</p> <p>wie Hessen</p>	<p>Bayern</p> <p>wie Hessen</p>	<p>Niedersachsen</p> <p>wie Hessen</p>	<p>Nordrhein- Westfalen</p> <p>wie Hessen</p>	<p>Rheinland-Pfalz</p> <p>wie Hessen</p>
<p>22. Sonderregelung für das Aus- gleichsjahr 1966</p>	<p>Keine Sonderregelung.</p>	<p>Erstattung der Zahl der Arbeitnehmer.</p>	<p>Keine Sonderregelung.</p>	<p>Erstattung der Berechnungs- unterlagen entfällt.</p>	<p>Erstattung der Be- rechnungsunterlagen.</p>	<p>Erstattung der Zahl der Arbeitnehmer entfällt.</p>

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
II B 21 — KO 9633 — 21
StAnz. 19/1966 S. 639

Der Hessische Kultusminister

429

Gebührenordnung für die Kliniken der Philipps-Universität Marburg/L. und der Justus-Liebig-Universität Gießen

Bezug: a) Verordnung zur Änderung der Verordnung über Gruppenpflegesätze für Krankenanstalten vom 14. 4. 1966 (GVBl. S. 93); b) Gebührenord- nung vom 20. 6. 1958 (StAnz. S. 737, Amtsbl. S. 270) in der Fassung vom 24. 7. 1965 (StAnz. S. 920, Amtsbl. S. 489)

Die Gebührenordnung vom 20. 6. 1958 in der Fassung vom 24. 7. 1965 — H II 1 — 490/9 — 406 — erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1966 in den Ziffern 1 bis 4 folgende Fassung:

„1.
(1) Von selbstzahlenden Patienten, von Angehörigen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes werden folgende Pflegesätze erhoben:

	I. Pflegeklasse	II. Pflegeklasse	III. Pflegeklasse
Erwachsene	62,— DM	46,— DM	31,30 DM
Kinder unter 12 Jahren	62,— DM	46,— DM	25,10 DM

(2) Die Nebenleistungen werden den Kranken in der I., II. und III. Pflegeklasse außerdem nach dem Nebenkostentarif einzeln berechnet. Soweit hierfür keine besonderen Gebühren bestehen, werden die üblichen Preise zugrunde gelegt.

(3) Der Direktor der Klinik ist berechtigt, für die ärztliche Behandlung der Kranken der I. und II. Pflegeklasse in der Privatstation oder in den Privatzimmern ein Honorar besonders zu erheben.

(4) Personen, die nur zur Begleitung eines Kranken auf- genommen werden, haben folgende Sätze zu zahlen:

I. Pflegeklasse	36,— DM
II. Pflegeklasse	27,50 DM
III. Pflegeklasse	19,— DM

2.
(1) Für Kranke, die auf Kosten der Sozialversicherungs- träger und anderer öffentlicher Kostenträger in die III. Pflege- klasse aufgenommen werden, gelten folgende Pflegesätze:

Für Erwachsene	34,80 DM
Für Kinder unter 12 Jahren	27,90 DM

Für die Unterbringung und Verpflegung von Begleit- personen werden 19,— DM berechnet.

(2) Mit diesen Sätzen sind, soweit für die Kosten ganz oder zum Teil ein Träger der Sozialversicherung oder ein anderer öffentlicher Kostenträger aufkommt, die Nebenleistungen abgegolten; ausgenommen sind die Kosten für

- a) Encephalogramme,
- b) Röntgentherapie,
- c) Radium- und Mesothoriumbehandlung, radioaktive Isotopen (z B. Radio-Gold, radio-aktives Jod u. a.)
- d) Antibiotica im Rahmen der zwischen den Landes- verbänden der Krankenkassen in Hessen und der Hessischen Krankenhausgesellschaft abgeschlos- senen Vereinbarungen,
- e) Blutspenden,
- f) Untersuchungen, die nicht in den Kliniken selbst oder in universitätseigenen Instituten durchge- führt werden können,
- g) Brillen, Bandagen, Bruchbänder, künstliche Glieder, orthopädische Apparate und sonstige Ersatz- stücke, auch soweit sie einem Kranken als zu seinem Fortkommen unbedingt nötig mitgegeben werden müssen,
- h) die Operation mit der Herz-Lungen-Maschine, für die eine Pauschale von 950,— DM zu zahlen ist; damit sind abgegolten: Die Vorbereitung und Sterilisation der Herz- Lungen-Maschine, Labor- und Röntgenunter- suchungen, Schlauch- und Nahtmaterial, Fibrinogen. Für Sonderwachen werden die Selbstkosten zu- sätzlich berechnet.

Für die präoperative stationäre Behandlung werden Gebühren nach Ziffer 4 der Gebührenordnung erhoben;

- 1) die Benutzung der künstlichen Niere, für die eine Pauschale von 400,— DM zu zahlen ist; damit sind abgegolten:
Das Schlauchmaterial, die für die Dialysierflüssigkeit erforderlichen Substanzen, Sterilisation und Montage.

3.

(1) Für gesunde Säuglinge, die in den Kliniken geboren oder nach der Geburt mit der Mutter aufgenommen werden, wird in allen Pflegeklassen ein Satz von 8,70 DM täglich berechnet, wenn und solange das Kind von der gleichzeitig zur stationären Behandlung aufgenommenen Mutter gestillt wird.

(2) Für Säuglinge, die in den Kliniken geboren wurden und nach der Entlassung der Mutter noch in der Klinik

verbleiben, ohne daß sie einer besonderen ärztlichen Behandlung bedürfen, werden die Pflegesätze für Kinder erhoben.

4.

Für Patienten, die von öffentlichen Kostenträgern zur Begutachtung oder Beobachtung in die Kliniken eingewiesen sind, werden ein Pflegesatz von 31,30 DM täglich und die Nebenleistungen gesondert berechnet."

Dieser Erlaß wird im Amtsblatt des Hessischen Kultusministers veröffentlicht.

Wiesbaden, 25. 4. 1966

Der Hessische Kultusminister
H II 1 — 490/9 — 431
Im Auftrag
gez. Dr. von Bila
St.Anz. 19/1966 S. 644

430

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Verwendung von Verkehrszeichen aus dem Entwurf einer neuen Straßenverkehrs-Ordnung

Bezug: Verlautbarung im Verkehrsblatt Heft 2, 1966 S. 49

Nach der anliegenden Verkehrsblatt-Verlautbarung Nr. 38 vom 29. Dezember 1965 hat der Bundesminister für Verkehr keine Bedenken dagegen, daß die von ihm aufgeführten Verkehrszeichen aus dem Entwurf der neuen Straßenverkehrs-Ordnung bereits jetzt verwendet werden. Ich bitte, hiernach zu verfahren.

Das bisherige Bild 2 a der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung (Zeichen 114 der neuen Straßenverkehrs-Ordnung) sollte nur in dringenden Fällen erneuert werden, da es von dem neuen Zeichen nur geringfügig abweicht und in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur neuen Straßenverkehrs-Ordnung eingehende Erläuterungen gegeben werden, die die Aufstellung dieses Zeichens sehr einschränken. Danach soll mit diesem Zeichen zum Beispiel nicht überall dort, wo sich erfahrungsgemäß schon bei geringer Kälte Glatteis bildet, gewarnt werden, sondern nur an Stellen, die nicht ohne weiteres als glatteisgefährdet erkennbar sind. Nach dem Entwurf der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur neuen Straßenverkehrs-Ordnung darf das Zusatzschild „Glatteisgefahr“ nicht mehr angebracht werden.

Das Zeichen „Seitenwind“ der neuen Straßenverkehrs-Ordnung (117 neu) wird das Bild 1 der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung mit dem Zusatz „Seitenwind“ ersetzen.

Mein Runderlaß StVO — 1/60 vom 20. Juli 1960 wird insofern aufgehoben, als darin unter Ziffer 1 Absatz 4 ein Hinweis auf Bild 1 der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung erfolgt. Ich verweise hierbei auch auf meinen Erlaß vom 12. Oktober 1965 — III a 3 Az. 66 k 04.05 — an die Herren Regierungspräsidenten und das Hessische Landesamt für Straßenbau, wonach die Verwendung von Windsäcken nur noch in Ausnahmefällen zugelassen ist.

Zu dem Zeichen „Ufer“ (125 neu) ist zusätzlich zu den bereits gegebenen Erläuterungen zu bemerken, daß es nur anzubringen ist, wenn die Straße auf ein unbeschränktes oder unzulänglich gesichertes Ufer zuführt, vor allem auf Schiffsländen. Vor solchen Gefahrenstellen ist in der Regel zu warnen; erforderlichenfalls ist der Verkehr ergänzend durch Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit zu sichern.

Zu dem bisherigen Bild 4 a (134 neu) ist auf die Verkehrsblattverlautbarung 1965, Heft 7 S. 200 zu verweisen. Dieses Zeichen ist in Zusammenhang mit dem quadratischen Zeichen „Fußgängerüberweg“ des Entwurfs einer neuen Straßenverkehrs-Ordnung zu sehen.

Das Zeichen „Steinschlag“ (115 neu) ersetzt das jetzt verwendete Bild 1 der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung mit einem diesbezüglichen Zusatz. Das Aufstellen dieses Zeichens sollte nur bei neuen Gefahrenstellen oder im Rahmen der notwendigen Erneuerung geschehen.

Das Zeichen „einseitig verengte Fahrbahn“ (121 neu) wurde bereits bisher an Baustellen verwendet.

Das Zeichen „Lichtzeichenanlage“ (131 neu) ist in der Regel außerhalb geschlossener Ortschaften zu verwenden, innerhalb geschlossener Ortschaften nur dann, wenn der Fahrverkehr die Lichtzeichen zum Beispiel wegen einer Kurve, nicht rechtzeitig erkennen kann. Auch vor Lichtzeichenanlagen, die nur Gelb und dann Rot geben, kann durch dieses Zeichen gewarnt werden.

Das Zeichen „Radfahrer kreuzen“ (138 neu) kann an Stelle des jetzt mit einem Zusatz verwendeten Bildes 4 der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung aufgestellt werden, um vor Stellen zu warnen, an denen Radfahrer in großer Zahl oder unvermutet die Fahrbahn kreuzen. Eine Warnung mit diesem Zeichen ist stets erforderlich, wo ein gemeinsamer Radweg für beide Richtungen beginnt oder endet und da, wo ein Radweg für eine Richtung endet und ein gemeinsamer Radweg auf der anderen Fahrseite beginnt.

Das Zeichen „Flugbetrieb“ (144 neu) dient der Warnung des Kraftfahrers vor überraschendem Fluglärm. Es sollte daher auf Straßen mit schnellerem Verkehr dort aufgestellt werden, wo in der Nähe ein Flugplatz liegt.

Zu den bisherigen Bildern 6, 7, 13, 17 und 21 b sind keine zusätzlichen Erläuterungen erforderlich.

Die Anordnung für das Aufstellen der Zeichen „Beginn der Autobahn“ (230 neu), „Ende der Autobahn“ (234 neu) und „Vorwegweiser zur Autobahn“ (451 neu) behalte ich mir gemäß § 47 Abs. 1 der Straßenverkehrs-Ordnung vor.

Das bisherige Bild 33 a der Anlage zur Straßenverkehrs-Ordnung wird in Zukunft als quadratisches Zeichen ausgeführt.

Das Zeichen „Parken auf Gehwegen“ (315 neu) erlaubt künftig Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 2,5 t das Parken auf Gehwegen. Weitere Beschränkungen der Parkerlaubnis können im Zeichen oder auf einem Zusatzschild angeordnet werden, zum Beispiel: „Nur für Pkw“. Entsprechend der jetzigen Regelung des § 16 Abs. 2 Satz 2 Straßenverkehrs-Ordnung erlauben künftig Parkflächenmarkierungen das Parken auf Gehwegen für Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis 2,5 t. Meinen Runderlaß StVO — 8/60 vom 30. September 1960 hebe ich hiermit auf, bitte jedoch, auch weiterhin darauf zu achten, daß bei der Markierung von Parkflächen auf Gehwegen eine Mindestbreite von 1,50 m für die Fußgänger freigehalten wird.

Der Hinweis auf Wasserschutzgebiete durch das neu in den Entwurf der Straßenverkehrs-Ordnung aufgenommene Zeichen ist immer dann notwendig, wenn Fahrzeugführer, die wassergefährdende Stoffe geladen haben, gemahnt werden sollen, sich besonders vorsichtig zu verhalten.

Die Zeichen „Schülerlotsen“ und „Polizei“ sind in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungen aufzustellen.

Der Erlaß Verkehr — 25/60 vom 7. Juni 1960 wird, soweit er das Zeichen „Sackgasse“ betrifft, aufgehoben.

Das im Verkehrsblatt 1958 Seite 431 eingeführte nicht-amtliche Hinweiszeichen wird in die neue Straßenverkehrs-Ordnung als Verkehrszeichen übernommen. Unberührt von dieser Regelung bleibt mein Runderlaß StB — 19/59 vom

10. November 1959 — V d 2 Az. 63 a 24, der Richtlinien für die private Wegweisung und private Hinweiszeichen enthält.

In den Vorläufigen Richtlinien für die Kennzeichnung, Verkehrsführung und Verkehrsregelung bei Arbeitsstellen auf Bundesautobahnen, herausgegeben vom Bundesminister für Verkehr am 7. September 1964 — StB 4/StV 2 — Ba — 6002 Vms 64 IV — sind die Baustellenwegweiser in ihren verschiedenen Varianten aufgeführt. Entsprechend meinem Erlaß vom 26. August 1964 — V c 4 — Az. 63 a 24.03 — habe ich sowohl diese Wegweiser als auch die Baustellenabsper- rung für die Autobahnen in Hessen eingeführt.

Bei der Beschaffung, Anbringung und Unterhaltung der neu eingeführten Verkehrszeichen ist darauf zu achten, daß für die Zeichen, die bisher nur durch Verlautbarung im Verkehrsblatt eingeführt waren (s. StVO-Anhang: weitere Hinweiszeichen), nunmehr der jeweilige Baustraßenträger zuständig ist.

Wiesbaden, 10. 3. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
Abteilung III — Verkehr
StVO — 2/66
StAnz. 19/1966 S. 645

431

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 167 in der Ortslage Erzhausen, Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt

Die Teilstrecke der Kreisstraße 167 in der Ortslage Erzhausen, Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, von km 11,411 alt bis km 11,470 alt = 0,059 km verliert mit Ablauf des 30. April 1966 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie wird mit Wirkung vom 1. Mai 1966 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 HStrG). Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Erzhausen über (§§ 41, 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nieder-

433

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Festsetzung der Sozialhilferegelsätze ab 1. Juni 1966

Auf Grund des § 9 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz (HAG/BSHG) vom 28. 5. 1962 (GVBl. I S. 273) setze ich nach Anhörung des Landesbeirats für Sozialhilfe im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern und dem Hessischen Minister der Finanzen die Regelsätze mit Wirkung vom 1. Juni 1966 wie folgt fest:

- a) Haushaltsvorstände und Alleinstehende 130 DM
- b) Haushaltsangehörige bis einschließlich 6 Jahren . . . 65 DM
- c) Haushaltsangehörige von 7 bis 13 Jahren 98 DM
- d) Haushaltsangehörige von 14 bis 17 Jahren 117 DM
- e) Haushaltsangehörige von 18 und mehr Jahren . . . 104 DM

Wiesbaden, 7. 4. 1966

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
II A 2 — 50 e 0201
StAnz. 19/1966 S. 646

434

Zuständigkeit nach dem Gesetz zum Schutz gegen Baulärm vom 9. September 1965 (EGBl. I S. 1214)

Durch das o. a. Gesetz sind besondere Bestimmungen zum Schutze der Allgemeinheit gegen den Lärm, der beim Betrieb

schrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 4. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 19/1966 S. 646

432

Aufstufung der im Zuge der Landesstraße 3360 gelegenen Gemeindestraße (Eichgasse) in der Ortslage Hochelheim, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Wiesbaden

Die in der Ortslage Hochelheim, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Wiesbaden, bei km 2,816 der Landesstraße 3360 abzweigende und bei km 1,844 der Landesstraße 3129 einmündende Gemeindestraße (Eichgasse) von km 0,010 (= km 2,816 der L 3360) bis km 0,130 (= km 1,844 der L 3129) = 0,120 km hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie wird mit Wirkung vom 1. Mai 1966 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Landesstraße 3360 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 4. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 19/1966 S. 646

von Baumaschinen auftritt, ergangen. Nach § 3, § 5 und § 6 Abs. 1 a.a.O. sind den nach Landesrecht zuständigen Behörden bestimmte Aufgaben zugewiesen worden.

In Hessen richtet sich die Lärmbekämpfung nach der Polizeiverordnung über die Bekämpfung des Lärms vom 23. 4. 1959 (GVBl. S. 9), geändert durch Polizeiverordnung vom 15. 3. 1965 (GVBl. I S. 69).

Durch das Gesetz zum Schutz gegen den Baulärm ergeben sich in Hessen keine neuen Aufgaben. Ich verweise hierzu auf § 2 Abs. 1 der Polizeiverordnung über die Bekämpfung des Lärms, der ebenfalls schon Vorschriften über den Lärmschutz an Maschinen und Geräten enthält, zu denen auch Baumaschinen gehören. Auch die Zuständigkeit der Behörden ist im § 9 der vorgenannten Polizeiverordnung bereits geregelt. Die danach zuständigen Polizeibehörden sind auch zuständige Behörden nach § 3, § 5 und § 6 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Baulärm. Es sind dies in Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern der Bürgermeister (Oberbürgermeister) als Ortspolizeibehörde, im übrigen der Landrat als Kreispolizeibehörde.

Vor Erlaß von Anordnungen nach § 3 des Gesetzes zum Schutz gegen Baulärm haben die Polizeibehörden

- a) soweit Baumaschinen in Betrieben verwendet werden, die der Bergaufsicht unterstehen, die Bergämter
- b) im übrigen die Gewerbeaufsichtsämter

gutachtlich zu hören. Hiervon kann abgesehen werden, soweit eine Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung

inaufschiebbar zu beseitigen oder von der Allgemeinheit unmittelbar bevorstehende Gefahr abzuwehren ist. Den Bergämtern bzw. den Gewerbeaufsichtsamtern ist in jedem Falle eine Durchschrift der Anordnung zuzuleiten.

Verwaltungsbehörde für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 10 und 11 des Gesetzes zum Schutze gegen Baulärm ist die Kreispolizeibehörde. Die vorstehende Regelung entspricht den Bestimmungen im § 40 Abs. 3 HSOG.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Wirtschaft und Verkehr. Wiesbaden, 14. 4. 1966

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
I C — Az.: 53 b 08.03
Tgb.Nr.: 2547/66

StAnz. 19/1966 S. 646

435 WIESBADEN

Regierungspräsidenten

Verordnung über das Naturschutzgebiet (Vogelschutzgebiet) „Stuhlberg“ in der Gemarkung Oberhöhnstadt

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 und 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) i.d.F. des Gesetzes vom 29. 9. 1935 (RGBl. I S. 1191) vom 1. 12. 1936 (RGBl. I S. 1001) und vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) sowie des § 7 Abs. 1 und 5 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i.d.F. der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung des Ministers für Landwirtschaft und Forsten oberste Naturschutzbehörde — folgendes verordnet:

§ 1

Das Vogelschutzgebiet Stuhlberg in der Gemarkung Oberhöhnstadt wird in dem in § 2 Abs. 1 näher bezeichneten Umfang am Tage nach der Veröffentlichung dieser Verordnung in das Naturschutzbuch eingetragen und damit unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

1. Das Vogelschutzgebiet hat eine Größe von 19,1 ha und umfaßt in der Gemarkung Oberhöhnstadt Flur 3, 7/1, 32/2, 38, 49, 162/1 tlw.

2. Die Grenzen des Schutzgebietes sind in einer Karte i.M. 1:1000 in grün eingetragen, die bei dem Minister für Landwirtschaft und Forsten — oberste Naturschutzbehörde — niedergelegt ist.

Weitere Ausfertigungen befinden sich bei dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden — höhere Naturschutzbehörde — der Hess. Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege, Darmstadt, der Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege, Bad Godesberg, dem Kreis Ausschuß des Obertaunuskreises — untere Naturschutzbehörde — und der Gemeinde Oberhöhnstadt.

§ 3

Im Bereich des Schutzgebietes ist verboten:

- Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen,
- freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet der berechtigten Abwehrmaßnahmen gegen Kulturschädlinge und sonst lästige oder blutsaugende Insekten,
- das Einbringen von Pflanzen und Tieren,
- die Wege zu verlassen, zu lärmern, Feuer anzumachen, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, Abfälle (insbesondere Müll) wegzuworfen oder das Gelände auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt (einschließlich der natürlichen Wasserläufe oder Wasserflächen) auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen,
- Bild- oder Schrifttafeln bzw. Reklameschilder anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen,
- Bauten jeder Art einschließlich Wochenendhäuschen, Unterkunfts- und Geschirrhütten zu errichten sowie Drahtleitungen zu erstellen.

§ 4

- Unberührt von den Bestimmungen des § 3 dieser Verordnung bleiben Maßnahmen, die der geordneten, den

Bestand erhaltenden landwirtschaftlichen und forstlichen sowie der jagdlichen und der bisher üblichen fischereilichen Nutzung dienen.

- In besonderen Fällen können auf Antrag für bestimmte Maßnahmen Ausnahmen von den Verbotsvorschriften des § 3 von mir genehmigt werden.

§ 5

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und den §§ 15 und 16 der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung bestraft, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 15. 4. 1966

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Kaulich
StAnz. 19/1966 S. 647

436

Umfang des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Siegerland auf der Lipper Höhe bei Burbach, Kreis Siegen

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat gem. § 12 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) in der Fassung vom 10. 1. 1959 (BGBl. I S. 9) am 28. 7. 1964 den Ausbauplan für den Verkehrsflughafen Siegerland festgelegt. Dieser Ausbauplan ist maßgebend für den Bereich, in dem die nach § 12 Abs. 2 und 3 LuftVG bezeichneten Baubeschränkungen gelten (Bauschutzbereich). Gemäß § 18 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) vom 10. 1. 1959 (BGBl. I S. 9) gebe ich den Umfang des Bauschutzbereiches hiermit öffentlich bekannt:

I.

Klassifizierung des Flughafens:

Kennbuchstabe G des Anhanges 14 zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt (ICAO).

II.

Angaben zu § 12 (1) 1 — 5 Luftverkehrsgesetz:

- Lage des Flughafenbezugspunktes (FBP)**
 - Koordinaten / 50° 42' 32" 'N; 08° 05' 02" 'E
Der FBP liegt in der Mitte der Start- und Landefläche
 - Höhe: + 600 m NN
- Start- und Landebahn 13/31**
 - Richtung: 129° / 309° rechtweisend
 - Länge: 1 150 m
 - Breite: 30 m
- Start- und Landefläche:**
 - Länge: 1 270 m
 - Breite: 300 m

Sie enthält die Start- und Landebahn, ihr Mittelpunkt liegt auf dem SBP = FBP.
- Sicherheitsfläche:**
 - beiderseits der Start- und Landefläche, Länge 1 270 m, Breite 100 m,
 - vor den Enden der Start- und Landefläche, Länge 550 m, Breite 500 m.

5. Anflugsektoren:

- aa) Öffnungswinkel je 15°
- bb) Länge je 15 km

Einzelheiten zu der Festlegung des Ausbauplanes nach § 12 Abs. 1 Ziffer 1 bis 5 LuftVG sowie zu der Anwendung der Bestimmungen des § 12 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 13 LuftVG sind aus den Anlagen 1 und 2 zu ersehen.

Jedermann, dessen Belange durch den Ausbauplan berührt werden, soll hierdurch Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

Die vorstehenden vermerkten Anlagen 1 und 2 liegen bei meiner Behörde zur Einsicht aus.

Einwendungen gegen den Ausbauplan können bei meiner Behörde in Wiesbaden schriftlich oder zu Protokoll, spätestens innerhalb von 2 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, erhoben werden.

Wiesbaden, 6. 4. 1966

Der Regierungspräsident
III 4 c — 66 m 16 — 01 — 0
StAnz. 19/1966 S. 64

437

Ungültigkeitserklärung von Fleischbeschaustempeln

Die Fleischbeschaustempel (Tauglichkeitsstempel und Trichinenfreistempel) mit dem Aufdruck „Oberbiel“ und „Trichinenfrei Oberbiel“ werden hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

An die Stelle der für ungültig erklärten Stempel treten die Stempel mit dem Aufdruck WZ Oberbiel und Trichinenfrei Oberbiel WZ.

Wiesbaden, 14. 4. 1966

Der Regierungspräsident
I 7 — 1 — Az.: 19 a 12/09
StAnz. 19/1966 S. 648

438

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL)
Martin Weimer (28. 2. 1966);

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum **Kriminaloberkommissar** Kriminalkommissar (BaL)
Johann Ludwig Ihl (22. 2. 66);

e) Hess. Bereitschaftspolizei

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL)
Robert Oetzel (4. 2. 66);

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Wolfgang Blumenröther (11. 2. 66), Helmut Hohenberger (28. 2. 66);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Martin Opitz (21. 2. 66), Alfred Kaufhold (22. 2. 66), Klaus Käding (28. 2. 66), Adam Schneider (28. 2. 66);

zu **Polizeimeistern** Polizeihauptwachmeister (BaL) Wolfgang Schaefer (16. 2. 66);

die **Polizeihauptwachmeister** (BaP) Werner Grimm (11. 2. 1966), Holger Henkel (11. 2. 66), Rainer Stöhr (11. 2. 66), Volker Wellhausen (11. 2. 66), Heinz Breitfelder (14. 2. 66), Alfred Budeck (14. 2. 66), Friedrich Gibisch (15. 2. 66), Manfred Weinert (15. 2. 66), Jürgen Obert (16. 2. 66), Hans-Hermann Werz (21. 2. 66), Klaus Eichhöfer (22. 2. 66), Kurt Meier (24. 2. 66), Robert Stumpf (26. 2. 66), Klaus Friedrich (28. 2. 66), Falko Petersen (28. 2. 66);

zu **Polizeiwachmeistern** (aP) Peter Rumpf (1. 2. 66), Ulrich Späth (1. 2. 66);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaP) Klaus Schneider (1. 2. 66);

entlassen

die **Polizeiwachmeister** (BaP) Jürgen Bielig (28. 2. 66), Bernd Gorny (28. 2. 66);

Polzeischule

ernannt

zu **Polizeibezirkskommissaren** die Polizeihauptkommissare (BaL) Bruno Frohburg (4. 2. 66), Joseph Lang (11. 2. 66), Heinz Lubrich (11. 2. 66), Jakob Schneider (11. 2. 66);

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissar (BaL) Robert Altmann, Gerhard Biellohwek, Heinrich Dietrich Franks, Ludwig Gorol, Karl Grasmeyer, Anton Meyer, Adam Tabarelli (sämtlich 11. 2. 66);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Walter Ratsdorf (11. 2. 66), Richard Dahlen (21. 2. 66);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Helmu Bochnek (11. 2. 66), Wilhelm Ahr (18. 2. 66), Heinrich Decke (18. 2. 66), Klaus Meyer (18. 2. 66), Heinz Becker (21. 2. 66), Hermann Pein (21. 2. 66);

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor (BaL) Friedrich Jansohn (10. 2. 66);

entlassen

Polizeiwachmeister (BaP) Franz Lorenz (28. 2. 66);

Landeskriminalamt

ernannt

zum **Kriminalobererrat** Kriminalrat (BaL) Dr. Karl Heiny Gemmer (25. 2. 66);

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Kurt Franz (16. 2. 66), Rolf Walter (16. 2. 66) zum **Kriminaloberkommissar** Kriminalkommissar (BaL) Gerhard Winkelbach (25. 2. 66);

zu **Kriminalhauptmeistern** die Kriminalobermeister (BaL) Herbert Besser (24. 2. 66), Heinrich Don (24. 2. 66), Kar Heinz Otter (24. 2. 66), August Boes (25. 2. 66), Heinrich Sonneborn (25. 2. 66);

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister (BaL) Erns Freitag (28. 2. 66);

zum **Regierungshauptsekretär** Regierungsobersekretär (BaL) Eugen Johannzen (11. 2. 66).

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Dietrich Seegel (4. 2. 66);

in den **Ruhestand** versetzt

Regierungsoberinspektor Georg Bormuth (28. 2. 66).

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Hans-Jürgen Eyrich (4. 2. 66).

Wiesbaden, 18. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14
StAnz. 19/1966 S. 648

erichtigung

In den im StAnz. 1966 S. 464 veröffentlichten Personalnachrichten muß es heißen:

- ei e) Bereitschaftspolizei (S. 464 Mitte rechts)
ernannt: zum Polizeiwachmeister (BaP) Stefan Spahn (22. 12. 65) (nicht Stefan Span);
- ei e) Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei (S. 465 — Oben links)
in den Ruhestand getreten: Regierungshauptsekretär (BaL) Rudolf Löffler (31. 12. 65) (nicht Regierungsssekretär).

Wiesbaden, 18. 4. 1966

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — PA — 8 b 06

StAnz. 19/1966 S. 649

) Verwaltungsgericht Wiesbaden**ersetzt**

vom Landeswohlfahrtsverband Hessen zum Verwaltungsgericht Wiesbaden Gerichtsassessor (BaP) Hans-Werner Kordes (1. 4. 1966).

Wiesbaden, 21. 4. 1966

Der Verwaltungsgerichtspräsident
Az.: 8 b 02

StAnz. 19/1966 S. 649

im Bereich des Hessischen Kultusministers**) Regierungspräsident in Wiesbaden****ernannt**

zu **Studienassessoren** (BaP) die Assessoren im Lehramt (BaW) Gert Sorg, Weilburg (6. 1. 66); Dr. Hans Rudolf Matthäi, Dillenburg (13. 1. 65); Eva Maria Gäng, Ffm.-Höchst (26. 1. 66); Justus Mahr, Frankfurt am Main (27. 1. 66); Walter Michel, Frankfurt am Main (27. 1. 66); Ursula Wehner, Frankfurt am Main (26. 1. 66); Gerhard Hoffmann, Weilburg (14. 1. 66); Renate Wille-Henning, Frankfurt am Main (14. 1. 66); Ingeborg Distler, Frankfurt am Main (8. 1. 66); Heidi Amend, Frankfurt am Main (8. 1. 66); Elfriede Schild von Spannenberg, Hofheim (7. 1. 66); Helmut Rohrbach, Wetzlar (18. 1. 66); Hartmut Wagner, Wetzlar (19. 1. 66); Engelgard Wahl, Schlüchtern (19. 1. 66); Edgar Weiser, Schlüchtern (19. 1. 66); Hans-Joachim Wolf, Hanau (18. 1. 66); Hans-Werner Schäfer, Wiesbaden (18. 1. 66); Berthold Koridaß, Wiesbaden (18. 1. 66); Erika Dingeldey, Frankfurt am Main (18. 1. 66); Arnulf Schulze, Hanau (20. 1. 66); Jürgen Boenkost, Frankfurt am Main (14. 1. 66); Günter Mayenschein, Frankfurt am Main (15. 1. 66); Ernst Berndt, Frankfurt am Main (15. 1. 66); Kunibert Fritz, Biedenkopf (19. 1. 66); Rainer Grimm, Schlüchtern (19. 1. 66); Karl Molch, Gelnhausen (20. 1. 66); Georg Baschnagel, Wiesbaden (21. 1. 66); Helmut Tschache, Hanau (21. 1. 66); Georg Bräuer, Wiesbaden (22. 1. 66); Rudi Zang, Wiesbaden (25. 1. 66); Konrad-Jürgen Kleinicke, Wiesbaden (26. 1. 66); Werner Emrich, Wiesbaden (21. 1. 66); Eberhard Schönherr, Schlüchtern (21. 1. 66); Friedrich Beck, Wiesbaden (20. 1. 66); Jutta Buder, Kronberg (21. 1. 66); Karl Kunz, Wetzlar (20. 1. 66); Manfred Hardt, Königstein (21. 1. 66); Wolfgang Schoppet, Weilburg (22. 1. 66); Wolfgang Kraiker, Kronberg (21. 1. 66); Ursula Putzer, Frankfurt am Main (26. 1. 66); Albert Braunberger, Frankfurt am Main (27. 1. 66); Dr. Karl Mahler, Weilburg (15. 2. 66); Sigrid Schöfer, Limburg (15. 2. 66); Allheide Faber, Limburg (19. 2. 66); Irmgard Flemming, Bad Homburg (15. 2. 66); Wolfgang Baesler, Hanau (17. 2. 66); Günter Maaser, Hanau (19. 2. 66); Dieter Haupt, Frankfurt am Main (3. 2. 66); Gerda Heyn, Hanau (24. 1. 66); Georg Bernhardt, Frankfurt am Main (17. 2. 66); Paul Klaas, Bad Homburg (21. 2. 66); Ilse Schlenrich, Herborn (27. 1. 66); Margot Wende, Frankfurt am Main (25. 2. 66); Ursula Kilian, Wiesbaden (2. 2. 66); Werner Häuser, Frankfurt am Main (25. 2. 66); Manfred Krumb, Hanau (2. 3. 66); Werner Becker, Geisenheim (19. 2. 66); Walter Kilb, Wiesbaden (24. 2. 66); Axel Müller, Königstein (14. 1. 66); Irmgard Schad, Frankfurt am Main (15. 1. 66); Eberhard Glania, Frankfurt am Main (25. 1. 66); Christa Strupp, Frankfurt am Main (26. 1. 66); Sigrid Huber, Frankfurt am Main (31. 1. 66); Hermann Groß, Frankfurt am Main (27. 1. 66); Hans-Heinrich Krantz, Frankfurt am Main (26. 1. 66); Heinrich Kraft, Frankfurt

am Main (26. 1. 66); Dieter Schreuers, Frankfurt am Main (26. 1. 66); Volker Amend, Frankfurt am Main (25. 1. 66); Johannes Flache, Herborn (27. 1. 66); Dr. Siegfried Behling, Dillenburg (26. 1. 66); Helmut Ilkenhaus, Usingen (26. 1. 66); Richard Windelband, Dillenburg (25. 1. 66); Jürgen Kleeburg, Dillenburg (26. 1. 66); Karl-Reinhard Friebe, Limburg (12. 3. 66); Franz Heiduk, Frankfurt am Main (31. 3. 66); Heinz Vollmar, Frankfurt am Main (10. 3. 66); Gabriele Scharmer, Frankfurt am Main (8. 3. 66); Werner Schemm, Wiesbaden (25. 2. 66); Margit Lindenberg, Hofheim (16. 3. 66);

zu **Studienräten** (BaL) die Studienassessoren im Lehramt (BaP) Johann Klement, Dillenburg (25. 1. 66); Artur Bregel, Kronberg (19. 1. 66); Gerhard Richter, Oberursel (19. 1. 66); Ludwig Mihm, Schlüchtern (27. 12. 65); Dr. Martin Pfeifer, Hanau (30. 12. 65); Norbert Heyne, Gelnhausen (4. 9. 64); Helga Kreutzfeldt, Frankfurt am Main (23. 1. 66); Georg Menzel, Frankfurt am Main (22. 4. 65); Ingrid Kopsch, Gelnhausen (19. 1. 66); Kurt Roeske, Frankfurt am Main (13. 3. 65); Hermann Kneitz, Hofheim (22. 2. 66); Margrit Aul, Frankfurt am Main (16. 2. 66); Dr. Jürgen Bohne, Frankfurt am Main (16. 2. 66); Rainer Hartung, Frankfurt am Main (26. 2. 66); Hildegard Becker, Wiesbaden (18. 2. 66); Hans Friedrich Böck, Hofheim (29. 3. 66); Klaus Hartmann, Wiesbaden (8. 3. 66); Gerhard Reitz, Wiesbaden (26. 2. 66); Hans Günther Dienst, Wiesbaden (17. 2. 66); Herta Hartmann, Wiesbaden (24. 3. 66); Hans Haas, Frankfurt am Main (29. 3. 66);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Dr. Emil Horn, Frankfurt am Main (22. 11. 65); Dr. Willibald Stöhr, Wetzlar (24. 3. 66); Dr. Rudolf Grisson, Frankfurt am Main (23. 3. 66); Anne Marie Lichtenberg, Wiesbaden (23. 3. 66); Elisabeth Stephan, Bad Homburg (23. 3. 66); Dr. Otto Schäfer, Frankfurt am Main (23. 3. 66);

zum **Oberstudiendirektor** Oberstudienrat Dr. Karl Alban, Wiesbaden (25. 1. 66);

zum **Realschullehrer** (BaL) der Lehrer (BaK) Werner Dickmann, Hanau (14. 2. 66);

in den Ruhestand versetzt

Oberstudienrat Alfred Hahner, Usingen (1. 4. 66); Oberstudienrätin Dr. Ruth Flad, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Oberstudienrat Rudolf Steffert, Bad Homburg (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Werner Müller, Wetzlar (1. 4. 66); Oberstudienrätin Lotte Hudemann, Bad Homburg (1. 4. 66); Oberstudiendirektor Dr. Wilhelm Pfaff, Wetzlar (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Wilhelm Michels, Kronberg (1. 4. 66); Oberstudienrat Willy Tenzer, Hanau (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Georg Schleypen, Kronberg (1. 4. 66); Oberschullehrerin Maria Mayer, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Oberstudiendirektorin Dora Hartmann, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Studienrat Helmut Schluff, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Willibald Stöhr, Wetzlar (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Rudolf Grisson, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Oberstudienrätin Anne Marie Lichtenberg, Wiesbaden (1. 4. 66); Oberstudienrat Dr. Otto Schäfer, Frankfurt am Main (1. 4. 66);

entlassen

Studienassessorin Waltraud Völker, Bad Homburg (1. 4. 66); Studienrätin Ingrid Chun, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Studienassessorin Johanne Poppe, Weilburg (1. 4. 66); Studienrätin Gudrun Ziemendorf, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Studienrätin Doris Bende, Frankfurt am Main (16. 4. 66); Studienrätin Margarete Liebert, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Studienrätin Dr. Rosemarie Bauer, Frankfurt am Main (16. 4. 66); Studienrätin Helga Schmidt, Frankfurt am Main (1. 4. 66); Studienassessor Eberhard Zwiener, Königstein (1. 4. 66); Studienassessor Dieter Fienes, Wiesbaden (1. 4. 66); Studienrat Joerg Carl Christian Juretzka, Wiesbaden (1. 4. 66).

Wiesbaden, 20. 4. 1966

Der Regierungspräsident

II 3a — 101 — IIB — 8b 06 — 03

StAnz. 19/1966 S. 649

d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden**berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe**

die apl. Lehrer bzw. apl. Lehrerinnen Ronald Fienold, Dörnigheim/Hanau (5. 5. 65); Helmut Weinelt Frankfurt/Main

- (21. 4. 65); Günter Richter, Gönners/Bied. (21. 4. 65); Friedrich Hedrich, Naunheim/Wetz. (21. 4. 65); Ulrich Schuppener, Merkenbach/Dill. (30. 4. 65); Rudolf Heydrich, Hanau (26. 5. 65); Alfred Walter, Krofdorf-Gleiberg/Wetz. (5. 5. 65); Dieter Beer, Wetzlar (6. 5. 65); Lothar Meinhardt, Biedenkopf (6. 5. 65); Paul Hilf, Kelkheim/Mts. (29. 5. 65); Kurt Eitel, Lorsbach/Mts. (29. 5. 65); Rudi Henkel, Dietershausen/Oberl. (25. 5. 65); Eberhard Eps, Obertiefenbach/Oberl. (25. 5. 65); Horst Fink, Weinbach/Oberl. (26. 5. 65); Albert Stutius-Ott, Niedermeilingen/Unt. (16. 6. 65); Rudolf Förster, Lixfeld/Bied. (4. 6. 65); Dietmar Tomerius, Frankfurt/Main (7. 5. 65); Hans-Jü. Gattung, Sulzbach/Mts. (14. 6. 65); Wolfgang Hentschke, Hattersheim/Mts. (29. 5. 65); Lothar Wohler, Niederzell/Schlü. (1. 7. 65); Hans-Jü. Ortman, Beilstein/Dill. (24. 3. 65); Horst Truckenbrodt, Allendorf/Dill. (26. 5. 65); Hans Specht, Frankfurt/Main (12. 3. 65); Gerald Schmiedel, Somborn/Gelnh. (14. 6. 65); Klaus Schuppener, Donsbach/Dill. (29. 5. 65); Adolf Jung, Langenaubach/Dill. (31. 5. 65); Rolf Monno, Haiger/Dill. (31. 5. 65); Hermann Bamberger, Gladenbach/Bied. (28. 5. 65); Jochen Werner, Neuenhain/Mts. (14. 6. 65); Günther Lukosch, Hanau (23. 6. 65); Werner Franke, Hermannstein/Wetz. (1. 7. 65); Wolfgang Lauschmann, Frankfurt/Main (25. 6. 65); Viktor Scheitza, Wiesbaden (20. 7. 65); Günther Cromm, Eschborn/Mts. (1. 7. 65); Walter Korn, Dörnigheim/Hanau (2. 7. 65); Richard Hirn, Hanau (6. 7. 65); Karl Bankowsky, Eschborn/Mts. (17. 8. 65); Horst Viertelhausen, Wetzlar (5. 7. 65); Paul Zimmermann, Waldgirmes/Wetz. (5. 7. 65); Friedrich Hauk, Aßlar/Wetzl. (5. 7. 65); Heinz-Joach. Born, Breckenheim/Mts. (17. 8. 65); Gottfried Weigmann, Camberg/Limb. (7. 7. 65); Edgar Korus, Braunfels/Wetzl. (28. 6. 65); Edmund Wild, Dutenhofen/Wetz. (7. 7. 65); Herbert Raffler, Frankfurt/Main (25. 6. 65); Gustav Herrmann, Dautphe/Bied. (6. 7. 65); Harald Effenberger, Dautphe/Bied. (8. 7. 65); Ekkehard Klier, Wissenbach/Dillkr. (6. 7. 65); Georg Parczyk, Ostheim/Hanau (20. 7. 65); Rolf Hofmann, Bruchköbel/Hanau (25. 7. 65); Dieter Schad, Frankfurt/Main (27. 7. 65); Helmut Hilbig, Hochstadt/Hanau (24. 7. 65); Norbert Foitzik, Limburg (12. 8. 65); Heinz-Rudolf Hitzeroth, Wiesbaden (21. 8. 65); Gerhard Klaube, Eddersheim/Mts. (17. 8. 65); Werner Schmidt, Naurod/Mts. (2. 9. 65); Armin Hechler, Hanau (20. 8. 65); Bernhard Kothe, Frankfurt/Main (18. 8. 65); Werner Voidel, Idstein/Uts. (23. 8. 65); Karl-Heinz Koch, Breidenbach/Bied. (4. 8. 65); Erwin Scholz, Wallrabenstein/Uts. (14. 9. 65); Elmar Weber, Niederreifenberg/Mts. (15. 9. 65); Horst Rückl, Salzböden/Wetz. (7. 9. 65); Ernst-Dieter Bräuer, Sulzbach/Mts. (18. 9. 65); Diether Derscheid, Oberauroff/Unt. (22. 9. 65); Horst Reul, Okriftel/Mts. (17. 9. 65); Klaus-Jürgen Rudorff, Wiesbaden (20. 9. 65); Hubertus Schosnig, Wiesbaden (23. 8. 65); Helmut Scholz, Frankfurt/Main (17. 8. 65); Hans-Bruno Lange, Frankfurt/Main (17. 8. 65); Winfried Weidekamm, Langendiebach/Hanau (12. 8. 65); Norbert Ebel, Oberhörlen/Bied. (17. 8. 65); Heinz Bechthold, Lützendorf/Oberl. (2. 9. 65); Manfred Heine, Weilburg/Lahn (16. 9. 65); Jürgen Spelmeyer, Eibelshausen/Dill. (14. 9. 65); Erwin Brandt, Friedrichsdorf/Obert. (14. 9. 65); Klaus Waldschmidt, Hailer/Gelnh. (10. 8. 65); Rudolf Raab, Dörnigheim/Hanau (23. 9. 65); Horst Sassik, Altenmittlau/Gelnh. (28. 9. 65); Wilhelm Laubach, Limburg/Lahn (10. 10. 65); Eckhart Schäfer, Eibelshausen/Dill. (29. 9. 65); Alfred Schendzielorz, Hanau (20. 9. 65); Dieter Laquai, Aulhausen/Rhg. (13. 11. 65); Hubert Handwerk, Bergen-Enkheim/Hanau (11. 10. 65); Rolf Geldner, Frankfurt/Main (8. 10. 65); Peter Stein, Frankfurt/Main (21. 9. 65); Folker Rochelmeyer, Frankfurt/Main (23. 9. 65); Heinz Uhlendorf, Frankfurt/Main (22. 9. 65); Werner Sauerteig, Frankfurt/Main (21. 9. 65); Wolfgang Schudy, Frankfurt/Main (30. 9. 65); Emil Musji, Garbenheim/Wetz. (18. 10. 65); Hans-Joachim Ochmann, Eibelshausen/Dill. (18. 10. 65); Wilfried Paeschke, Eibelshausen/Dill. (18. 10. 65); Fritz Goessler, Frankfurt/Main (20. 9. 65); Wolfgang Lorenz, Frankfurt/Main (24. 9. 65); Armin Sälzter, Sinn/Dill. (30. 10. 65); Hans-Günther Kolb, Braunfels/Wetz. (8. 11. 65); Günter Schumann, Frankfurt/Main (4. 11. 65); Fritz Fischer, Frankfurt/Main (3. 11. 65); Dieter Steinrück, Garbenheim (11. 11. 65); Erhard Schmidt, Elm/Schlüchtern (11. 11. 65); Reinhold Vetter, Frankfurt/Main (11. 11. 65); Helmut Forkel, Dörnigheim/Hanau (23. 11. 65); Klaus Bernotat, Heubach/Schlüch. (25. 11. 65); Ernst Passinger, Frankfurt/Main (2. 10. 65); Herbert Heine, Wiesbaden (20. 12. 65); Otto Fronemann, Bruchköbel/Hanau (7. 12. 65); Dieter Hunsinger, Weidenhausen/Bied. (8. 12. 65); Erhard Speck, Werdorf/Wetzlar (13. 12. 65); Wolfgang Seitz, Frankfurt/Main (30. 11. 65); Peter Schmidt-Blankenhagen, Frankfurt/Main (27. 11. 65); Roland Gibitz, Frankfurt/Main (10. 12. 65); Klaus Jürgens, Frankfurt/Main (3. 12. 65); Alfred Weiler, Frankfurt/Main (14. 12. 65); Klaus Meißner, Frankfurt/Main (13. 12. 65); Claus Claussen, Dornholzhausen/Ots. (10. 1. 66); Hartmut Neumann, Hochelheim/Wetz. (6. 1. 66); Egber Schnellhase, Wetzlar (6. 1. 66); Walter Krebs, Stockhausen, Wetz. (23. 12. 65); Otto Knipp, Gr. Rechtenbach/Wetz. (16. 12. 65); Klaus Kutt, Espa/Wetz. (3. 1. 66); Ambrosius Nowozimski, Frankfurt/Main (18. 12. 65); Friedrich Ebert, Frankfurt/Main (11. 1. 66); Richard Famulok, Schlüchtern (6. 1. 66); Walter Wittig, Bieber/Gelnhausen (5. 1. 66); Othmar Syrowatka, Dehrn/Limb. (11. 1. 66); Heinz Valentin, Offheim/Limb. (3. 2. 66); Helmut Damm, Frankfurt/Main (14. 1. 66); Hermann Keßler, Bernbach/Gelnh. (4. 1. 66); Albert Becker, Frickhofen/Limb. (3. 2. 66); Rudolf Weieda, Mornshausen (19. 1. 66); Uwe Otto, Ulmbach/Schlüch. (25. 11. 65); Günter Lenz, Wallau/Bied. (11. 1. 66); Herbert Brinkmann, Wehrheim/Usingen (1. 2. 66); Ulrich Schnaak, Frankfurt/Main (16. 1. 66); Horst Pinska, Frankfurt/Main (14. 1. 66); Oswald Hablowetz, Niederkleen/Wetz. (3. 2. 66); Dieter Neumann, Frankfurt/Main (19. 1. 66); Wilfried Hilbig, Usingen (22. 2. 66); Ernst Schöner, Okriftel/Mts. (24. 2. 66); Dieter Hormel, Wetzlar (14. 2. 66); Hans-Günther Soldan, Niederrodenbach/Han. (17. 2. 66); Friedrich Borgwald, Dorfweil/Usingen (8. 2. 66); Franz Dehn, Eidengasäß/Gelnh. (16. 2. 66); Johann Schnabel, Hermannstein/Wetz. (7. 3. 66); Gerhard Schmidt, Oberselters/Limb. (17. 3. 66); Karl-Heinz Adler, Vollmerz/Schlü. (24. 2. 66); Adalbert Bege, Oberbrechen/Limb. (9. 3. 66); Gerhard Adam, Gr. Rechtenbach, Wetz. (10. 3. 66); Dieter Vack, Frankfurt/Main (8. 3. 66); Klaus Keiner, Aßlar/Wetz. (14. 2. 66); Karl-Heinz Röder, Wommelshausen/Bied. (26. 2. 66); Barbara Lange, Bergen-Enkheim/Han. (30. 7. 65); Inge Lindner, Frankfurt/Main (9. 8. 65); Irmgard Scior, Frankfurt/Main (2. 7. 65); Edda Goldbeck, Frankfurt/Main (17. 8. 65); Margrit Hoffmann, Frankfurt/Main (26. 7. 65); Karin Spielmann, Garbenheim/Wetz. (13. 8. 65); Roswitha Konrad, Breidenbach/Bied. (12. 8. 65); Doris Pullmann, Frankfurt/Main (2. 2. 66); Erna Diefenbach, Frankfurt/Main (22. 2. 66); Heideliese Griebenow, Frankfurt/Main (18. 2. 66); Eva Pistorius, Frankfurt/Main (25. 1. 66); Marliese Braun, Dehrn/Limb. (2. 2. 66); Brigitte Gruhl, Frankfurt/Main (18. 2. 66); Dagmar Neubauer, Dutenhofen/Wetz. (5. 2. 66); Barbara Lagemann, Frankfurt/Main (17. 1. 66); Klara Fischer, Frankfurt/Main (7. 2. 66); Käthe König, Uttrichshausen/Schl. (9. 2. 66); Christel Schmidt, Wetzlar (14. 2. 66); Christa Dauth, Hanau (15. 2. 66); Hannelore Hepp, Niederweidbach/Bied. (16. 2. 66); Ursula von Seydewitz, Frankfurt/Main (26. 2. 66); Helga Ochs, Schlüchtern (5. 3. 66); Lieselotte Wittwer, Hofheim/Mts. (16. 3. 66); Doris Löbel, Weilbach/Mts. (18. 3. 66); Lieselotte Porzelt, Villmar/Oberl. (17. 3. 66); Kristine Pleischl, Weiperz/Schlü. (24. 2. 66); Sigrid Preiß, Wallroth/Schlü. (17. 2. 66); Marie-Luise Huth, Ulmbach/Schlü. (24. 2. 66); Friedegunde Eschenröder, Grävenwiesbach/Using. (8. 3. 66); Ingetraut Krüger, Frankfurt/Main (4. 2. 66); Marga Schleser, Frankfurt/Main (9. 2. 66); Irmtraud Plum, Frankfurt/Main (5. 2. 66); Liselotte Sarges, Wetzlar (28. 2. 66); Rosemarie Baldermann, Frankfurt/Main (9. 3. 66); Renate Rauch, Frankfurt/Main (8. 3. 66); Irmgard Ullrich, Frankfurt/Main (25. 2. 66); Erika Schraishuhn, Frankfurt/Main (8. 3. 66); Thea Diene-thal, Bellersdorf/Wetz. (7. 3. 66); Uta Gesinn, Salmünster/Schü. (17. 2. 66); Ingrid Lendbrandl, Frankfurt/Main (2. 2. 66); Ute Zeiß, Oberreifenberg/Mts. (3. 5. 65); Otto Ruth, Frankfurt/Main (23. 3. 65); Jutta Schulz, Schlüchtern (6. 5. 65); Irene Staeoes, Birstein/Gelnhsn. (7. 5. 65); Barbara Kaulfuß, Heftrich/Uts. (10. 5. 65); Karin Kinkelhahn, Langenselbold/Hanau (25. 5. 65); Nina Ziedrich, Bad Soden/Mts. (3. 5. 65); Maria Utsch, Quotshausen/Bied. (30. 4. 65); Christa Holler Offenbach/Dill. (3. 5. 65); Irene Ambrosius, Bad Schwalbach/Uts. (18. 5. 65); Heide Lenz, Kleingladenbach/Bied. (6. 5. 65); Irmgard Mainhardt, Breidenbach/Bied. (4. 5. 65); Ursula Weinert, Eschborn/Mts. (29. 5. 65); Erika Stark, Hofheim/Mts. (31. 5. 65); Marianne Fortmann, Frankfurt/Main (11. 5. 65); Dörte Süberkrüb, Frankfurt/Main (12. 5. 65); Hanna Hahn geb. Klinke, Langenselbold/Hanau (29. 5. 65); Ingrid Neubauer, Frankfurt/Main (10. 5. 65); Ingeborg Friedrich, Frankfurt/Main (7. 5. 65); Brigitte Walz, Frankfurt/Main (12. 5. 65); Heide Brunhöfer, Frankfurt/Main (14. 6. 65); Helga Baumann, Frankfurt/Main (3. 6. 65); Renate Damm, Niedernhausen/Mts. (4. 6. 65); Adele Medebach, Krofdorf-Gleiberg (5. 5. 65); Helga Nowak, Eddersheim/Mts. (14. 6. 65); Barbara Schmidt, Wildsachsen/Mts. (15. 6. 65); Christa Nennich, Breckenheim/Mts. (14. 6. 65); Marlies Dores, Frankfurt/Main (4. 6. 65); Theres Himmereich, Eltville/Rhg. (15. 6. 65); Doris Garbrecht, Frankfurt/Main (2. 6. 65); Traute Eifert, Frankfurt/Main (16. 6. 65); Hannelore Gouby, Frankfurt/Main (9. 6. 65); Stefanie Mon-

no, Haiger/Dill. (31. 5. 65); Margarete Hampel, Gönnern/Bied. (2. 6. 65); Margarete Schwabe, Biedenkopf (29. 6. 65); Hiltrud Schmidt, Dernbach/Bied. (1. 7. 65); Gudrun Brose, Holzhausen/Bied. (30. 6. 65); Ursula Wiß, Eibelhausen/Dill. (7. 7. 65); Katarina Schumann, Dreisbach/Wetz. (5. 7. 65); Margret Fritzsche, Aßlar/Wetz. (7. 7. 65); Christa Göbel, Wiesbaden (24. 8. 65); Dorothea Rohde, Frankfurt/Main (2. 7. 65); Christa Trautsch, Frankfurt/Main (29. 6. 65); Gerda Staak, Frankfurt/Main (16. 6. 65); Ulla-Hanna Knauf, Wetzlar (5. 7. 65); Gerlinde Henkel, Frankfurt/Main (30. 6. 65); Eva Krämer, Aßlar/Wetz. (6. 7. 65); Brigitte Ludwig, Dutenhofen/Wetz. (7. 7. 65); Heidrun Kowar, Brandobersdorf/Wetz. (7. 7. 65); Brunhilde Paulmann, Biedenkopf (7. 7. 65); Edith Lommler, Biedenkopf (7. 7. 65); Hilde Kampermann, Frankfurt/Main (14. 6. 65); Mechthild Hintze, Wiesbaden (17. 8. 65); Mechthild Kilian, Gladenbach/Bied. (31. 7. 65); Hedwig Gonzalez Hofheim/Mts. (17. 8. 65); Edeltraud Krieglstein, Oestrich/Rhg. (13. 8. 65); Heide Merz, Naurod/Mts. (2. 9. 65); Hanna Grave, Wiesbaden (18. 8. 65); Brigitte Kasper, Wiesbaden (17. 8. 65); Marie-Luise Schaar, Wiesbaden (18. 8. 65); Margarete Hoenig, Wiesbaden (17. 8. 65); Barbara Hörr, Wiesbaden (20. 8. 65); Ingeborg Puhl, Wiesbaden (18. 8. 65); Mathilde Lug, Wiesbaden (19. 8. 65); Gisela Truger, Frankfurt/Main (20. 9. 65); Therese Wieland, Frankfurt/Main (23. 8. 65); Eva-Maria Krause, Frankfurt/Main (2. 7. 65); Barbara Schwanecke, Wiesbaden (17. 9. 65); Margot Baumann, Frankfurt/Main (1. 9. 65); Erika Schaub, Frankfurt/Main (17. 8. 65); Ute Klein, Wiesbaden (31. 8. 65); Anneliese Hoyer, Wiesbaden (30. 9. 65); Gisela Lieber, Wachenbuchen/Hanau (23. 8. 65); Ruth Stoll, Frohnhausen/Dill. (18. 9. 65); Astria Johannsen, Frankfurt/Main (27. 8. 65); Uta Schubert, Ostheim/Hanau (29. 9. 65); Anneliese Gürlich, Rodheim-Bieber (20. 9. 65); Erika Oesten, Breitscheid/Dill. (30. 9. 65); Hannelore Reuschling, Katzenfurt/Wetz. (30. 9. 65); Ingrid von Thielmann, Wiesbaden (27. 10. 65); Rosemarie Böttger, Frankfurt/Main (2. 9. 65); Ingrid Heidrich, Niederhadamar/Limb. (11. 10. 65); Roswitha Kollmann, Frankfurt/Main (10. 9. 65); Edith Wank, Garbenheim/Wetz. (18. 10. 65); Ina Radtke, Frankfurt/Main (24. 9. 65); Hildegard Klein, Frankfurt/Main (21. 9. 65); Diethild Gärtner, Frankfurt/Main (28. 9. 65); Helga Hollricher, Burgsolms/Wetz. (21. 10. 65); Ruth Liebenau, Frankfurt/Main (28. 9. 65); Barbara Haarig, Niederweidbach/Bied. (23. 10. 65); Hilde Kröcher, Weidenhausen/Bied. (23. 10. 65); Almuth Wagner, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Irmtraud Koch, Frankfurt/Main (27. 9. 65); Maria-Dorothea Nassabi, Frankfurt/Main (22. 10. 65); Elisabeth Gille, Langendiebach/Han. (20. 10. 65); Heide-Christine Gobbin, Frankfurt/Main (25. 10. 65); Renate Langer, Frankfurt/Main (20. 10. 65); Erdmuth Madeheim, Frankfurt/Main (28. 9. 65); Anke Peters, Frankfurt/Main (25. 9. 65); Renate Petzold, Frankfurt/Main (25. 9. 65); Elfriede Moews, Frankfurt/Main (20. 10. 65); Ursula Link, Fellingshausen/Wetz. (7. 11. 65); Irmgard Kairies, Frankfurt/Main (20. 10. 65); Margit Lejeune, Frankfurt/Main (20. 10. 65); Ute Schrötter, Frankfurt/Main (19. 10. 65); Rosemarie Moos, Frankfurt/Main (18. 10. 65); Elfriede Manitus, Frankfurt/Main (22. 10. 65); Erika Koralewski, Frankfurt/Main (22. 10. 65); Ingrid Grauel, Bad Soden/Schlü. (4. 11. 65); Waltraud Borries, Münchholzhausen/Wetz. (4. 11. 65); Irmgard Bonnet, Lohrhaupten/Gelnh. (30. 10. 65); Heidmarie Peters, Frankfurt/Main (25. 10. 65); Brigitte Schirmer, Frankfurt/Main (5. 11. 65); Ulrike Faulhaber, Frankfurt/Main (2. 11. 65); Monika Husenbeth, Frankfurt/Main (3. 11. 65); Brunhilde Scholz, Bieber/Wetz. (11. 11. 65); Renate Wilhelmi, Breckenheim/Mts. (26. 11. 65); Ursula Naue, Frankfurt/Main (6. 11. 65); Helga Bohm, Frankfurt/Main (19. 10. 65); Jutta Böckmayer, Bruchköbel/Hanau (10. 11. 65); Ute Sachwitz, Dörnigheim/Hanau (10. 11. 65); Anneliese Krier, Frankfurt/Main (5. 11. 65); Eleonore Büchner, Idstein/Uts. (24. 11. 65); Mechthildes Roos, Eppstein/Mts. (1. 12. 65); Ingrid Richter, Hochheim/Mts. (30. 11. 65); Ursula Seubert, Bad Orb/Gelnh. (18. 11. 65); Theresia Kirchhoff, Seindorf-Albshsn./Wetz. (19. 11. 65); Ilse Bartsch, Brandobersdorf/Wetz. (25. 11. 65); Ingrid Marzinski, Hanau (13. 11. 65); Maria Plettner, Wirthheim/Gelnh. (24. 11. 65); Lieselotte Ahrens, Friedrichsdorf/Ots. (1. 12. 65); Christa Hampe, Frankfurt/Main (23. 11. 65); Ruth Friedrich, Wiesbaden (18. 12. 65); Angela Scheurich, Wiesbaden (15. 12. 65); Erika Kunna, Kirberg/Limb. (2. 12. 65); Waltraud Tronnier, Frankfurt/Main (13. 12. 65); Elga Volkenandt, Frankfurt/Main (11. 12. 65); Helga Wagemann, Frankfurt/Main (8. 12. 65); Wanda Winter, Frankfurt/Main (11. 12. 65); Inga Krieger, Frankfurt/Main (11. 12. 65); Barbara Hußmann, Frankfurt/Main (11. 12. 65); Ursula Feller, Buchenau/Bied. (24. 12. 65); Anneliese Zorn, Bad Homburg/Obert. (10. 12. 65); Brunhild

Merkel, Frankfurt/Main (14. 1. 66); Heide Clemm, Frankfurt/Main (14. 1. 66); Rosemarie Gehlhaar, Frankfurt/Main (15. 1. 66); Barbara Peine, Dörnigheim/Hanau (13. 1. 66); Edith Langkau, Hanau (11. 1. 66); Hanne Wylenzek, Ravalzh. (21. 12. 65); Marie-Luise Determann, Wetzlar (17. 1. 66); Hildegard List, Bruchköbel/Hanau (21. 12. 65); Hildegard Jung, Hausen/Limb. (12. 1. 66); Hannelore Urspruch, Oberkleen (20. 12. 65); Hannelore Klippert, Hanau (10. 1. 66); Annelore Krauß, Neukirchen-Niederquembach/Wetz. (13. 1. 66); Edith Dirk, Sinkershausen/Bied. (22. 1. 66); Almuth-Beate Hillgärtner, Wiesbaden (3. 2. 66); Gudrun Daus, Wiesbaden (3. 2. 66); Ursula Winau, Wiesbaden (15. 2. 66); Hanne-Lore Gerteis, Frankfurt/Main (24. 1. 66); Barbara Schmidt-Blankenhagen, Frankfurt/Main (14. 1. 66); Henrike Volk, Frankfurt/Main (15. 1. 66); Ingeborg Schütz, Frankfurt/Main (18. 1. 66); Gertrud Neumann, Frankfurt/Main (19. 1. 66); Dorothea Erbenich, Eltville/Rhg. (18. 2. 66); Margrit Kunkel, Frankfurt/Main (21. 1. 66); Heidmarie Richter, Offheim/Limb. (3. 2. 66);

die apl. Realschullehrer bzw. Realschullehrerinnen German Mayr, Frankfurt/Main (12. 5. 65); Karl Ritschel, Hanau (22. 6. 65); Ernst-Joachim Gayko, Frankfurt/Main (2. 6. 65); Gerhard Dominique, Frankfurt/Main (23. 6. 65); Helmut Beez, Frankfurt/Main (7. 7. 65); Dieter Griebenow, Frankfurt/Main (28. 6. 65); Sigrüd Müller, Kelkheim/Mts. (20. 5. 65); Edelgard Hickel, Wiesbaden (17. 9. 65); Wilma Großmann, Frankfurt/Main (16. 10. 65); Margot Thomsen, Frankfurt/Main (29. 10. 65); Gertrud Khaschei, Frankfurt/Main (18. 10. 65); Regine Späth, Wiesbaden (19. 2. 66); Lucia Basler, Wiesbaden (16. 2. 66);

die apl. Sonderschullehrerin Erika Jurkat, Frankfurt/Main (30. 11. 65);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Lehrer bzw. Lehrerinnen Gerhard Sack, Frankfurt/Main (4. 5. 65); Konrad Seidlitz, Frankfurt/Main (7. 7. 65); Willi Hoppen, Frankfurt/Main (18. 8. 65); Robert Kött, Abmannshausen (27. 9. 65); Hermann Liebig, Münster/Oberl. (16. 10. 65); Werner Hohmann, Langensfeld (23. 10. 65); Ernst Spindler, Frankfurt/Main (8. 12. 65); Manfred Bär, Frankfurt/Main (12. 3. 66); Klaus Disch, Oberursel/Obert. (3. 3. 66); Rosemarie Vogel, Frankfurt/Main (21. 4. 65); Margret Simon, Sulzbach/Mts. (14. 6. 65); Christel Engelmann, Frankfurt/Main (20. 8. 65); Luise Wenger, Frankfurt/Main (2. 6. 65); Christel Könncke, Frankfurt/Main (10. 6. 65); Helga Möller, Hadamar/Limb. (17. 8. 65); Anne-Ruth Casper, Frankfurt/Main (8. 9. 65); Irene Göbel, Neesbach/Limb. (22. 9. 65); Renate Pitzer, Wiesbaden (21. 9. 65); Lina Kilb, Bad Homburg/Obert. (14. 9. 65); Eva Beck, Bad Homburg/Obert. (28. 8. 65); Therese Carl, Frankfurt/Main (22. 10. 65); Margret Dehnhard, Wiesbaden (19. 10. 65); Karin Hufeland, Kiedrich/Rhg. (4. 10. 65); Elfriede Simon, Langensfeld/Han. (28. 10. 65); Irmhild Krick, Frankfurt/Main (20. 10. 65); Ingrid Müller, Frankfurt/Main (22. 9. 65); Dorothea Rammeler, Frankfurt/Main (18. 9. 65); Heidi Ulrich Oberursel/Obert. (15. 11. 65); Irmgard Reichmann, Frankfurt/Main (22. 11. 65); Ruth Strambach, Frankfurt/Main (20. 9. 65); Ursula Neumann, Frankfurt/Main (24. 11. 65); Ingeborg Gaulitz, Frankfurt/Main (29. 11. 65); Sieglinde Lamann, Hanau (11. 11. 65); Reina von Rege, Frankfurt/Main (23. 11. 65); Gertrud Crost, Frankfurt/Main (10. 12. 65); Anneliese Zimmermann, Wiesbaden (7. 2. 66); Ilse Seiler, Frankfurt/Main (15. 1. 66); Anne-Elis. Posada, Frankfurt/Main (8. 2. 66); Hedwig Schilling, Frankfurt/Main (4. 3. 66);

der Hauptl. Botho Wiecker, Diedenbergen/Mt. (24. 8. 65); die Sonderschullehrerin Barbara Ohlhoff, Frankfurt/Main (16. 10. 65);

der Sonderschullehrer Alfred Kühnel, Bad Homburg/Ots. (17. 8. 65);

die Realschullehrer bzw. Realschullehrerinnen Wilhelm Kocholaty, Frankfurt/Main (6. 11. 65); Johannes Bunke, Frankfurt/Main (15. 12. 65); Oswald Schürch, Oberursel/Ots. (24. 2. 66); Johann-Christ. Fellner, Bad Homburg (23. 2. 66); Anneliese Klötzer, Frankfurt/Main (4. 6. 65); Else Busch, Wiesbaden (17. 8. 65); Hildegard Olshausen, Frankfurt/Main (22. 9. 65); Else Morys, Oberursel/Ots. (16. 9. 65); Inge Demuth, Frankfurt/Main (15. 10. 65);

in den Ruhestand versetzt

die Realschullektoren Wilhelm Müller, Wiesbaden (1. 4. 66); Karl Fink, Wiesbaden (1. 4. 66); Karl Becht, Bad Schwalbach (1. 4. 66); Gerhard Nicolai, Bad Homburg (1. 4. 66);

der Volks- und Realschul-Rektor Paul Kunow, Schlüchtern (1. 4. 66);

der Volks- und Realschul-Konrektor Hans Baldus, Limburg (1. 4. 66);

die Direktoren Karl Löber, Langenaubach/Dill. (1. 10. 65); Gerhard Pennemann, Rodheim-Bieber (1. 10. 65); Hans Schlude, Frankfurt/Main (1. 1. 66); Hermann Fröde, Wißmar/Wetz. (1. 1. 66); Heinrich Schädlich, Friedrichsdorf/Ots. (1. 4. 66); Gerhard Hillebrandt, Wiesbaden (1. 4. 66); Heinrich Wasserthal, Neuenhaßlau/Geln. (1. 4. 66); Karl Morgenstern, Eidengesäß/Gelnh. (1. 4. 66); Wilhelm Hadlich, Gelnhausen (1. 4. 66); Robert Berns, Herborn/Dill. (1. 4. 66); Horst Schönfeld, Dauborn/Limb. (1. 4. 66); Josef Schmidt, Eschhofen/Limb. (1. 4. 66); Wilhelm Flötenmeier, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Hermann Heller, Krofdorf/Wetz. (1. 4. 66);

die Rektorin Sophie Hornlehnert, Wiesbaden (1. 4. 66);

der Realschulkonrektor Dr. Hans Gilbert, Frankfurt/Main (1. 4. 66);

die Konrektoren Richard Enderich, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Johann Kremser, Niederbrechen/Limb. (1. 4. 66); Adolf Böhm, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Adolf Dienstbach, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Ferdinand Eidt, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Reinhard Stephan, Wiesbaden (1. 4. 66); Max Vollmer, Wiesbaden (1. 4. 66); Heinrich Ruckelhausen, Wiesbaden (1. 4. 66); Theobald Benner, Königstein/Ots. (1. 4. 66); Erich Dettke, Herborn/Dill. (1. 4. 66); Martin Merkert, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Heinrich Präcker, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Gustav Künkel, Biedenkopf (1. 4. 66); Albert Schwickert, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Herbert Masseck, Frankfurt/Main (1. 4. 66);

die Hauptlehrer Wilhelm Kamm, Gönners/Bied. (1. 11. 65); Willi Knapp, Kirberg/Limb. (1. 1. 66); Wilhelm Nilges, Mensfelden/Limb. (1. 4. 66); Otto Tischer, Bad Homburg/Ots. (1. 4. 66); Oswald Grimm, Rittershausen/Dill. (1. 4. 66); Alwin Sauer, Sechshelden/Dill. (1. 4. 66); Hermann Schäfer, Niederbiel/Wetzl. (1. 4. 66); Wilhelm Rühl, Oberkleen/Wetzl. (1. 4. 66);

die Sonderschullehrerinnen Hedwig Müller, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Lore Hösel, Herborn/Dill. (1. 10. 65); Dorothea Baatz, Frankfurt/Main (1. 12. 65); Johanna Paukert, Frankfurt/Main (1. 11. 65); Maria Schürmann, Frankfurt/Main (1. 11. 65); Anna Knie, Wetzlar (1. 12. 65);

die Realschullehrer bzw. Realschullehrerinnen Willi Heuser, Frankfurt/Main (1. 1. 66); Wilhelm Hommer, Haiger/Dillkrs. (1. 4. 66); Eduard Kreis, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Dr. Eduard Schäfer, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Conrad Grieb, Hanau (1. 4. 66); Karl Schicke, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Karl Wagner, Gelnhausen (1. 4. 66); Gustav Jablonski, Rüdeshheim/Rhg. (1. 4. 66); Dr. Erhard Bergmann, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Dr. Otto Schoen, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Christel Hammerschmidt, Wiesbaden (1. 10. 65); Edeltraud Basinek, Wetzlar (1. 10. 65); Frieda Sommer, Frankfurt/Main (1. 1. 66); Hedwig Hülsmann, Frankfurt/Main (1. 3. 66); Emma Lessdorf, Wiesbaden (1. 4. 66); Maria Schneider, Oberursel/Obert. (1. 4. 66); Anna Merkle, Usingen (1. 4. 66); Gertrude Messerschmidt, Flörsheim (1. 4. 66); Magdalena Rothfuchs, Langenscheid/Han. (1. 4. 66); Anna Hegerich, Camberg/Limb. (1. 4. 66); Margarethe Klingelhöfer, Camberg/Limb. (1. 4. 66); Margarethe Menges, Eltville/Rhg. (1. 4. 66); Irene Bergener, Herborn/Dill. (1. 4. 66);

die Lehrer bzw. Lehrerinnen Rudolf Wolff, Weilbach/Mts. (1. 9. 65); Otto Brauer, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Emil Heinz, Frankfurt/Main (1. 12. 65); Albert Wagner, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Fritz Pfeifer, Herborn/Dill. (1. 10. 65); Erich Jung, Oberscheid/Dill. (1. 10. 65); Friedrich Brand, Bellings/Schlü. (1. 10. 65); Rudolf Breunig, Wiesbaden (1. 1. 66); Friedrich Knoche, Klein-Rechtenbach (17. 10. 65); Arthur Danz, Anspach/Usingen (1. 4. 66); Theodor Berns, Limburg (1. 4. 66); Reinhold Ascheid, Frankfurt/Main (1. 4. 66); August Merkle, Heizenberg/Usingen (1. 4. 66); Reinhold Kirsten, Frickhofen/Limb. (1. 4. 66); Wilhelm Dorn, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Arthur Wiemann, Flörsheim/Mts. (1. 4. 66); Karl Schichtel, Hofheim/Mts. (1. 4. 66); Karl Engel, Wiesbaden (1. 4. 66); Karl Triebe, Wiesbaden (1. 4. 66); Ignaz Kohlert, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Wilhelm Senßfelder, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Manfred Kröner, Oberrodembach/Han. (1. 3. 66); Fritz Grosser, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Günther Rentsch, Lichenroth/Gelnhsn. (1. 4. 66); Arthur Rösing, Kemel/Uts. (1. 4. 66); Franz Krüger, Löhnberg/Oberl. (1. 4. 66); Paul Schön, Oberursel/Obert. (1. 4. 66);

Otto Czienski, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Oswald Nowak, Wiesbaden (1. 4. 66); Hermann Deutsch, Wiesbaden (1. 4. 66); Karl Weber, Wiesbaden (1. 4. 66); Heinrich Wnuck, Wiesbaden (1. 4. 66); Fritz Zemke, Wiesbaden (1. 4. 66); Fritz Muche, Wiesbaden (1. 4. 66); Kurt Dietrich, Hanau (1. 4. 66); Gottfried Kinkelhahn, Langenscheid/Han. (1. 4. 66); Otto Klier, Krofdorf/Wetz. (1. 4. 66); Reinhold Steuer, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Wilhelm Kern, Neuenschmidten/Glh. (1. 4. 66); Josef Karger, Hermannstein/Wetz. (1. 4. 66); Albert Kreuter, Wetzlar (1. 4. 66); Ernst Kliche, Zünstersbach/Schlü. (1. 4. 66); Karl Großer, Wommelshausen/Bied. (1. 4. 66); Josef Diel, Atzbach/Wetz. (1. 4. 66); Kurt Balkowski, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Alwin Eckhard, Fleisbach/Dill. (1. 4. 66); Ernst Klein, Herborn/Dill. (1. 4. 66); Rudolf Kalkofen, Hirschberg/Dill. (1. 4. 66); Aloys Hannes, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Johannes Krell, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Josef Schandry, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Paul Bienemann, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Fritz Schneider, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Kilian Schnitzler, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Walter Kynast, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Adolf Timmer, Ulmbach/Schlü. (1. 4. 66); Josef Hübner, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Kilian Gutsell, Wiesbaden (1. 4. 66); Ernst Schlosser, Großkrotzenburg/Han. (1. 4. 66); Rudolf Bill, Naunheim/Wetz. (1. 4. 66); Konrad Mayer, Birstein/Gelnh. (1. 4. 66); Fritz Gleißberg, Okrifel/Mts. (1. 4. 66); Waldemar Pietzsch, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Walter Scherwinski, Wiesbaden (1. 4. 66); Maria Sehne, Mittelbuchen/Han. (1. 8. 65); Maria von dem Speulhof, Frankfurt/Main (1. 9. 65); Agnes Dietrich, Frankfurt/Main (1. 6. 65); Elisabeth von zur Mühlen, Dörnigheim/Hanau (1. 8. 65); Margarete Schön, Breithard/Uts. (1. 7. 65); Charlotte Bosel, Wiesbaden (1. 10. 65); Martha Heuser, Frankfurt/Main (1. 11. 65); Franziska Lienert, Bad Homburg/Obert. (1. 10. 65); Erna Allgaier, Frankfurt/Main (1. 12. 65); Charlotte Luckau, Wiesbaden (1. 10. 65); Brunhilde Rudolf, Wiesbaden (1. 11. 65); Martha Harbach, Limburg/L. (1. 4. 66); Elisabeth Berghaus, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Maria Hissenauer, Dehrn/Limb. (1. 4. 66); Elisabeth Cornelius, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Irene Mauruschat, Eltville/Rhg. (1. 4. 66); Maria Krohmann, Hattersheim/Mts. (1. 4. 66); Lilly Faßbender, Flörsheim/Mts. (1. 4. 66); Lina Wenzel, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Frieda Weiß, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Elisabeth Franke, Eisenbach/Limb. (1. 4. 66); Elisabeth Schmidt, Eisenbach/Limb. (1. 4. 66); Maria Palisa, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Elisabeth Suchlich, Nauborn/Wetz. (1. 4. 66); Else Koentopp, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Olga Herzog, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Klara Schimmer, Niederrodembach (1. 4. 66); Lydia Ritter, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Eva Wechsung, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Maria Page, Wiesbaden (1. 4. 66); Gertrud Krause, Hanau (1. 4. 66).

entlassen

der Realschullehrer Peter Kröger, Usingen (1. 4. 66); die Realschullehrerin Klara Meier, Biedenkopf (1. 4. 66); die apl. Realschullehrer bzw. Realschullehrerinnen Doris Austrup, Hofheim/Mts. (1. 5. 65); Christiane Schulze, Rüdeshheim/Rhg. (1. 6. 65); Gisela Meister, Wiesbaden (1. 11. 65); Edeldgard Hichel, Wiesbaden (1. 11. 65); Ilse Hesser, Wetzlar (1. 4. 66); Christa Kippert, Herborn/Dill. (1. 9. 65); Anneliese Klötzer, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Ursula Determann, Camberg/Limb. (1. 4. 65); Stefan Bootz, Eltville/Rhg. (1. 4. 66); die Lehrer bzw. Lehrerinnen Haymo Dachle, Dillbrecht/Dill. (1. 10. 65); Dr. Rudolf Schmuckel, Seelbach/Oberl. (1. 12. 65); Margot Diepen, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Heidi Berg, Wiesbaden (1. 4. 66); Hilde Lenz, Wetzlar (1. 4. 66); Karin Hufeland, Kiedrich/Rhg. (1. 4. 66); Frieda Barski, Wiesbaden (1. 4. 66); Helga Wagner, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Rita Busch, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Elisabeth Schule, Frankfurt/Main (1. 4. 66);

Schulpsychologin u. Lehrerin Ilse Meschede, Hahn/Uts. (1. 1. 66);

die apl. Lehrer bzw. apl. Lehrerinnen Hans-Joa Born, Oberursel/Obert. (1. 8. 65); Horst Wendel, Kiedrich/Rhg. (1. 8. 65); Jochen Werner, Neuenhain/Mts. (1. 11. 65); Rolf Raab, Niedergründau/Glh. (1. 10. 65); Rolf Kube, Niederrodembach (1. 11. 65); Herbert Heine, Wiesbaden (1. 1. 66); Hans-Jür. Seifert, Oberndorf/Wetz. (1. 4. 66); Rosemarie Brozio, Frankfurt/Main (1. 6. 65); Elisabeth Kauthold, Frankfurt/Main (1. 8. 65); Elisabeth Kraus, Hattersheim (1. 6. 65); Elfriede Veerhoff, Rüdeshheim/Rhg. (1. 8. 65); Marie-Luise Beuter, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Doris Kasper, Merkenbach/Dill. (20. 5. 65); Ursula Weyland, Schwal-

Nr. 38 **Verwendung von Verkehrszeichen aus dem Entwurf einer neuen Straßenverkehrs-Ordnung**

Bonn, den 29. Dezember 1965
StV 2 Nr. 2100 BW/65

Ich habe keine Bedenken dagegen, daß nachstehend aufgeführte Verkehrszeichen aus dem Entwurf der neuen Straßenverkehrs-Ordnung bereits jetzt verwendet werden.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Boob

bisher Bild 2 a
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



Schleudergefahr

neu:



Seitenwind

neu:



Ufer

(das Zeichen ist nur da aufzustellen, wo die Straße auf ein Ufer mündet, nicht da, wo sie dem Ufer entlang verläuft)

bisher Bild 4 a



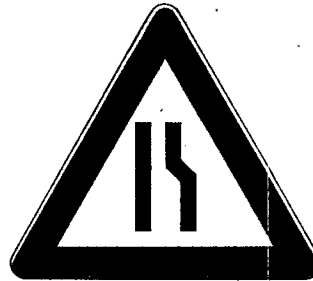
Fußgängerüberweg
(vgl. VkbI 1965 S. 200)

neu:



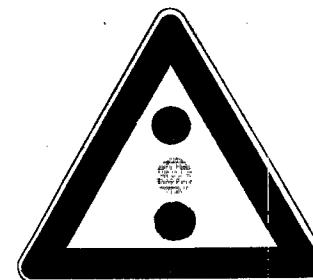
Steinschlag

neu:



Einseitig (rechts) verengte Fahrbahn

neu:



Lichtzeichenanlage

neu:



Radfahrer kreuzen

neu:



Flugbetrieb

bisher Bild 6
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



Unbeschränkter Bahnübergang

bisher Bild 7
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



dreistreifige Bake (rechts)
vor unbeschränktem Bahnübergang

Die Zeichen haben in der Regel eine Seitenlänge von 900 mm.

bisher Bild 17
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



Radfahrer

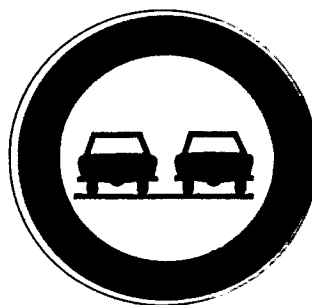
bisher Bild 13
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



Verbot für Kraftwagen

Es besteht auch kein Bedenken dagegen, daß die Sinnbilder der Fahrzeuge in den Verkehrszeichen nach den Bildern 13a und 14 entsprechend dem Entwurf der StVO einheitlich als von rechts nach links fahrend (wie das Sinnbild im Bild 14 a) dargestellt werden.

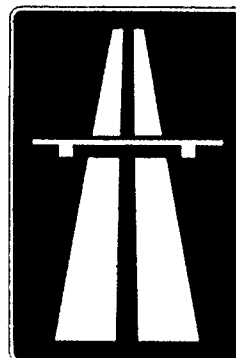
bisher Bild 21 b
(geringfügige Änderung des Sinnbildes)



Überholverbot für Kraftfahrzeuge aller Art

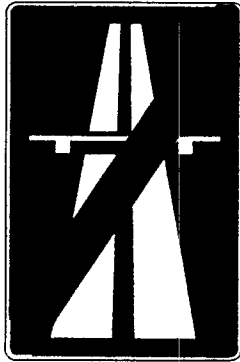
Die runden Zeichen haben in der Regel einen Durchmesser von 600 mm.

neu:



Beginn der Autobahn

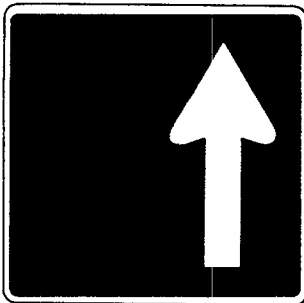
neu:



Ende der Autobahn

Die Zeichen sind in der Regel 1000 mm hoch und 650 mm breit.

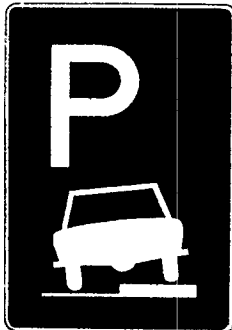
bisher Bild 33 a
(gleiche Kantenlänge)



Gegenverkehr muß warten

Das Zeichen hat in der Regel eine Kantenlänge von 500 mm.

neu:



Parken auf Gehwegen

Sollen die Fahrzeuge anders aufgestellt werden, wird dies im Zeichen bildlich dargestellt.

neu:



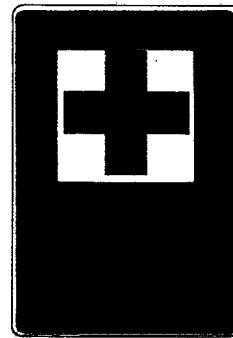
Wasserschutzgebiet

neu:



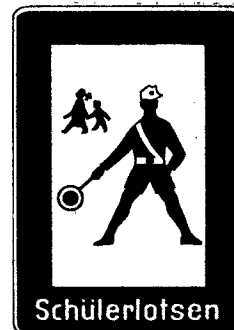
Fußgängerüberweg
(vgl. VkbI 1965 S. 200)

bisher Bild 34
(geringfügige Änderung)



Hilfsposten

neu:



Schülerlotsen

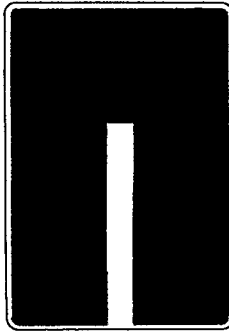
(vgl. VkbI 1957 S. 63)

neu:



Polizei

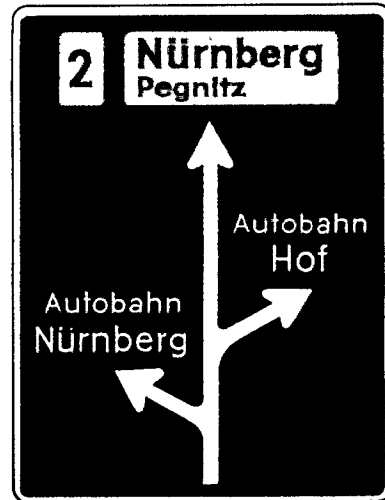
neu:



Sackgasse

Soweit keine anderen Abmessungen angegeben sind, sind die Zeichen in der Regel 750 mm hoch und 500 mm breit. Es bestehen auch keine Bedenken, die Verkehrszeichen nach den Bildern 32, 34 a, 34 b und 34 c in den neuen Abmessungen auszuführen.

neu:



Vorwegweiser zur Autobahn

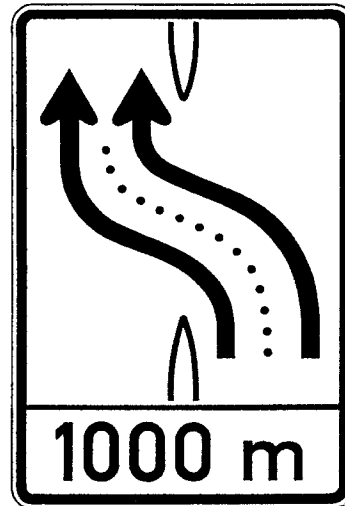
neu:



Hinweise auf innerörtliche Ziele
(vgl. VkbI 1958 S. 431)

Das Zeichen ist in der Regel 333 mm hoch und 1250 mm breit.

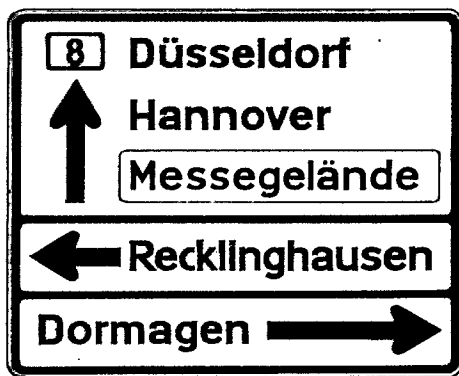
neu:



Baustellenwegweiser

Je nach Örtlichkeit und Entfernung sind Varianten zulässig.

neu:



Wegweisertafel
(Tabellenwegweiser)

Soweit keine Abmessungen angegeben sind, richten sich die Maße nach der Beschriftung und der Örtlichkeit.

(VkbI 1966 S. 49)

bach/Mts. (1. 9. 65); Barbara Schulze, Frankfurt/Main (1. 7. 65); Ursula Brauburger, Limburg (1. 7. 65); Brigitte Landgraf, Ulmbach/Schlü. (1. 8. 65); Irmgard Jahns, Winkel/Rhg. (1. 9. 65); Brunhilde Abicht, Frankfurt/Main (1. 8. 65); Gisela Buchacker, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Ingrid Elsner, Wiesbaden (1. 8. 65); Barbara Runzheimer, Wetzlar (1. 10. 65); Margarete Hampel, Gönnern/Bied. (1. 8. 65); Elisabeth Schmücker, Oberursel/Obert. (1. 10. 65); Christel Anhalt, Hailer/Gelnh. (1. 9. 65); Margarete Gezelt, Frankfurt/Main (1. 8. 65); Ilse Obrowski, Frankfurt/Main (1. 9. 65); Diethilde Plieth, Breidenstein/Bied. (1. 10. 65); Ilse Ahlmeier, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Helga Neumann, Frankfurt/Main (1. 9. 65); Marianne Gruber, Schlüchtern (1. 10. 65); Brigitte Sack, Wiesbaden (1. 10. 65); Astrid Johannsen, Frankfurt/Main (1. 9. 65); Almut Müller-Boecker, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Erika Paul, Sulzbach/Mts. (1. 10. 65); Susanne Gonscheronski, Niedernhausen/Mts. (1. 9. 65); Mechthild Wagner, Friedrichsdorf (1. 10. 65); Marita Kreide, Romsthal/Schlü. (1. 9. 65); Roswitha Seidler, Schönberg/Ots. (20. 9. 65); Renate Roddewig, Bleidenstadt/Uts. (26. 9. 65); Gisa Schroeder, Weilburg/Oberl. (1. 10. 65); Ursula Theis, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Brunhilde Lutsch, Usingen (1. 10. 65); Renate Hinkel, Esch/Uts. (1. 10. 65); Margit Schäfer, Mittelbuchen/Han. (1. 10. 65); Christa Schell, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Irmgard Pinder, Frankfurt/Main (1. 10. 65); Anke Theiß, Weyer/Oberl. (1. 10. 65); Gisela Staudt, Oberbrechen/Lim. (1. 11. 65); Karin Gürsching, Weilburg/Oberl. (15. 10. 65); Ruth Racky, Kronberg/Obert. (10. 10. 65); Brigitte Pauly, Lahr/Limb. (16. 11. 65); Gudrun Witte, Frankfurt/Main (1. 11. 65); Elke Petersen, Wolfenhausen/Oberl. (1. 11. 65); Renate Damm, Niedernhausen/Mts. (1. 1. 66); Elke Kraft, Frankfurt/Main (1. 12. 65); Helga Gömer, Bruchköbel/Hanau (1. 1. 66); Heidemarie Heberer, Neuses/Gelnh. (1. 1. 66); Maria Plettner, Wirtheim/Gelnh. (1. 1. 66); Gisela Dittrich, Schlüchtern (1. 1. 66); Marlies Dorés, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Gabriele Siebel, Frankfurt/Main (1. 2. 66); Almut Amereller, Frankfurt/Main (1. 1. 66); Gisela Uplegger, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Helga Gröne, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Sieghild Ferkel, Dörnigheim/Han. (1. 2. 66); Ingrid Falk, Wiesbaden (12. 2. 66); Helga Wilhelm, Ahausen/Oberl. (1. 1. 66); Irene Staeves, Birstein/Gelnh. (23. 2. 66); Ute Schrötter, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Ursula Lincke, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Grita Schmidt, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Johanna Haferkamp, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Ingrid Hardt geb. Eiling, Ruppertshausen/Mts. (1. 4. 66); Gisela Wunschheim, Frankf./M. (1. 4. 66); Hannelore Reuschling, Katzenfurt/Wetz. (15. 2. 66); Erika Koralewski, Frankf./Main (1. 4. 66); Renate Kösters, Atzbach/Wetz. (1. 4. 66); Christel Müller, Großauheim/Han. (1. 3. 66); Dorothea Zekau, Weilmünster/Oberl. (1. 4. 66); Helma Lang, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Ingrid Klein, Frankfurt/Main (15. 3. 66); Hiltrud Kreher, Beilstein/Dill. (1. 4. 66); Henrike Volk, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Gundula Düber, Frankfurt/Main (1. 4. 66); Helmtrud Schmidt, Winkel/Oberl. (1. 4. 66); Gertraude Hopp, Neuengronau/Schlü. (1. 4. 66); Heidrun Rohloff, Hirzenhain/Dill (1. 4. 66);

die apl. Fachlehrerinnen Karin Skuhr, Niedernhausen/Mts. (1. 1. 66); Hiltraud Mayer, Schönbach/Dill. (1. 4. 66).

Wiesbaden, 15. 4. 1966

Der Regierungspräsident
II 2 a — 59 —
St.Anz. 19/1966 S. 649

d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden

ernannt

zu **Schulräten** die Rektoren (BaL) Wilhelm Schmittel, Gelnhausen (17. 9. 65), Hans-Achim Zimmermann, Oberursel/Obert. (29. 12. 65);

der Rektor als **Ausb.-Leit.** (BaL) Wilhelm Schreier, Gelnhausen (29. 12. 65);

zum **Realschulrektor** der Realsch.-Lehrer (BaL) Rudolf Glasner, Frankfurt/Main (29. 10. 65);

zum **Volks- und Realschullehrer** der Realsch.-Konr. (BaL) Werner Jaensch, Wetzlar (22. 7. 65);

zu **Rektoren** der Hptl. (BaL) Wilhelm Rudek, Fischbach/Mts. (24. 2. 66), der Konr. (BaL) Rudolf Heukäufer, Frankfurt/Main (16. 8. 65), der Volks- und Realsch.-Konr. (BaL) Hans Sauerbrey, Schwalbach/Mts. (16. 2. 66), der Realsch.-Lehrer (BaL) Karl-Heinz Kiefer, Naurod/Mts. (23. 8. 65),

die Lehrer (BaL) Karl Bernius, Hochstadt/Hanau (11. 8. 65), Edgar Schmidt, Wiesbaden (17. 8. 65), Heinrich Lenz, Dautphe/Bied. (3. 8. 65), Hans Netzel, Frankfurt/Main (16. 8. 65), Wilhelm Reeh, Frankfurt/Main (18. 8. 65), Armin Müller, Frankfurt/Main (11. 9. 65);

zu **Rektoren als Leiter an einer Sonderschule** die Hptl. an Sondersch. (BaL) Erich Weise, Frankfurt/Main (22. 10. 65), Konr. an Sondersch. (BaL) Eva-Brig. Stapelfeldt, Hanau (3. 11. 65), Sondersch.-L. (BaL) Helmut Straube, Flörsheim/Mts. (24. 7. 65), Sondersch.-L'in (BaL) Maria Hölker, Frankfurt/Main (26. 10. 65);

zu **Realschulkonrektoren** die Realsch.-L. (BaL) Hubert Neubert, Hofheim/Mts. (23. 8. 65), Kurt Goerdten, Frankfurt/Main (4. 9. 65), Arthur Wendel, Bad Homburg/Obert. (15. 2. 65);

zu **Volks- und Realschulkonrektoren** die Realsch.-L. (BaL) Reinhard Fuchs, Frankfurt/Main (28. 8. 65), Reinhold Föhr, Weilburg (27. 10. 65), Martin Schulz, Kelkheim/Mts. (21. 2. 1966), der Konr. (BaL) Ernst Becker, Wetzlar (22. 11. 65);

zu **Konrektoren** die Lehrer (BaL) Hermann Kiehne, Frankfurt/Main (17. 8. 65), Walter Eymelt, Frankfurt/Main (16. 8. 65), Walter Beltzer, Frankfurt/Main (9. 9. 65), Karl-Heinz Bannys, Sinn/Dillkrs. (25. 9. 65), Richard Schmandt, Kriftel/Mts. (26. 11. 65);

zum **Konrektor auf Lebenszeit** der Lehrer Josef Grimmer, Großauheim/Hanau (10. 12. 65);

zu **Hauptlehrern** die Lehrer (BaL) Günter Marse, Breckenheim/Mts. (16. 8. 65), Walter Redert, Uckersdorf/Dillkrs. (18. 8. 65), Erich Exner, Schönberg/Obert. (14. 9. 65), Helmut Sandrock, Horbach/Gelnhsn. (26. 11. 65), Josef Habiger, Wirtheim/Gelnhsn. (13. 12. 65), Karl-Heinz Roßner, Dorchheim/Limb. (21. 12. 65), die Lehrerin (BaL) Karola Heyer, Mandeln/Dillkrs. (28. 2. 66);

zu **Sonderschullehrerinnen** die Lehrerinnen (BaL) Ursula Niemann, Frankfurt/Main (10. 9. 65), Elsbeth Keding, Wallau/Bied. (30. 9. 65), Adelheid Colnot, Wiesbaden (28. 9. 1965), Käthe Beisiegel, Frankfurt/Main (29. 10. 65);

zur **Sonderschullehrerin auf Lebenszeit** die Lehrerin Johanna Prange, Wiesbaden (28. 10. 65);

zu **Sonderschullehrern** die Lehrer (BaL) Franz Meinecke, Frankfurt/Main (14. 10. 65), Arthur Roth, Sannerz/Schlücht. (31. 1. 66);

zum **Sonderschullehrer auf Lebenszeit** der apl. Sondersch.-L. Wolfgang Sobainsky, Frankfurt/Main (17. 9. 65);

zu **Realschullehrern/innen** die Lehrerinnen (BaL) Eleonore Großhaus, Hermannstein/Wetz. (2. 9. 65), Doris Krauskopf, Hanau (31. 8. 65), Hildgeard Hasse, Herborn/Dill (18. 8. 65), Lieselotte Wagner, Hanau (9. 9. 65), Rosemarie Sauer, Frankfurt/Main (11. 9. 65), Gertraude Jüde, Hofheim/Mts. (29. 9. 65), Renate Dittrich, Frankfurt/Main (18. 10. 65), Gisela Breser, Hofheim/Mts. (4. 2. 66), Brigitte Göbel, Gelnhausen (14. 2. 66), Annemarie Gelowicz, Biedenkopf (15. 2. 1966), die Realsch.-L'in (bisher in Schlesw.-Holstein) Doris Wagner, Frankfurt/Main (15. 10. 65), die Lehrer (BaL) Wilhelm Happel, Biedenkopf (16. 8. 65), Rudolf Wüst, Weilburg/Oberl. (17. 9. 65), Johann Holub, Hanau (10. 9. 65), Johannes Plaza, Limburg (29. 9. 65), Gerhard Haschberger, Dörnigheim/Hanau (14. 9. 65), Ernst Schaub, Gelnhausen (1. 10. 65), Hans-Dieter Pallmann, Frankfurt/Main (18. 9. 65); Johannes Geisler, Oberursel/Obert. (14. 10. 65), Kurt Schuster, Oberursel/Obert. (11. 11. 1965), Josef Knapp, Limburg (23. 11. 65), Rudolf Hölz, Wiesbaden (14. 3. 66);

zu **Realschullehrern/innen auf Lebenszeit** die alp. Realsch.-L'innen Gerlinde Roth-Kleyer, Frankfurt/Main (4. 9. 65), Ruth Bunge, Frankfurt/Main (25. 10. 65), Anneliese Miltenberger, Gladenbach/Bied. (13. 1. 66), Elisabeth Leutheuser, Frankfurt/Main (19. 1. 66), Christiane Haas, Frankfurt/Main (19. 2. 66), Renate Lachmuth, Wiesbaden (21. 3. 1966), Sigrid Kirmse, Frankfurt/Main (21. 3. 66), die apl. L'in Anneliese Werner, Bad Homburg/Obert. (15. 2. 66), die apl. Realsch.-Lehrer Walter-Franz Gerhardt, Frankfurt/Main (28. 8. 65), Peter Kröger, Usingen (3. 11. 65), Winfried Heinke, Frankfurt/Main (2. 11. 65), Helmut Wilhelm, Herborn/Dill. (19. 11. 65), Gerhard Krah, Limburg (2. 12. 65), Herbert Niendorf, Oberursel/Obert. (20. 12. 65), die Lehrer Hans-Diet. Edelmann, Frankfurt/Main (28. 8. 1965), Kurt Voelsch, Frankfurt/Main (3. 11. 65), die apl. Lehrer Helmut Bubenheim, Limburg (20. 10. 65), Klaus Neumann, Gelnhausen (22. 3. 66);

zu **Lehrern/innen auf Lebenszeit** die apl. L'innen Hilde Koch, Frankfurt/Main (9. 8. 65), Anna Trischler, Bleidenstadt/Uts. (26. 8. 65), Irmgard Haack, Fischbach/Mts. (27. 8. 65), Leonie Gutberlet, Herbornseelbach/Dill. (3. 9. 65), Irmgard Höck, Elz/Limb. (27. 8. 65), Irmgard Westenberg, Kelkheim/Mts. (26. 8. 65), Käthe Dörfer, Frankfurt/Main (27. 8. 65), Eva Müller, Frankfurt/Main (16. 8. 65), Erika Wittmann, Frankfurt/Main (2. 8. 65), Gertrud Sepec, Frankfurt/Main (15. 6. 65), Rosa-Maria Sailer, Frankfurt/Main (12. 8. 65), Marlene Schmidt, Frankfurt/Main (17. 8. 65), Susanne Kling, Lorschbach/Mts. (20. 8. 65), Gertrud Danker, Wiesbaden (17. 8. 65), Käthe Bach, Wetzlar (23. 7. 65), Gertrud Hofmann, Winkel/Rhg. (2. 9. 65), Edith Höhler, Winkels/Oberl. (12. 8. 65), Elisabeth Hartmann, Wiesbaden (17. 8. 65), Ingrid Pollmann, Wiesbaden (25. 8. 65), Ursula Neumeyer, Wallroth/Schl. (19. 8. 65), Sigrid Möckel, Wetzlar (16. 8. 65), Ingeborg Jabelmann, Wetzlar (20. 9. 65), Edith Gericke, Wetzlar (20. 9. 65), Ruth Eisholz, Dautphe/Bied (24. 8. 65), Hildegard Bartsch, Eibelshausen/Dill. (20. 9. 65), Dorothea Adler, Salmünster/Schlü. (23. 9. 65), Brigitta Döring, Sterbfritz/Schlü. (24. 9. 65), Margarete Haase, Oberursel/Obert. (20. 9. 65), Luise Eckel, Breidenbach/Bied. (30. 9. 65), Uta Rogenhofer, Frankfurt/Main (17. 9. 65), Irene Graf, Johannisberg/Rhg. (11. 10. 65), Ria Goldberg, Frankfurt/Main (21. 9. 65), Rita Busch, Frankfurt/Main (15. 10. 1965), Brigitte Göbel, Gelnhausen (19. 10. 65), Irmgard Batah, Frankfurt/Main (6. 10. 65), Elfriede Pagels, Niederwalluf/Rhg. (19. 10. 65), Marianne Holzer, Wiesbaden (23. 10. 65), Roswitha Engler, Limbach/Uts. (22. 10. 65), Gisela Oschkinis, Erda/Wetzlar (27. 9. 65), Elfriede Schnädter, Frankfurt/Main (22. 10. 65), Gisela Bresler, Hofheim/Mts. (17. 8. 65), Ilse Habert, Gelnhausen (29. 10. 65), Karla Degenhardt, Marborn/Schl. (4. 11. 65), Ingrid Rollshausen, Frankfurt/Main (1. 11. 65), Heimbürga Hochstetter, Naurod/Mts. (21. 10. 65), Wildrud Graudin, Frankfurt/Main (23. 10. 1965), Waltraud Gläßer, Frankfurt/Main (5. 11. 65), Hannelore Bicker, Frankfurt/Main (5. 11. 65), Sigrid Bressler, Frankfurt/Main (10. 11. 65), Johanna Mainusch, Frankfurt/Main (20. 9. 65), Marga Raab, Frankfurt/Main (21. 9. 65), Liselotte Palm, Frankfurt/Main (20. 10. 65), Ingeborg Taubert, Breitscheid/Dill. (22. 11. 65), Irene Meink, Frankfurt/Main (30. 9. 65), Helga Pertzsch, Frankfurt/Main (22. 9. 65), Erika Goring, Frankfurt/Main (27. 11. 65), Ruth Pochert, Wiesbaden (2. 12. 65), Gerda Junk, Oberscheld/Dill. (12. 11. 1965), Irma Hinne, Frankfurt/Main (30. 11. 65), Ursula Heinrich, Frankfurt/Main (8. 12. 65), Helga Käschel, Frankfurt/Main (8. 12. 65), Ester Müller, Bad Orb/Gelnh. (23. 8. 1965), Ingeborg Hauck, Neuenhain/Mts. (27. 12. 65), Brigitta Latsch, Dehrn/Limb. (11. 1. 66), Hildegard Müller, Oberzeuzheim/Lbg. (14. 1. 66), Ingeborg Vökler, Frankfurt/Main (17. 12. 65), Ingeborg Brigula, Frankfurt/Main (14. 1. 66), Rosa-Anna Dippel, Wallau/Bied. (24. 1. 66), Hildegard Parche, Frankfurt/Main (11. 1. 66), Ilse Hanske, Frankfurt/Main (11. 1. 66), Waltraud Scheuermann, Frankfurt/Main (15. 1. 66), Ellen Wündisch, Dauborn/Limb. (2. 2. 65), Ingeborg Ortwein, Frankfurt/Main (15. 1. 66), Erika Wurmbach, Dillenburg (31. 1. 66), Inge Geldner, Frankfurt/Main (11. 2. 66), Ursula Schäfer, Wiesbaden (1. 3. 66), Renate Köhl, Frankfurt/Main (8. 3. 66), Annette Stapf, Frankfurt/Main (21. 12. 65), Marianne Michaelen, Frankfurt/Main (2. 12. 1965), Hildegard Griep, Hochheim/Mts. (22. 3. 66), Anna-Luise Schumann, Wiesbaden (22. 3. 66), Hildegard Ihfeld, Fischbach/Mts. (26. 3. 66), Marianne Brüggemaier, Dorlar/Wetzl. (z. Z. Ausl. Schuldienst) (6. 11. 65); die apl. Lehrer Eberhard Rottzoll, Wiesbaden (5. 8. 65), Paul Fiedler, Elz (27. 8. 65), Helmut Schlag, Frankfurt/Main (1. 8. 65), Walter Hinkel, Frankfurt/Main (1. 8. 65), Richard Umbach, Endbach/Bied. (31. 8. 65), Klaus Warmuth, Roth/Bied. (10. 9. 65), Gundolf Alliger, Eidengesäß/Gelnh. (18. 8. 65), Dietrich Geldmacher, Wiesbaden (31. 7. 65), Karl-Heinz Haas, Niederweidbach/Bied. (14. 9. 65), Kurt Gutberlet, Herbornseelbach/Dill. (25. 8. 65), Otto Engler, Wallbach/Uts. (14. 9. 65), Heinrich Freienstein, Sarrod/Schlü. (2. 9. 65), Alfred Schröder, Hanau (14. 9. 65), Ehrfried Grob, Rüdeshelm (27. 9. 65), Ewald Wolf, Uttrichshausen/Schlü. (20. 9. 65), Klaus Kritzler, Bad Homburg (17. 9. 65), Werner Lehmann, Königsberg/Wetzl. (25. 10. 65), Dietmar Nerger, Krumbach/Wetzl. (25. 10. 65), Andreas Dildey, Hofheim/Mts. (30. 10. 65), Günther Rachvoll, Frankfurt/Main (23. 10. 65), Manfred Krassel-Priemer, Frankfurt/Main (22. 10. 1965), Walter Frank, Somborn/Gelnh. (1. 11. 65), Werner Rosenkranz, Braunfels/Wetzl. (18. 10. 65), Horst Eggers, Löhnberg/Oberl. (12. 11. 65), Günther Meinhardt, Geisenheim/Rhg. (10. 11. 65), Wolfgang Tiede, Frankfurt/Main (2. 11. 65), Klaus Herrmann, Frankfurt/Main (24. 9. 65),

Ernst Albrecht, Schönberg/Obert. (13. 11. 65), Horst Vieweg, Wiesbaden (26. 11. 65), Heinz Emde, Flammers (12. 11. 65), Joachim Meisel, Frankfurt/Main (25. 11. 65), Werner Breda, Erbstadt/Hanau (3. 12. 65), Wolfgang Schrade, Frankfurt/Main (25. 11. 65), Manfred Schwebsch, Frankfurt/Main (8. 12. 65), Hans Schneider, Gusternhain/Dill. (29. 11. 65), Günter Wendland, Gusternhain/Dill. (29. 11. 65), Otto Paris, Frankfurt/Main (10. 12. 65), Willi Janz, Rachelshausen/Bied. (10. 1. 66), Hermann Koblichke, Weifenbach/Bied. (25. 1. 66), Joachim Lellek, Frankfurt/Main (7. 12. 65), Heinz Kotzwig, Frankfurt/Main (11. 1. 66), Hanns Münch, Frankfurt/Main (14. 1. 66), Klaus Dettke, Wiesbaden (17. 3. 66), Werner Schmeling, Frankfurt/Main (31. 1. 66), Burkhard Krebs, Hochelheim/Wetzl. (23. 2. 66), Hartmut Schmidtke, Frankfurt/Main (17. 1. 66), Günter Schmidt, Kelkheim/Mts. (18. 3. 66), Walter Weinert, Hofheim/Mts. (25. 3. 66), Klaus Hunstein, Wiesbaden (30. 3. 66);

die Lehrkr. i. Ang.-Verh. Anna-Elis. Dr. Erler, Frankfurt/Main (17. 8. 65), Friedegunde Kaupe, Engenhahn/Unt. (19. 10. 1965), Erna Taubel, Wiesbaden (1. 12. 65), Hilda Schmidt, Wiesbaden (15. 3. 66);

zu **apl. Sonderschullehrern** die apl. Lehrer Eberhard Mai, Frankfurt/Main (20. 8. 65), Anton Kreis, Eltville/Rhg. (25. 8. 65), Hans Buchmayer, Frankfurt/Main (31. 1. 66), Heinz Orf, Frankfurt/Main (19. 2. 66);

zu **apl. Realschullehrern/innen** die apl. Lehrer Otto Grühne, Frankfurt/Main (13. 10. 65); Gerhard Krahe, Limburg (15. 10. 1965), Waldemar Frese, Großauheim/Hanau (13. 1. 66), die apl. L'in Ursula Freisfeld, Friedrichsdorf/Ots. (29. 10. 65);

zu **apl. Realschullehrern/innen (BaW)** Jutta Steinbach, Wiesbaden (21. 8. 65), Elisabeth Fischer, Wiesbaden (18. 8. 1965), Heidrun von Blank, Frankfurt/Main (18. 8. 65), Hannelore Thalemann, Wiesbaden (1. 12. 65);

zu **apl. Realschullehrerinnen (BaP)** Annetta Tumulka, Frankfurt/Main (16. 10. 65), Ursula Bernsmann, Camberg/Limb. (17. 2. 66);

zu **apl. Lehrern/innen (BaW)** Jürgen Mulch, Kiedrich/Rhg. (28. 7. 65), Günter Rückert, Weilmünster/Oberl. (28. 7. 65), Heinrich Wüstenhöfer, Eschborn/Mts. I (17. 8. 65), Jakob Schneider, Weilbach/Mts. (27. 9. 65), Klaus Lange, Naunheim/Wtz. (11. 10. 65), Hans Sowodnick, Weilbach/Mts. (15. 10. 65), Peter Ringel, Frankfurt/Main (1. 2. 66), Meike Hildebrand, Hailer/Gelnh. (26. 7. 65), Magdalena Zeitz, Sinn/Dill. (26. 7. 65), Renate Oelsner, Langenselbold/Hanau (6. 8. 65), Helga Schädl, Altenmittlau/Gelnh. (29. 7. 65), Gisela Weil, Weilburg (28. 7. 65), Liselotte Ruschig, Erbach/Rhg. (26. 7. 65), Margarete Pernsch, Frankfurt/Main (24. 8. 1965), Gisa Schroeder, Weilburg/Oberl. (29. 7. 65), Wilhelmine Stingl, Oberscheld/Dillkrs. (26. 7. 65), Gisela Thieme, Niedernhausen/Mts. (7. 7. 65), Ursula Horz, Ober-tiefenbach/Obl. (5. 7. 65), Ingrid Habermann, Breitscheid/Dill. (22. 7. 65), Gisela Pfaff, Rüdigen/Hanau (19. 7. 65), Gudrun Müller, Frankfurt/Main (27. 9. 65), Gertraud Müller, Erbach/Lbg. (11. 10. 65), Gisela Fischer, Frankfurt/Main (11. 10. 65), Gisela König, Gladenbach/Bied. (25. 10. 1965), Eleonore Nebelsick, Gr. Rechtenbach/Wtz. (27. 10. 65), Elisabeth von Trotha, Frankfurt/Main (29. 9. 65), Gertrud Killmann, Frankfurt/Main (17. 9. 65), Käthe König, Uttrichshausen/Schl. (27. 8. 65), Marijos Vollmer, Erda/Wetzlar (19. 10. 65), Uta Bühring, Winkel/Rhg. (19. 10. 65), Barbara Wieland, Frankfurt/Main (21. 8. 65), Ingeborg Effenberger, Eichen/Hanau (14. 12. 65), Hiltrud Krüger, Ohren/Limb. (20. 12. 65), Ruth Rehbaum, Niederrödenbach/Han. (1. 12. 1965), Hermine Helldörfer, Kassel/Gelnh. (16. 2. 66), Brigitte Schneider, Sulzbach/Mts. (28. 3. 66);

zu **apl. Lehrern/innen (BaP)** Herbert Behl, Sterbfritz/Schlü. (11. 8. 65), Edith Schröder, Wiesbaden (1. 10. 65), Erika Leonhard, Frankfurt/Main (27. 8. 65), Hildegard Schwarz, Frankfurt/Main (28. 6. 65), Christina Ringel, Hintermeilingen/Lbg. (5. 11. 65), Marianne Wolter, Oberdieten/Bied. (13. 11. 65), Mechthild Söhnlein, Bad Homburg (28. 7. 1965), Rosemarie Thomas, Dorlar/Wetzl. (1. 10. 65), Ursula Scheewe, Nauborn/Wetzl. (11. 10. 65);

zur **Fachlehrerin** Rosemarie Benner, Hanau (13. 10. 65);

zur **Fachlehrerin (BaL)** Christa Schmidt, Frankfurt/Main (13. 12. 65);

zu **apl. Fachlehrerinnen (BaW)** Gundula Merten, Hailer/Gelnh. (14. 9. 65), Ingeborg Weisbrich, Gelnhausen (14. 9.

1965), Herta Sturm, Camberg/Limb. (11. 10. 65), Margaretha Jöckel, Schlüchtern (6. 10. 65), Anna Recker, Wiesbaden (15. 12. 65), Ursula Kynast, Kelkheim/Mts. (7. 2. 66).

Wiesbaden, 7. 4. 1966

Der Regierungspräsident
II 2 a — 59 —
StAnz. 19/1966 S. 653

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

f) Straßenbauverwaltung

ernannt

zu **Regierungsbaudirektoren** die Oberregierungsbauräte Diplom-Ingenieure Friedrich Wilhelm Götz (28. 3. 1966 — BaL), Carl Jagersberger (26. 3. 1966 — BaL), Herbert Kirstein (28. 3. 1966 — BaL), Erich Schnorr (28. 3. 1966 — BaL);

zum **Regierungsvermessungsdirektor** Oberregierungsvermessungsrat Günter Krause (28. 3. 1966 — BaL);

zu **Oberregierungsbauräten** die Regierungsbauräte Diplom-Ingenieure Siegfried Desenritter (28. 3. 1966 — BaL), Karl Fritz Hirsch (28. 3. 1966 — BaL), Joachim Kirsten (28. 3. 1966 — BaL), Werner Naumann (28. 3. 1966 — BaL), Josef Sauer (28. 3. 1966 — BaL), Horst Günther Schwabe (28. 3. 1966 — BaL), Hans Zutt (28. 3. 1966 — BaL);

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte Erich Blackert (28. 3. 1966 — BaL), Hans Eden Kluin (28. 3. 1966 — BaL), Werner Plechatsch (28. 3. 1966 — BaL), Wilhelm Runtsch (29. 3. 1966 — BaL), Ludwig Seibert (28. 3. 1966 — BaL);

zu **Regierungsbauräten** die Regierungsbaussessoren Dipl.-Ingenieure Ernst Otto Bender (31. 12. 1965 — BaL), Rolf Krüger (29. 12. 1965 — BaL);

zum **Regierungsbaurat** Regierungsbaurat z. A. Diplom-Ingenieur Walter Arit (23. 12. 1965 — BaL);

zu **Regierungsbaussessoren** die Baussessoren Diplom-Ingenieure Gerhard Benner (25. 11. 1965 — BaP), Karl Berg (25. 11. 1965 — BaP), Dr. Johann Martin Deinhard (9. 2. 1966 — BaP);

zu **Regierungsbaureferendaren** die Diplom-Ingenieure Stefan Klein (1. 1. 1966 — BaW), Karl Rudolf Kleinke (1. 1. 1966 — BaW), Ernst Krüger 1. 2. 1966 — BaW), Günter Stahl (1. 3. 1966 — BaW);

zum **Regierungsoberbauamtmann** Regierungsbauamtmann Hermann Schmidt (29. 3. 1966 — BaL);

zu **Regierungsbauamtmännern** die Regierungsoberbauinspektoren Egmont Fischer (29. 3. 1966 — BaL), Karl-Heinz Göllmann (30. 11. 1965 — BaL), Klaus Dieter Habel (27. 1. 1966 — BaL), Waldemar Lutz (29. 3. 1966 — BaL), Hans Schiebold (20. 1. 1966 — BaL), Hans Weckesser (31. 3. 1966 — BaL);

zu **Regierungsamtmännern** die Regierungsoberinspektoren Heinrich Josef Hasler (31. 3. 1966 — BaL), Horst Lehnhardt (15. 3. 1966 — BaL), August Lehr (28. 3. 1966 — BaL), Adolf Lohr (31. 3. 1966 — BaL), Werner Luderer (29. 3. 1966 — BaL), Erich Petzold (30. 3. 1966 — BaL);

zu **Regierungsoberbauinspektoren** die Regierungsbauinspektoren Karl Friedrich Becker (31. 3. 1966 — BaL), Gottfried Flach (31. 3. 1966 — BaL), Erich Gies (31. 3. 1966 — BaL), Hans Kremer (29. 3. 1966 — BaL), Kurt Schindler (28. 2. 1966 — BaL), Herbert Schmitt (31. 1. 1966 — BaL), Oswald Wirth (31. 1. 1966 — BaL);

zu **Regierungsvermessungsoberinspektoren** die Regierungsvermessungsinspektoren Leonhard Rapior (28. 2. 1966 BaL), Arno Schmidt (31. 12. 1965 — BaL);

zu **Regierungsoberinspektoren** die Regierungsinspektoren Klaus Cipriani (10. 3. 1966 — BaP), Karl-Heinz Gerhold (31. 3. 1966 — BaL), Klemens Grabowski (25. 2. 1966 — BaP), Erich Mauruschat (25. 2. 1966 — BaL);

zu **Regierungsbauinspektoren** die Regierungsbauinspektoren z. A. Reinhard Jürgen Freytag (19. 1. 1966 — BaL), Gerhard Geiß (17. 12. 1965 — BaL), Walter Gottschling (15. 3. 1966 — BaL), Herbert Killian (31. 3. 1966 — BaL), Georg Kurt Klippert (19. 1. 1966 — BaL), Heinrich Schäfer (8. 2. 1966 — BaL);

zum **Regierungsbauinspektor** Technischer Regierungshauptsekretär Hermann Nern (3. 1. 1966 — BaL);

zu **Regierungsinspektoren** die Regierungsinspektoren z. A. Herbert Dötter (20. 1. 1966 — BaL), Johann Anton Nebel (27. 12. 1965 — BaL);

zum **Regierungsinspektor** Regierungshauptsekretär Georg Schmitt (30. 11. 1965 — BaL);

zu **Regierungsbauinspektoren z. A.** die Regierungsbauinspektoranwärter Wolfram Engel (31. 1. 1966 — BaP), Josef Holzheuser (31. 1. 1966 — BaP), Karl Heinz Lehmkuhl (31. 1. 1966 — BaP);

zum **Regierungsinspektor z. A.** Regierungsinspektoranwärter Bernhard Hilsbos (1. 4. 1966 — BaP);

zum **Regierungsobersekretär** Regierungsssekretär Hans Knödl (31. 12. 1965 — BaL);

zum **Regierungssekretär** Regierungsssekretär z. A. Hans Reinermer (7. 4. 1966 — BaP);

zur **Regierungssekretärin z. A.** Regierungssekretärinwärtin Helga Kratz (1. 4. 1966 — BaP);

zum **Regierungsbauinspektoranwärter** Ulrich Krampecki (1. 3. 1966 — BaW);

zu **Regierungsinspektoranwärtern** Klaus Bechtold (1. 4. 1966 — BaW), Hans-Jürgen Bluhm (1. 4. 1966 — BaW), Rolf Klode (1. 3. 1966 — BaW), Joachim Knoll (1. 4. 1966 — BaW), Hans-Jürgen Kugelstadt (1. 4. 1966 — BaW);

in den Ruhestand getreten

die Regierungsoberbauinspektoren Johannes Eidam, mit dem Ende des Monats Februar 1966; Wilhelm Rückert, mit dem Ende des Monats Februar 1966;

auf eigenen Antrag entlassen

Regierungssekretärinwärtin Ulrich Dobener, mit Ablauf des Monats März 1966.

Wiesbaden, 20. 4. 1966

Hessisches Landesamt für Straßenbau
121 — 7 h 04

StAnz. 19/1966 S. 655

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zum **Regierungsveterinärassessor** (BaP) Amtstierarzt Dr. Helmut Gemmer (13. April 1966) Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Frankfurt/Main

Wiesbaden, 15. 4. 1966

Der Regierungspräsident
I 7 — 1 — Az.: PA — 5 c
StAnz. 19/1966 S. 655

Präsident des Hessischen Landesozialgerichts in Darmstadt

ernannt

zu **Regierungsinspektor-Anwärtern** (BaW) Regierungsssekretär-Anwärter Bernd Ellwanger (1. 4. 1966), Verwaltungsangestellter Karl-Heinz Jung (1. 4. 1966), Verwaltungsangestellter Heinz Wick (1. 4. 1966);

zum/zur **Regierungssekretär-Anwärter/Anwärterin** (BaW) Anwaltsgehilfe Wilfried Polzin (1. 4. 1966), Verwaltungsangestellter Maria Scherbaum (1. 4. 1966);

zum **Oberamtsgehilfen** (BaP) Verwaltungsangestellter Kurt Schnecko (10. 3. 1966) bei dem Sozialgericht Gießen;

entlassen aus dem Landesdienst gemäß § 39 Abs. 1 Ziff. 4

HBG Regierungsinspektor-Anwärterin Johanna Wenzel (31. 3. 1966).

Darmstadt, 18. 4. 1966

Der Präsident des
Hessischen Landesozialgerichts
GST/2 a — 8 b 26/03
StAnz. 19/1966 S. 655

Konkursordnung. Kurzkomentar von Dr. A. Böhle-Stamschräder, Ministerialrat im Bundesjustizministerium, 8., neubearbeitete Auflage 1966. XVI, 490 S. kl. 8°. In Leinen 20,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der bekannte Kommentar zur Konkursordnung von Böhle-Stamschräder liegt nunmehr in 8. Auflage vor. Seine Vorzüge sind schon bei der Besprechung früherer Auflagen (zuletzt im StAnz. 1961 S. 481) gewürdigt worden: Der Verfasser, seit vielen Jahren Referent für Konkursrecht im Bundesjustizministerium, erläutert in knapper und klarer Form die Vorschriften der Konkursordnung und ermöglicht so auch demjenigen, der nicht Experte auf diesem Rechtsgebiet ist, ein rasches Eindringen in die oft nicht ganz einfache Materie. Der Kommentar gibt einen nahezu umfassenden Überblick über das Schrifttum und die Rechtsprechung der neueren Zeit sowie über die wichtigsten Entscheidungen aus der Zeit vor 1945. Auf diese Weise bietet er, obwohl auf die Bedürfnisse der Praxis abgestellt, Möglichkeit und Anregung zur Vertiefung der auftauchenden Probleme. Der auszugswweise Abdruck von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, welche die Vorschriften der Konkursordnung ergänzen, erleichtert dem Benutzer des Kommentars die Arbeit auf dem Gebiete des Konkursrechts.

Bei der Neuauflage sind die für den Konkurs bedeutsamen Vorschriften neuerer Gesetze, die Rechtsprechung zum Konkursrecht und das einschlägige Schrifttum aus den letzten 2 1/2 Jahren eingearbeitet worden. Zugleich sind Ausführungen und Hinweise, die für die Praxis ihre Bedeutung verloren haben, gestrichen worden. Auf diese Weise war es möglich, den bisherigen Umfang des Kommentars in etwa beizubehalten.

Der wieder auf den neuesten Stand gebrachte Kommentar wird auch in Zukunft einen wichtigen Platz in der Literatur zum Konkursrecht einnehmen. Er ist für den Praktiker ein fast unentbehrliches Hilfsmittel und ein zuverlässiger Ratgeber in allen auftauchenden Rechtsfragen.

Regierungsdirektor Dr. Köhler

Grundbuchrecht. (Handbuch der amtsgerichtlichen Praxis, Band IV) Bearbeitet von Karl Haegeler, Bezirksnotar. 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage. 1966. XXIII, 635 S. 8°. In Leinen DM 42,— Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die 3. Auflage des Handbuchs der amtsgerichtlichen Praxis, Grundbuchrecht bedarf für alle, denen eine Vorauffage bekannt ist, keiner besonderen Empfehlung. Allein der Umstand, daß die letzte Auflage erst 1959 erschienen ist, beweist den guten Ruf des Buches, dessen Verfasser durch seine zahlreichen Veröffentlichungen zu Fragen des Grundbuchrechts bekannt ist.

Die erweiterte neue Auflage berücksichtigt den Stand der Gesetzgebung bis zum 1. 10. 1965, teilweise noch darüber hinaus. Besonders erwähnt seien u. a. das Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960, das Grundstücksverkehrsgesetz vom 28. 7. 1961 und das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Grundbuchrechts vom 20. 12. 1963. Außerdem ist das Werk bezüglich Rechtsprechung und Schrifttum überarbeitet und ergänzt. An Übersicht hat es gewonnen, weil die bisher im Text eingearbeiteten — sehr zahlreichen — Anmerkungen nunmehr überwiegend unter Fußnoten erscheinen. Im übrigen hat der Verfasser Form und Aufbau des Buches nicht geändert. Es gewährt eine schnelle und zuverlässige Unterrichtung.

In einer knapp 50-seitigen „Einführung in das Grundbuchrecht“ wird ein verständlicher Überblick über die wesentlichen Bestimmungen und Funktionen des Rechtsgebietes vermittelt, der besonders wertvoll für denjenigen ist, der sich in die Materie erstmals oder erneut einarbeiten will.

Der anschließende Teil „Grundbuchformulare und Erläuterungen“ bringt unter Voraussetzung der Antragsformulare nicht nur alle geläufigen, sondern auch weniger anfallende Verfügungen des Grundbuchrechts umfangreiche Erläuterungen verdeutlichen und ergänzen diese. Genannt seien z. B. die Ausführungen zu den neuerdings weitverbreiteten Wettbewerbsklauseln und Verkaufsbeschränkungen bei Dienstbarkeiten. Randnoten 479 ff und 533 ff.

„Für die Grundbuchpraxis wichtige einzelne Rechts-, Kosten- und Steuerfragen“ lautet der abschließende Teil des Werkes. Hier findet sich neben einer gründlichen Besprechung der für das Grundbuchrecht bedeutsamen Fragen zum ehel. Güter-, Testamentsvollstrecker-, Vorerbschafts-, Grundstückskaufs- und Umstellungsrecht in der neuen Auflage ein Kapitel über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht. Die Erläuterungen in diesem Teil sind so umfassend, daß man das Buch als Lehrbuch und Kommentar bezeichnen kann. Jeder, der sich mit dem Grundbuchrecht zu befassen hat, sollte es stets greifbar haben.

Amtsgerichtsrat Correns

Reichsversicherungs-Ordnung. Bearbeitet von Karl Klöpffer, Verwaltungsdirektor a. D., Stuttgart. 45. neubearbeitete Auflage 1966. XVI und 758 Seiten, Leinen, DM 14,80. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz.

Die Grüne Reichsversicherungsordnung des Kohlhammer Verlages ist soeben in der 45. Auflage erschienen. Die Vorauffage ist im StAnz. 1963 S. 1110 besprochen. Die neuen Rechtsvorschriften sind

eingearbeitet worden. Das gilt vor allem für das Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 912) und für das Rentenversicherungsänderungsgesetz vom 9. 6. 1965 (BGBl. I S. 476), der sogen. Härtenovelle, deren Übergangsvorschriften im Anschluß an § 1437 RVO abgedruckt sind. Da die Vorschriften des Mutterschutzgesetzes wegen des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. 12. 1965 (BGBl. I S. 2056) teils ab 1. 1. 1966, teils ab 1. 1. 1967 in Kraft treten, hat der Herausgeber allenthalben deutlich hervorgehoben, welcher Gesetzestext zu welchen Zeiten gilt. Dies ist ein besonderes Beispiel dafür, wie gut diese Textausgabe schnell und übersichtlich informiert. Hinzu kommen die vielen Übersichten über ergänzende Regelungen (siehe z. B. Zusammenstellung der zwischenstaatlichen Regelungen über die Soziale Sicherheit nach § 157 RVO) sowie die vielen mitabgedruckten Stellen aus ergänzenden Vorschriften. Dadurch ist es dem Herausgeber gelungen, in einem sehr handlichen und recht preiswerten Band eine große Fülle von Material zusammenzustellen, das in der Praxis immer wieder gebraucht wird.

Um die Handlichkeit des Bandes zu bewahren, hat der Verfasser Vorschriften, die nur für bestimmte Zeiträume von Interesse waren, ausgeschieden. Das gilt vor allem für die früheren Renten Anpassungsgesetze, deren Fundstellen auf S. 687 noch nachgewiesen sind.

Auch die neue Auflage der Grünen RVO bietet der Praxis die Texte der RVO und ihrer Begleitvorschriften sowie des Sozialgerichtsgesetzes samt einer Fülle von Hinweisen nach dem neuesten Stand in einer handlichen Form.

Regierungsdirektor Dr. Reuß

Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes: Kriminaltechnischer Leitfaden von Kriminalhauptkommissar Ernst Wigger. Bundeskriminalamt Wiesbaden. Herausgeber Bundeskriminalamt Wiesbaden 1965 — 511 Seiten. Preis im Jahresabonnement DM 5,80.

Mit der Entwicklung immer neuer kriminaltechnischer Untersuchungsmethoden kommt dem Sachbeweis im Strafprozeß eine ständig steigende Bedeutung zu, zumal andererseits kriminologisch-psychologische Untersuchungen zu dem Ergebnis führen, daß die Wiedergabe eines Geschehensablaufs nicht nur bewußt unrichtig sein kann, sondern auch vielen sowohl dem Aussagenden als auch Vernehmenden nicht erkennbar werdenden Fehlermöglichkeiten unterliegt. Zudem wird der Aussagebeweis nach den bisherigen Erfahrungen durch das Strafprozeßänderungsgesetz mit seinen neuen Belehrungspflichten nicht unerheblich erschwert. Unter diesen Vorzeichen ist der in der Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes erschienene Kriminaltechnische Leitfaden, der aus der Feder eines erfahrenen Sachverständigen für Kriminaltechnik und Daktyloskopie stammt, sowohl zur Arbeitsanleitung im Einzelfall als auch zur Verschaffung eines Überblicks über die verschiedenen technisch-wissenschaftlichen Auswertungsmöglichkeiten besonders aktuell und wertvoll.

Der Verfasser beschränkt sich im wesentlichen auf eine gedrängte Darstellung über die Ziele, die Richtung und die Möglichkeiten der jeweiligen Spurenuntersuchung, erörtert aber auch die sachgemäße Suche und Behandlung der Spuren und ihre Auswertung. Im einzelnen befaßt sich das Buch mit Werkzeugspuren, Schußwaffenspuren, Fuß- und Fahrzeugspuren, Urkunden und sonstigen Schriftstücken, Handschriften, Schreibmaschinenschriften und Druckerzeugnissen, Materials Spuren, Fangstoffen, Brand- und Explosionspuren, Giftspuren, Blutspuren, Sperma und andere Körperausscheidungen, Haaren, Federn, Fischschuppen, Knochen, Zähnen, Pflanzen und Faserstoffen, Staub-, Schmutz- und Bodenspuren und Mikroorganismen.

Sorgfältige Literaturhinweise geben dem interessierten Leser Gelegenheit, sich über spezielle Teilgebiete sowohl im deutschen als auch in ausländischem Schrifttum zu informieren.

Der Kriminaltechnische Leitfaden ist nicht nur dem Polizeidienst zu empfehlen. Hier erweist sich die auf die praktischen Bedürfnisse der kriminalistischen Arbeit ausgerichtete Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes schon lange Jahre besonderer Beliebtheit und Verbreitung. Das Buch ist vielmehr auch für den Juristen, der sich als Staatsanwalt, Strafrichter oder Verteidiger mit den kriminaltechnischen Möglichkeiten und Methoden der Sachverhaltserforschung zu befassen hat, wertvoll und aufschlußreich, da es ihn dank übersichtlichen Drucks und guter Gliederung kurz und prägnant über alle wesentlichen kriminaltechnischen Untersuchungen informiert.

Kriminaloberrat Dr. Gemmer

Atomgesetz mit Verordnungen. Textausgabe mit einer Einführung von Professor Dr. Hans Fischerhof, 3. Auflage, DM 13,50. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Das im StAnz. 1964 S. 1420 besprochene Buch liegt jetzt in der 3. Auflage vor. Diese unterscheidet sich von der zweiten lediglich durch den Abdruck der Neufassung der Ersten Strahlenschutzverordnung. In der Einführung wird auf Band II des Kommentars dazu (Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 196) verwiesen.

Ministerialrat a. D. Dr. Gliwitzky

Besoldungstabellen für das Land Hessen. 22 S., DIN A 4, kartoniert 6,— DM. Hermann Luchterhand Verlag GmbH, 5450 Neuwied/Rhein.

Der Hermann Luchterhand Verlag hat in seiner Reihe „Besoldungstabellen des Bundes und der Länder“ nunmehr auch die Besoldungstabellen für das Land Hessen nach dem neuesten Stand herausgegeben. Durch die seit 1957 ergangenen sechs Besoldungsänderungs- und fünf Besoldungserhöhungsgesetze ist es selbst für den Fachmann schwierig, die Dienstbezüge jeweils nach dem neuesten Stand zu berechnen. In den nunmehr vorliegenden Besoldungstabellen werden die Dienstbezüge auf Grund des Fünften Besoldungserhöhungsgesetzes vom 17. Dezember 1965 für jede Besoldungsgruppe für Ledige, Verheiratete und Verheiratete mit ein oder zwei Kindern ausgewiesen, und zwar getrennt nach dem Stand vom 1. Januar 1966 und vom 1. Oktober 1966.

Die Tabellen selbst sind getrennt nach Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter), Besoldungsordnung H (Hochschullehrer) und Besoldungsordnung B (feste Gehälter).

Die Tabellen enthalten außerdem das Ortsklassenverzeichnis für das Land Hessen und eine Übersicht über die Höhe des Ortszuschlages, getrennt für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1966 und ab 1. Oktober 1966. In diesem Verzeichnis kann der Ortszuschlag für Beamte mit bis zu sechs kinderzuschlagsberechtigten Kindern abgelesen werden.

Ferner ist in den Tabellen enthalten eine Aufstellung der Stellenzulagen und eine Übersicht über die neuesten Sätze der Reisekostenvergütung, die vom Bund und den anderen Ländern in verschiedenen Punkten abweichen.

Ein Abdruck der Unterhaltszuschußverordnung, ebenfalls nach dem Stand vom 1. Januar und vom 1. Oktober 1966 vervollständigt das Tabellenwerk.

Die Tabellen geben infolge ihrer Übersicht den Besoldungsbearbeitern im Landes- und Kommunaldienst sowie bei den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Dienstes ein brauchbares und insbesondere zeitsparendes Hilfsmittel in die Hand.

Amtsrat Schwarz

Lastenausgleich — Textsammlung. Ergänzungslieferung Januar 1966 23. Ergänzungslieferung zur 1. Auflage, 19. Ergänzungslieferung zur 2. Auflage, 666 Seiten Dünndruckpapier 19,80 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Im Anschluß an die Ergänzungslieferung vom Februar 1965 ist nunmehr mit der 23. (19.) Ergänzungslieferung die Textsammlung des Lastenausgleichsrechts auf den Stand vom 1. Januar 1966 gebracht worden; es handelt sich um die Bände I und II. Die neue Lieferung, deren Erscheinen nach 11monatigem Zuwarten zu begrüßen ist, berücksichtigt u. a. die Neufassung des Währungsausgleichsgesetzes, des Feststellungsgesetzes und des Lastenausgleichsgesetzes. Die 18. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz ist in der Neufassung bereits enthalten. Unter Nr. 60 k wird das 18. AndG-Rundschreiben vom 14. 9. 1965 gebracht.

Da das Gesetz über die Beweissicherung und Feststellung von Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin (Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz) ebenfalls zu der Materie des Lastenausgleichs gehört, wurde es unter Nr. 90 in die Sammlung aufgenommen. In Aussicht gestellt ist, daß die übrigen Bände mit einer Ergänzungslieferung, die schon vorbereitet wird und die der Verlag glaubt, schnellstmöglich verlegen zu können, auf den letzten Stand gebracht werden, was für die Praxis unentbehrlich ist, die auf eine zeitgerechte und vollständige Sammlung nicht verzichten kann.

Zur Würdigung der Sammlung darf zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Besprechungen zu den bisher erschienenen Lieferungen Bezug genommen werden.

Verwaltungsgerichtsrat Rein

1966

Montag, den 9. Mai 1966

Nr. 19

Gerichtsangelegenheiten

1350 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 304: Landwirt Jakob Stuckhardt und dessen Ehefrau Ernestine Stuckhardt, geb. Scheer, in Kohlhausen (Krs. Hersfeld).

Durch Vertrag vom 18. Februar 1966 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 25. 4. 1966

Amtsgericht

1351

GR 1170 — 4. 4. 1966: Gelsheimer, Werner, Architekt, Bad Homburg v. d. H., In der Lach 56a, und Gisela Johanna, geb. Haufe, daselbst.

Durch Vertrag vom 12. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 865 — 6. 4. 1966: Voigt, Wilhelm, Oberingenieur, Friedrichsdorf (Taunus), und Mina Voigt, geb. Lauer, daselbst.

Durch Vertrag vom 8. Februar 1966 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

GR 1171 — 7. 4. 1966: Wächtershäuser, Heinrich Joseph, Kraftfahrzeugmeister, Bad Homburg v. d. H., Huser Straße 18, und Hedwig Elisabeth, geb. Spruck, daselbst

Durch Vertrag vom 22. Januar 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1172 — 13. 4. 1966: Ahl, Wolfgang Kurt, technischer Kaufmann, Bad Homburg v. d. H., Am Hohlebrunnen 3, und Ute Helga, geb. Dehnen, daselbst.

Durch Vertrag vom 28. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1173 — 20. 4. 1966: Patz, Max Theo, Musiker, Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 125, und Anna Margarethe, geb. Amrhein, daselbst.

Durch Vertrag vom 21. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 25. 4. 1966

Amtsgericht

1352

GR 66 — 28. 4. 1966: Ehegatten: Techn. Angestellter Walter Hinrichs und Marie Luise, geb. Naumann, beide in Battenberg (Eder), Lindenstraße.

Durch notariellen Vertrag vom 7. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

3559 Battenberg (Eder), 28. 4. 1966

 Amtsgericht Frankenberg
Zweigstelle Battenberg (Eder)

1353

Neueintragung

GR 279 — 28. April 1966: Die Eheleute: Kaufmann Karl Blöcher und Elli Helene Blöcher, geb. Scherer in Wallau, haben durch Ehevertrag vom 11. März 1966 den gesetzlichen Güterstand aufgehoben: dadurch ist Gütertrennung eingetreten.

356 Biedenkopf, 28. 4. 1966

Amtsgericht

1354

GR 210 — 22. April 1966: Die Eheleute: Gartengestalter Herbert Hartung und Lori, geb. Weber, beide in Ober-Roden, haben durch Vertrag vom 31. Januar 1966 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 22. 4. 1966

Amtsgericht

1355

GR 211 — 22. April 1966: Die Eheleute: Kaufmann Wolfgang Werner und Eleonore, geb. Wieland, beide in Nieder-Roden, haben durch Vertrag vom 22. März 1966 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 22. 4. 1966

Amtsgericht

1356

GR 1935 — 18. 4. 1966: Eheleute: Metzgermeister Heinrich Artur Dietz und Sekretärin Renate Emilie, geb. Synofzik, Lich, Heinrich-Neeb-Straße 25.

Durch Vertrag vom 17. Juni 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 22. 4. 1966

Amtsgericht

1357

GR 1936 — 25. 4. 1966: Eheleute: Druckereikaufmann Hans Hermann Volkmann und Helga, geb. Rohrbach, Lich, Heinrich-Neeb-Straße 18.

Durch Vertrag vom 8. Februar 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1937 — 25. 4. 1966: Eheleute: Gastwirt Konrad Immel und Ruth Martha, geb. Kummer, Lich, Gießener Straße 15.

Durch Vertrag vom 19. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1938 — 25. 4. 1966: Eheleute: Versicherungskaufmann Hans-Werner Breßlein und Inge, geb. Lehfeldt, Gießen-Wieseck, Weidigstraße 10.

Durch Vertrag vom 11. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 3. 5. 1966

Amtsgericht

1358

Neueintragung: I

4a GR 405 A — 26. 4. 1966: Wilhelm Wagner, Heizungsobermonteur, und Auguste Wagner, geb. Ott, Gustavsburg, Mierendorffstraße 1.

Durch Ehevertrag vom 11. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 29. 4. 1966

Amtsgericht

1359 Nachlaßsachen

Nachlaßverwaltung

VI 13/1966: Die Verwaltung des Nachlasses des am 5. Februar 1966 verstorbenen Willy Maurer, zuletzt wohnhaft in Büdingen, Am Hain 34, wurde angeordnet.

Nachlaßverwalter ist Rechtsanwalt und Notar Dr. Adolf Block, Büdingen, Brunostraße 9.

647 Büdingen, 2. 5. 1966

Amtsgericht

1360 Vereinsregister

VR 85 — 22. April 1966: Angelsportclub 1959 Eppertshausen e. V., in Eppertshausen.

611 Dieburg, 22. 4. 1966

Amtsgericht

1361 Neueintragung

VR 16 — 18. April 1966: Schützenverein „Gut Ziel“ 1910; Sitz: Gensungen.

Die Satzung ist am 7. Januar 1966 errichtet. Der Vorsitzende, zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied, vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

3582 Felsberg, 21. 4. 1966

 Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Felsberg

1362

VR 98 — 15. 4. 1966: SV 1921 Wallrabenstein, in Wallrabenstein.

627 Idstein (Taunus), 25. 4. 1966

Amtsgericht

1363

VR 70 — 21. April 1966: Gefriergemeinschaft Frischborn, Frischborn.

Die Satzung ist am 13. 1. 1966 errichtet. Der 1. Vorsitzende vertritt den Verein.

642 Lauterbach (Hessen), 21. 4. 1966

Amtsgericht

1364

Veränderung

VR 323 — 21. Januar 1966: Deutsch-Amerikanisches Institut — Amerikahaus e. V., Marburg.

Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst. Liquidator: Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg Georg Gaßmann, in Marburg.

355 Marburg (Lahn), 26. 4. 1966

Amtsgericht

1365

Neueintragung

Rü VR 63 — 18. April 1966: Interessengemeinschaft Reihenhäuser, Neckarstraße, e. V.; Sitz: Raunheim.

609 Rüsselsheim, 18. 4. 1966

 Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim

1366

Neueintragung

VR 130 — 1. April 1966: Verein zur Förderung des Schwimmbadbaues in Weilburg, in Weilburg.

629 Weilburg, 1. 4. 1966

Amtsgericht

1367 Vergleiche — Konkurse

Beschluß

1 Na 17/55: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stein und Ermermert KG, in Bad Homburg v. d. H., Saalburgstraße 55, wird nach Abhaltung des Schlußtermins nach § 163 KO aufgehoben.

638 Bad Homburg v. d. H., 21. 4. 1966

Amtsgericht

1368

61 N 22/66: **Konkursverfahren: I.** Über das Vermögen der Firma Skandinaviska — Fertigbau — GmbH. in Wixhausen, Erzhäuser Straße 32, vertreten durch ihren Geschäftsführer Kaufmann Hans-Georg Mahnert, Schlierbach/Lindenfels (Odw.), Lindenfelder Straße 1, wird heute, am 28. April 1966, um 14.15 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gemeinschuldnerin nach dem Zugeständnis ihres Geschäftsführers ihre Zahlungen wegen Zahlungsunfähigkeit eingestellt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Karl Schafft, Darmstadt, Im Geißensee 10; Tel.: 7 32 71.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Mai 1966 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 6. Juni 1966, um 14.15 Uhr vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Erdgeschoß, Zimmer 418.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Mai 1966 anzeigen.

II. Es wird Postsperre angeordnet.

61 Darmstadt, 28. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

1369**Beschluß**

N 1/66: In der **Konkurssache** Waldemar Horacek, Eltville am Rhein, Rosengasse 15a. Termin zur Beschlussfassung über die Schließung des Geschäftsbetriebes des Gemeinschuldners und zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen wird bestimmt auf Freitag, den 20. Mai 1966, um 10.00 Uhr, in dem Amtsgericht in Eltville, Schwalbacher Straße 40, I. Stock, Zimmer Nr. 11.

228 Eltville, 21. 4. 1966

Amtsgericht

1370

81 N 401/65: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der SEBA Handelsgesellschaft mbH. & Co. KG., Frankfurt (Main), Am Lindenfeld 13, früher Feldbergstraße 31 und Liebigstraße 33, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

Frankfurt (Main), 22. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1371**Beschluß**

81 N 59/66: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 20. 2. 1965 verstorbenen und zuletzt in Frankfurt (Main), Frankenallee 203-205 wohnhaft gewesenen Kaufmanns Stephan Kappel, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

6 Frankfurt (Main), 22. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1372

81 N 277/62: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Züchtereier Gesellschaft mbH., Frankfurt (Main), Schumannstraße 8, wird Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 10. Juni 1966, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 20 000,— DM, Auslagen: 135,60 DM. Hiervon sind die während des Verfahrens mit Ermächtigung des Gerichts entnommenen Vorschüsse abzuziehen.

6 Frankfurt (Main), 22. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1373**Beschluß**

81 N 429/65: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Sigurd Czirr, Inhaber einer Dreherei, Frankfurt (Main), Ginnheimer Straße 39, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 29. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1374

81 N 156/66 — **Nachlaßkonkursverfahren:** Über den Nachlaß des am 16. Februar 1952 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Windmühlstraße 1, wohnhaft gewesenen Gastwirts Anton Krätz wird heute, am 27. April 1966, um 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Steuerberater Otto W. Baller, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21; Postfach 5093; Tel.: 55 22 09.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Juni 1966 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 3. Juni 1966, um 11.30 Uhr; Prüfungstermin: 24. Juni 1966, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 1. Juni 1966 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 27. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

1375

81 N 206/65: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Prokura Unternehmungsberatung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (Main), Liebfrauenberg 26, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Die verfügbare Masse beträgt 23 560,— DM, wovon noch die Gerichtskosten des Verfahrens abgehen. An der Ausschüttung nehmen teil, bevorrechtigte Gläubiger der Klasse I und I/II im Betrage von 147 451,62 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. 81, unter Aktenzeichen 81 N 206/65, offen.

6 Frankfurt (Main), 25. 4. 1966

Der Konkursverwalter:

Dr. J. Dillmann
Rechtsanwalt

1376

VN 1/65 — **Anschlußkonkursverfahren:** Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens ist über das Vermögen des Bauunternehmers Stefan Stang, Schaafheim, Friedensstraße 3, am 1. 4. 1966 der Anschlußkonkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter ist der vereidigte Sachverständige Karl Polkin in Offenbach (Main), Frankfurter Straße 61; Tel.: 8 25 94.

Erste Gläubigerversammlung, zugleich Prüfungstermin: 2. 6. 1966, um 9.30 Uhr, Saal 4, des Amtsgerichts. Anmeldung bei Konkursforderungen zweifach bis 24. 5. 1966 bei Gericht.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht 20. 5. 1966.

6114 Groß-Umstadt, 29. 4. 1966.

Amtsgericht

1377**Beschluß**

2 N 6/65: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 12. 2. 1965 verstorbenen Baggerführers Willi Heinrich Karl Liebert, zuletzt wohnhaft gewesen in Veckerhagen/Weser (Krs. Hofgeismar), wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 10. Juni 1966, um 12.00 Uhr, vor dem hiesigen Gericht, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 24, bestimmt.

352 Hofgeismar, 27. 4. 1966

Amtsgericht

1378

50 N 65/65 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft Gustav Rösner & Co., Kassel, Wegmannstraße 75, ist am 27. April 1966, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Heinrich Merk, Kassel, Friedrichstraße 14.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Juni 1966 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 2. Juni 1966, um 11.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 28. Juli 1966, um 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 31. Mai 1966 anzeigen.

35 Kassel, 27. 4. 1966

Amtsgericht

1379

50 N 11/64: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des in Kassel, Goethestraße 18, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Adolf Leopold Mayer, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Großhandlung gleicher Firma, Kassel, Bremer Straße 2, soll eine Abschlagsverteilung erfolgen.

Verfügbarer Massebestand beträgt 30 000,— DM. Die Summe der nicht bevorrechtigten Forderungen beträgt 200 183,37 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Ge-

schäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abt. 50, zu Az.: 50 N 11/64, niedergelegt.

35 Kassel, 28. 4. 1966

Der Konkursverwalter:
Dr. Schumann
Rechtsanwalt

1380

Beschluß

N 4, 5/66 — **Konkursverfahren:** Nachdem die Adam Baumüller GmbH., Marktredwitz (Bayern), die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen 1) der im HRA 354 eingetragenen Firma Revaplast KG., Walter Lohse in Sachsenhausen (Krs. Waldeck) — einziger persönlich haftender Gesellschafter der zu 2) Genannte, 2) des Ingenieurs Walter Lohse in Korbach, Rosenstraße 30 (Privatvermögen), beantragt hat und dieser Antrag auch zugelassen worden ist, wird zur Sicherung der Vermögensmasse a) dem Gemeinschuldner jede Veräußerung, Verpfändung und Entfernung von Bestandteilen der Masse untersagt, b) die Eintragung des Sperrvermerkes auf dem der Firma Revaplast KG. gehörenden, im Grundbuch von Sachsenhausen, Band 29, Blatt 912, eingetragenen Grundbesitzes angeordnet.

354 Korbach, 27. 4. 1966 **Amtsgericht**

1381

7 N 40/64 — **Konkursverfahren:** Das am 13. 7. 1964 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Margarete Alker, geb. Döhler, Offenbach (Main), Spießstraße 67, Inhaberin der Firma Martha Mühlhling, Groß- und Einzelhandel mit Tabakwaren in Offenbach (Main), Bleichstraße 45, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

605 Offenbach (Main), 27. 4. 1966
Amtsgericht, Abt. 7

1382

7 N 59/63: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Walter Zachertz, Frankfurt (Main), Klingenbergstraße 15, hat der Gemeinschuldner beantragt, das Verfahren gemäß § 202 KO einzustellen.

Der Antrag und die Zustimmungserklärungen der Konkursgläubiger sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Konkursgläubiger niedergelegt.

Konkursgläubiger können binnen 1 Woche seit Bekanntmachung Widerspruch erheben.

605 Offenbach (Main), 26. 4. 1966
Amtsgericht, Abt. 7

1383

7 N 38/61: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Friedrich Berger als Inhaber der nicht eingetragenen Firma Café Weisker in Offenbach (Main), Frankfurter Straße 31, mache ich hierdurch gemäß § 151 KO bekannt:

Die Vorrechtsforderungen sind wie folgt in voller Höhe bezahlt: nach § 61 Ziff. 1 KO mit 3233,10 DM; nach § 61 Ziff. 2 KO mit 43 213,82 DM; nach § 61 Ziff. 3 KO mit 2827,70 DM und nach § 61 Ziff. 4 KO mit 416,50 DM. Aus dem verbleibenden Massebestand von 16 680,27 DM wird an die nicht bevorrechtigten Gläubiger mit Forderungen von insgesamt 93 032,84 DM eine Abschlagsverteilung von 15 % vorgenommen.

605 Offenbach (Main), 30. 4. 1966
Der Konkursverwalter:
Karl Polkin jun.

1384

N 4 5/63: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der: a) Leonhard Katzenmeier, Nieder-Kainsbach (Odw.), b) Ludwig Katzenmeier, Fränkisch-Crumbach (Odw.), ist infolge eines von den Gemeinschuldnern gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin sowie Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters auf den 7. Juni 1966, vormittags um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Reichelsheim (Odw.), Zimmer Nr. 1, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6181 Reichelsheim (Odw.), 25. 4. 1966

Amtsgericht

1385

3 N 2/63: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Walter Simon & Co. KG., Eisen- und Metallgießerei, Geisenheim (Rhein), wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses auf den 27. Mai 1966, um 14.30 Uhr, Zimmer 15, vor dem Amtsgericht Rüdeshheim (Rhein) bestimmt.

Für den Konkursverwalter wurden festgesetzt: 600,— DM an Gebühren, 56,05 DM an Auslagen.

622 Rüdeshheim (Rhein), 28. 4. 1966

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1386

Beschluß

4 K 23/65: Das im Grundbuch von Bärstadt, Bezirk Untertaunus, Band 17, Blatt 498, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bärstadt, Flur 21, Flurstück 79, Hof- und Gebäudefläche, Am Fischbacherweg, Größe 36,99 Ar,

soll am 29. August 1966, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 6. Oktober 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Ehefrau Luise Neu, geb. Sippel, Wiesbaden; 2. Fräulein Hedwig Neu, Wiesbaden, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 000.— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 4. 4. 1966

Amtsgericht

1387

K 3/66: Das im Grundbuch von Biedenkopf, Band 25, Blatt 986, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Biedenkopf, Flur 1, Flurstück 2120/1, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 38, Größe 0,45 Ar, Ackerland (Hack), am Schloßberg, Größe 0,97 Ar,

soll am Montag, dem 27. Juni 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Zimmer Nr. 110, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. März 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1) Ehefrau des Arbeiters Franz Heizerling, Margarethe, geb. Müller in Altena (Westf.), Gustav-Selve-Straße 35 d, zu Hälfte; 2a) Witwe des Anstreichers Theodor Müller, Elisabetha, geb. Scheidler in Biedenkopf; b) Frau Auguste Schäfer geb. Müller in Marburg (Lahn); c) die zu 1) Genannte; d) Frau Emma Schulze geb. Müller in Hagen (Westf.); e) Witwe Karoline Vetter, geb. Müller in Biedenkopf; f) Schlosser Theodor Müller in Biedenkopf, zu 2a) bis f) zur Hälfte unter sich, in ungeteilter Erbengemeinschaft

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 26. 4. 1966

Amtsgericht

1388

Beschluß

K 29/65: Der halbe Miteigentumsanteil an dem im Grundbuch von Ober-Roden, Band 2, Blatt 190,

lfd. Nr. 46, Flur 26, Nr. 47/1, Ober-Roden, Bauplatz, am Lengertenweg, Größe 9,72 Ar,

soll am 1. Juli 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstraße 31, Saal 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 10. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Elisabeth Hitzel in Ober-Roden b) Landwirt Wilhelm Hitzel der Sechste in Ober-Roden, c) Josef Hitzel, vermißt in Ober-Roden, d) Maria Christina Köhler, geb. Hitzel in Ober-Roden, e) Ann Hitzel in Ober-Roden, f) Johann Baptist Hitzel der Vierte in Frankfurt (Main) g) Franz Hitzel, Metallschleifer, in Urberach, in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 150.— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 22. 4. 1966

Amtsgericht

1389

K 15/65: Das im Grundbuch von Niederwalluf, Band 1, Blatt 5, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Niederwalluf, Flur 7, Flurstück 175/1, Ackerland, Sauerland, Gewinn, Größe 10,98 Ar,

soll am 11. Juli 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville, Schwalbacher Straße 40, Zimmer Nr. 11, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Februar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Witwe des Josef Bähr, Walburga, geb. Kirn von Frauenstein und die Eigentumserben des Josef Bähr von Frauenstein, als Miteigentümer kraft ursprünglicher ehelicher Gütergemeinschaft nach Nassauischem Leibzuchtsrecht.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

228 Eltville, 21. 4. 1966

Amtsgericht

390**Beschluß**

3 K 2/66: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Weißenborn, Band 25, Blatt 974, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Weißenborn,

lfd. Nr. 2, Flur 10, Flurstück 38, Hof- und Gebäudefläche, Eschweger Straße 17, Größe 1,80 Ar,

soll am Mittwoch, 20. Juli 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 109, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. März 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Rentner Johannes Spannkebel, Eschwege; b) Straßenarbeiter Adam Spannkebel, Nesselröden; c) Witwe Elisabeth Vollmer, Weißenborn; d) Weißbinder Otto Spannkebel, Hamburg; e) Lagerarbeiter Karl Wiegand, Eschwege; f) Hausangestellte Ingeborg Wiegand, Eschwege; g) Zimmermann Friedrich Uhlenhaut, Chapen; h) Dreher Egon Uhlenhaut, raunschweig; i) Ehefrau Thea Treil, Chapen; j) Schlosser Hans Eisenträger, Weißenborn; k) Ehefrau Elvira Eisenträger, Weißenborn; in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 1425,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

44 Eschwege, 27. 4. 1966

Amtsgericht

391

84 K 2/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Erbbaugrundbuch von Bischofsheim, Band 59, Blatt 2193, eingetragene Erbbaurecht an den im Grundbuch von Bischofsheim, Band 840, eingetragenen Grundstücken,

lfd. Nr. 1231 und 1227, Gemarkung Bischofsheim, Flur 17, Flurstücke 16/5 und 6/4, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße, Größe 52,68 Ar und Größe 24,71 Ar,

am 20. Juli 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 20. 1. 1965 (Tag der Eintragung des Ver-

steigerungsvermerks): Kaufmann Roman Kretschmer in Hanau (Grundstückseigentümerin: St. Katharinen- und Weißfrauenstift in Frankfurt [Main]).

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 29. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 84

1392

84 K 39 und 74/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Frankfurt (Main), Bezirk 27, Band 7, Blatt 274, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 12, Flur 445, Flurstück 22/2, Gebäudefläche, Turmstraße 5-9, Größe 0,13 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 445, Flurstück 22/5, Hofraum, Turmstraße, Größe 0,25 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 445, Flurstück 22/7, Hof- und Gebäudefläche, Turmstraße 5-9 und Eulengasse 12, Größe 9,17 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 445, Flurstück 22/3, Grünfläche, Alt-Bornheim, Größe 0,10 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 445, Flurstück 52/2, Gebäudefläche, Turmstraße 5-9, Größe 0,44 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 445, Flurstück 52/3, Hofraum, Turmstraße 5-9, Größe 9 qm, lfd. Nr. 22, Flur 445, Flurstück 52/4, Grünfläche, Alt-Bornheim, Größe 3 qm, sämtlich Gemarkung 27,

am 7. Juli 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 6./31. 8. 1965 (Tag der Eintragung der Versteigerungsvermerke): Kauffrau Elise Herkert, geb. Eichhorn, in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 12 auf 25 000,— DM; lfd. Nr. 13 auf 450,— DM; lfd. Nr. 14 auf 1 720 000,— DM; lfd. Nr. 16 auf 1800,— DM; lfd. Nr. 20 auf 90,— DM; lfd. Nr. 21 auf 1620,— DM; lfd. Nr. 22 auf 540,— DM, zusammen 1 749 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 18. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 84

1393

84 K 94/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Marxheim, Band 46, Blatt 1177, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Flur 22, Flurstück 73/2, Hof- und Gebäudefläche, Klarastraße 17, Größe 4,84 Ar, und

lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 360/210, Flur 4, Flurstück 209, bebauter Hofraum und Hausgarten, Buchengasse 6, Größe 4,64 Ar und 8,90 Ar, sämtlich Gemarkung Marxheim,

am 6. Juli 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 10. 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Weißbinder Ewald Kolb in Hofheim-Marxheim.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

lfd. Nr. 2 (Klarastraße 17) auf 54 700,— DM; lfd. Nr. 3 (Buchengasse 6) auf 124 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 29. 3. 1966

Amtsgericht, Abt. 84

1394

84 K 71/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 27, Band 10, Blatt 363, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 445, Flurstück 9/1, Hof- und Gebäudefläche, Eulengasse 19, Größe 1,37 Ar, am 7. Juli 1966, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. 8. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Elise Herkert, geb. Eichhorn, in Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 14 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 22. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 84

1395

K 4/63: Das im Grundbuch von Wohnbach, Band 14, Blatt 827, eingetragene Grundstück,

Nr. 9, Gemarkung Wohnbach, Flur 14, Flurstück 80/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 21, Größe 1,96 Ar,

soll am Freitag, 27. Mai 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg, Homberger Straße 18, Saal 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schuhmacher Adolf Alt, Wohnbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a ZVG festgesetzt worden auf 8600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 27. 4. 1966

Amtsgericht

1396

K 9/65 — 19. 4. 1966: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Cappel, Blatt Nr. 89, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück,

am 1. Juli 1966, vormittags, um 10.00 Uhr, an der Gerichtsstelle, Sitzungssaal, versteigert werden:

lfd. Nr. 3, Gemarkung Cappel, Flur 3, Flurstück 54/4, Lieg.-B. 33, Geb.-Buch 45, Hof- und Gebäudefläche, hinter den Wiesengärten, Größe 5,10 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. 7. 1965 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Arbeiter Karl Lukas in Cappel eingetragen.

Der Wert des Grundstücks ist und wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 50 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

358 Fritzlar, 29. 4. 1966

Amtsgericht

1397**Beschluß**

44 K 42/64: Die im Grundbuch von Langsdorf, Band 4, Blatt 94, eingetragene Grundstücke,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Langsdorf, Flur 1, Flurstück 344/1, Lieg.-B. 38, Grünland, in der Schießgasse, Größe 4,29 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Langsdorf, Flur 1, Flurstück 532/1, Grünland, Ackerland, hinter der Mauer, Größe 10,91 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Langsdorf, Flur 2, Flurstück 103, Ackerland, unter dem Zimmerhardt, Größe 42,00 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Langsdorf, Flur 5, Flurstück 94, Ackerland, Unland, Betenhäuser Lenneberg, Größe 16,30 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Langsdorf, Flur 13, Flurstück 84, Ackerland, Breiteloß, Größe 21,00 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Langsdorf, Flur 7, Flurstück 105, Grünland, zu Allanden, Größe 17,14 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Langsdorf, Flur 1, Flurstück 49, Hof- und Gebäudefläche, Reichgasse 21, Größe 2,58 Ar,

sollen am 21. Juni 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. September 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Maschinenbauingenieur Ernst Bender II, in Langsdorf, b) seine Ehefrau Emma Bender, geb. Jung, daselbst, in allgemeiner Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: a) Grundstück Flur 1, Nr. 344/1 auf 900,— DM; b) Grundstück Flur 1, Nr. 532/1 auf 3300,— DM; c) Grundstück Flur 2, Nr. 103 auf 5100,— DM; d) Grundstück Flur 5, Nr. 94 auf 700,— DM; e) Grundstück Flur 13, Nr. 84 auf 1300,— DM; f) Grundstück Flur 7, Nr. 105 auf 700,— DM; g) Grundstück Flur 1, Nr. 49 auf 15 200,— DM.

Unter Bezugnahme auf die Schätzung des Ortsgerichts Langsdorf vom 1. 10. 1965 festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 21. 4. 1966

Amtsgericht**1398**

2 K 55/65: Das im Grundbuch von Biebesheim, Band 47, Blatt 2510, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Biebesheim, Flur 13, Flurstück 115/4, Hof- und Gebäudefläche, Jahnstraße 38, Größe 2,90 Ar (Schätzwert: 28 000,— DM),

soll am 21. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Arbeitsamtsgebäude), Oppenheimer Straße 4, im Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. November 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Georg Heinel, Biebesheim, zu einhalb, b) dessen Ehefrau Marie, geb. Voith, Biebesheim, zu einhalb.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag $\frac{1}{10}$ des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 5. 4. 1966

Amtsgericht**1399**

2 K 51/65: Das im Grundbuch von Raunheim, Band 44, Blatt 1988, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Raunheim, Flur 2, Flurstück 52/9, Hof- und Gebäudefläche, Mainzer Straße 38, Größe 13,35 Ar (Schätzwert: 389 002,— DM),

soll am 28. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Arbeitsamtsgebäude), Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 21. Oktober 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erna Linda Wesp, geb. Leßmann und Helga Hutter, geb. Wesp, Raunheim, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 26. 4. 1966

Amtsgericht**1400**

K 6/65: Die Zwangsversteigerung der im Grundbuch von Neckarsteinach, Band 1, Blatt 129, eingetragenen Grundstücke in der Gemarkung Neckarsteinach,

lfd. Nr. 11, Flur 1, Flurstück 984/1, Lieg.-B. 129, Gartenland, zu Werftweg 27, Größe 2,44 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 1, Flurstück 985/1, Lieg.-B. 129, Gartenland, zu Werftweg 27, Größe 4,47 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 1, Flurstück 985/2, Lieg.-B. 129, Geb.-Buch 1179, Hof- und Gebäudefläche, Werftweg 27, Größe 1,67 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 1, Flurstück 986, Lieg.-B. 129, Gartenland, An der Ziegelhütte, Größe 3,19 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 23, Flurstück 54, Lieg.-B. 129, Ackerland, Größe 17,00 Ar, Unland (Hecken), Am Schadeck, Größe 1,56 Ar,

sollen am 14. Juli 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hirschhorn zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Götz, Jakob, II., Neckarsteinach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6932 Hirschhorn, 2. 5. 1966

Amtsgericht**1401****Beschluß**

7 K 24/65: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Bobstadt, Band 9, Blatt 580, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bobstadt, Flur I, Flurstück 238, Hof- und Gebäudefläche, Frankensteinstraße 8, Größe 8,34 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Sept. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Philipp Engert und Eva Wörtge in Bobstadt, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 000,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 26. 4. 1966

Amtsgericht**1402**

K 4/68: Das im Grundbuch von Langendiebach, Blatt 1661, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Langendiebach, Flur 23, Flurstück 224, Grünland, Bogenstraße, Größe 9,95 Ar,

soll am 14. 7. 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langenselbold, Steinweg 13, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 2. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Geno Pekov und Gärtner Slavko Dimitrov, Langendiebach, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6456 Langenselbold, 22. 4. 1966

Amtsgericht**1403**

7 K 5/64: Die im Grundbuch von Offenbach (Main), Band 224, Blatt 6519, eingetragene Grundstückshälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach (Main), Flur 22, Nr. 44/3, LB 5272, Hof- und Gebäudefläche, Friedensstraße 84, Größe 2,40 Ar,

soll am Mittwoch, dem 29. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am Tage des Versteigerungsvermerks (10. 2. 1964): Johanna Hinkelbein, geb. Hammer in Offenbach (Main), zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 13. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 7**1404**

7 K 38/64: Der auf Mittwoch, den 25. Mai 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstr. 16, Zimmer 38, anberaumte Versteigerungstermin für das Grundstück Offenbach (Main), Flur 6, Nr. 430, Hof- und Gebäudefläche, Tulpenhofstraße 33, Eigentümer Otto Metzler, wird aufgehoben.

605 Offenbach (Main), 22. 4. 1966

Amtsgericht, Abt. 7**1405**

3 K 43/65: Die Eigentumshälfte des im Grundbuch von Wetzlar, Band 91, Blatt 3590, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 14, Flurstück 136/1, Hof- und Gebäudefläche, Jäcksburg, Größe 1,08 Ar,

soll am 29. Juni 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Sept. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Rohrleger Max Zell und Hildgard, geb. Fischer, in Wetzlar.

Beschluß

Der Wert des ganzen Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

333 Wetzlar, 26. 4. 1966

Amtsgericht

1406

1 K 10/65: Das im Grundbuch von Großalmerode, Band 43, Blatt 1435, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Großalmerode, Flur 18, Flurstück 30, Grünland, in der Weizenkammer, Größe 14,03 Ar,

soll am 29. Juni 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. September 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Kaufmann Friedrich Hopfeld

in Kottbus, jetzt in Heuchelheim, Gießener Straße 64; b) Maurer Adolf Hopfeld in Großalmerode, jetzt in Kinzenbach, Gartenstraße, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist auf 505,— DM — fünfhundertundfünf — Deutsche Mark festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 18. 4. 1966

Amtsgericht

Anderc Behörden und Körperschaften

1407

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Dem Omnibusunternehmen Walter Kreuz oHG, Haigerseelbach (Dillkreis) wurde auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG auf den Strecken

- a) Beilstein — Holzhausen — Heilanstalt Elgershäuser Hof — Greifenstein — Heilanstalt Elgershäuser Hof — Greifenthal — Katzenfurt — Edingen — Sinn — Herborn;
- b) Beilstein — Rodenroth — Holzhausen — Greifenthal — Katzenfurt — Edingen — Sinn — Herborn;
- c) Beilstein — Merkenbach — Herborn;
- d) Rodenroth — Beilstein — Haiern — Beilstein — Merkenbach — Herborn — Burg — Niederscheld — Dillenburg auf die Dauer von 8 Jahren (bis 30. April 1974) erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrates in Dillenburg.

62 Wiesbaden, 12. 4. 1966

Der Regierungspräsident
III 4 b — 2 — Az.: 66 f 02

1408

Kraftloserklärung: Der Sparkassenvorstand hat mit Beschluß vom 27. 4. 1966 das Sparkassenbuch Nr. 240031 (früher 40031), ausgestellt auf den Namen Margarete Thoma, Körle, Sportstraße 17, für kraftlos erklärt.

3508 Melsungen, 2. 5. 1966

Kreis- und Stadtparkasse Melsungen
Der Vorstand

1409

Kraftloserklärung: Durch Beschluß des Vorstandes vom 25. April 1966 sind die nachstehenden Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: Peter Kraft, Darmstadt, Nr. 153 492; Heinrich und Ottilia Laumann, Messel, Nr. 155 761; Karl Hölzel, USA, Nr. 180 519; Marie Elisabeth Marsteller, Darmstadt, Nr. 216 586; Marika Roos, Darmstadt, Nr. 229 037; Killian Marx, Jugenheim, Nr. 1 401 210.

31 Darmstadt, 29. 4. 1966

Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt
Der Vorstand

1410

Aufforderung: 1. Wiegand Martin, Berlin 41, Markelstr. 60 (bei Feyereisen), für das auf seinen Namen lautende Sparkassenbuch Nr. 111-62575; 2. Ulrich Liedtke, Götzenhain, Gut Neuhof, für das auf seinen Namen lautende Sparkassenbuch Nr. 181-10164.

Die Inhaber der vorstehend aufgeführten Sparkassenbücher werden im Staatsanzeiger für das Land Hessen aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

607 Langen (Hessen), 26. 4. 1966

Bezirkssparkasse Langen
Der Vorstand

1411

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 25. April 1966 ist das Sparkassenbuch Nr. 09-22418, lautend auf Karl Kamrath, Ffm., Tilsiter Str. 5, für kraftlos erklärt worden.

6 Frankfurt (Main), 25. 4. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
Der Vorstand

1412

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

- 1. Konrad Horn, Heddersdorf, das Sparkassenbuch Nr. 55308,
- 2. Brigitte Hartwig, Unterhau, das Sparkassenbuch Nr. 25778,
- 3. Vincenz Hartung, Bad Hersfeld, das Sparkassenbuch Nr. 19682,
- 4. Erna Beisheim, Bad Hersfeld, das Sparkassenbuch Nr. 16600.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

643 Bad Hersfeld, 22. 4. 1966

Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld
Der Vorstand

1413

Aufforderung: Herr Anton Suck, Ffm.-W 13, Rödelheimer Landstraße 58, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches 01-76440 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 26. 4. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN

1414

Aufforderung: Herr Dipl.-Ing. Chandru Detaram Dharmani, Altenhain (Taunus), Neuenhainer Str. 3, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 473 341 beantragt.

Der Inhaber wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

623 Frankfurt (Main)-Höchst, 15. 4. 1966

KREISSPARKASSE des Main-Taunus-Kreises
Der Vorstand

1415

Aufforderung: Frau Christine Herber, Marburg (Lahn), Bahnhofstr. 19 hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 112 982 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

355 Marburg (Lahn), 20. 4. 1966

SPARKASSE DER STADT MARBURG
Der Vorstand

1416

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 14. 4. 1966 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: 1. Sparkassenbuch Nr. 42834 Katharina Hofferbert geb. Schleicher, Offenbach (Main), 2. Sparkassenbuch Nr. 27432 Philipp Schmidt, Offenbach (Main), 3. Sparkassenbuch Nr. 3-31761 Luise Lenhardt geb. Helfrich, Offenbach (Main), 4. Sparkassenbuch Nr. 3-3945 Azmi Veziroglu, Offenbach (Main).

605 Offenbach (Main), 14. 4. 1966

Städtische Sparkasse Offenbach (Main)
Der Vorstand

1417

Aufforderung: Herr Friedrich Stark, Frankfurt (Main), Hessenplatz 2 hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 09-21322 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 19. 4. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN

1418

Aufforderung: Frau Ilse Bonnländer geb. Petzold, Flörshelm (Main), Hauptstr. 36, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 170 565 beantragt.

Der Inhaber wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

623 Frankfurt (Main)-Höchst, 15. 4. 1966

KREISSPARKASSE des Main-Taunus-Kreises
Der Vorstand

1419

Kraftloserklärung: Durch Beschluß unseres Vorstandes vom 13. April 1966 ist folgendes Sparkassenbuch gemäß § 14 Abs. 2 Ziff. 4 des Hessischen Sparkassengesetzes für kraftlos erklärt worden: Katharina Dörr, Gebersdorf, Nr. 4102 B.

3579 Ziegenhain, 15. 4. 1966

KREISSPARKASSE ZIEGENHAIN
Der Vorstand

1420

Aufgebot: Für das nachstehend aufgeführte Sparkassenbuch wurde die Kraftloserklärung beantragt: Sparkassenbuch Nr. 58 371, Dieter Zimmermann, Ziegenhain.

Die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

3579 Ziegenhain, 15. 4. 1966

KREISSPARKASSE ZIEGENHAIN
Der Vorstand

Öffentliche Ausschreibungen

1421

Frankfurt: Das Autobahnamt Frankfurt (Main) beabsichtigt die Fahrbahndeckenarbeiten der doppelseitigen Verkehrsanlage der Tank- und Rastanlage Homberg/Elze an der Bundesautobahn Frankfurt (Main)-Hannover von km 339,8 bis km 341,0 herzustellen.

Die Fahrbahndeckenarbeiten sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Leistungen:

- 1.) 30 000 cbm frostsicheres Material liefern und einbauen
- 2.) 3 200 qm Leitstreifen der Fahrbahnen und Parkplätze 0,50 und 1,00 m breit
- 3.) 40 000 qm Betonfahrbahndecken 22 cm dick einschl. Fugenausbildung
- 4.) 5 100 qm Beton-Hochbordsteine liefern und auf Unterbeton versetzen
- 5.) 90 Stck. Straßeneinläufe liefern und versetzen
- 6.) 500 m Kastenrinne unter dem Leitstreifen in Beton mit Abdeckung herstellen
- 7.) 1 800 qm Betonverbundsteinpflaster mit Unterbeton herstellen
- 8.) 300 m Rasenrandsteine liefern und in Beton versetzen
- 9.) Div Nebenarbeiten

Submissionstermin ist der 14. Juni 1966, um 10.00 Uhr.

Bewerber werden gebeten bis zum 11. 5. 1966 schriftlich mitzuteilen, daß sie an dem öffentlichen Wettbewerb teilnehmen wollen. Gleichzeitig sind 12,— DM bei der Staatskasse Frankfurt (Main)-Postcheckkonto Nr. 6821 Postcheckamt Frankfurt (Main) einzuzahlen. Auf der Zahlkarte ist als Betreff einzutragen: „Deckenarbeiten Homberg/Elze.“ Den Zahlkartenabschnitt bitte ich der Mitteilung beizufügen, er wird mit den Ausschreibungsunterlagen wieder zurückgegeben werden.“

6 Frankfurt (Main), 28. 4. 1966

Autobahnamt Frankfurt (Main)
Münchener Str. 4—6

1422

Bad Hersfeld: Zur Beseitigung von Fahrbahnschäden auf der A Landesstraße Nr. 3161 zwischen B 454 und Schorbach, B Landesstraße Nr. 3156 zwischen Schrecksbach und Holzberg sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:

Auszuführen sind:

A	B	
1 100	800 cbm	Boden auskoffern
2 500	1 800 t	Frostschutzmaterial
5 900	4 650 qm	bit. Unterbau 290 kg/qm
5 800	4 600 qm	Asphaltbinder 90 kg/qm
5 700	4 500 qm	Asphaltbeton 80 kg/qm

Bauzeit 50 35 Tage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 17. 5. 1966 unter Befügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 6,— DM für zwei Ausfertigungen (zusammen DM 12,— A + B) anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 25. Mai 1966 für A um 10.00 Uhr, für B um 11.00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 21 Werkstage

643 Bad Hersfeld, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1423

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für die Beseitigung von Fahrbahnschäden auf der Bundesstraße Nr. 62 zwischen Friedewald und Unterneurode sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

ca. 600 cbm	Boden lösen
ca. 1 200 t	Basaltmaterial 0/35 f. Frostschuttschicht (30 cm dick)
ca. 4 200 qm	bit. Unterbau 0/35 (12 cm dick)
ca. 4 100 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (90 kg/qm)
ca. 4 000 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (80 kg/qm)

Bauzeit: 30 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 16. 5. 1966 unter Befügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von DM 5,— für zwei Ausfertigungen anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 24. Mai 1966 um 10.00 Uhr im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld. Zuschlags- und Bindefrist: 21 Werkstage

643 Bad Hersfeld, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1424

Wiesbaden: Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße 3004 zwischen Sandplacken und Oberursel von km 5,0—7,7 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

Erdarbeiten 15 000 cbm, Frostschutzkies 3 500 cbm, Schotterunterbau in der Verbreiterung 6 000 qm, Schotter- oder Bitumenstrichschicht über der alten Fahrbahn 3 600 t, Decke und Binder 15 000 qm, Tiefbord 4 000 lfd. m, und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 120 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Geräte und Maschinen verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 23. 5. 1966 anzufordern mit der Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von DM 8,—, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postcheck-Konto Frankfurt/M., Nr. 68 30, zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes „Ausbau der L 3004 zwischen Sandplacken und Oberursel“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 16. 5. 66 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 48.

Eröffnung: Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13 am 27. 5. 1966, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werkstage.

62 Wiesbaden, 26. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1425

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3423 von km 0,007 bis km 3,530 zwischen Abzweig Markershausen und Holzhausen, Kreis Eschwege, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 5 000 cbm Erdbewegung
- 1 800 cbm Frostschuttschicht (24 cm dick)
- 3 500 t Verfestigungsschicht 0/25 aus Basalt (10 cm dick)
- 17 500 qm bit. Unterbau 0/35 (10 cm dick)
- 17 000 qm Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm)
- 16 700 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (60 kg/qm) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 200 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 13. 5. 1966 anzufordern. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 2. 6. 1966 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage.

344 Eschwege, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1427

Eschwege: Die Arbeiten zum Ausbau von Kreisstraßen im Kreis Eschwege sollen vergeben werden.

Los I Kreisstraße 27b, km 2,061 — 3,346 zw. Eltmannsee-Kreisgr. Rotenburg.

Los II Kreisstraße 41, km 0,350 — 1,516 zw. Vockerode — Wolfterode.

Auszuführen sind:

Los I	Los II	
1 500	2 100 cbm	Erdarbeiten
1 000	1 200 cbm	Frostschuttschicht
1 300	1 200 t	Verfestigungsschicht Basalt d. K. 0/35 mm
6 500	6 300 qm	Bitu-Unterbau 190 kg/qm
6 200	6 100 qm	Asphaltbinderschicht d. K. 0/18 mm (75 kg/qm)
6 100	6 000 qm	AFB d. K. 0/8 mm 45 kg/qm

Bauzeit 75 75 Tage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen müssen bis zum 13. 5. 1966 angefordert sein. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 3. 6. 1966 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage.

344 Eschwege, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

426

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße 001 Los I km 0,622 — 1,700 zwischen Ermschwerd—Hubenrode Bauänge 1078 m.

Los II km 3,340 — 4,736 zwischen Hubenrode—Kleinalmerode Bauänge 1396 m sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

Los I	Los II	
800	650 cbm	Mutterboden abtragen,
3500	7900 cbm	Erdbewegung,
1550	700 cbm	Frostschuttschicht 0,2—30 mm (29 cm dick)
6150	7300 qm	bit. Unterbau 0/35 (240 kg/qm)
6000	7150 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm),
5900	7000 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (60 kg/qm) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: Los I 110 Werktage, Los II 110 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 12. 5. 1966 anzufordern. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 14,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 1. Juni 1966 um 11.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werk-tage.

344 Eschwege, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1428

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3424 km 2,988 — km 6,005 zwischen Eschwege und Langenhain, Kreis Eschwege, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1 500 cbm	Mutterboden abtragen
10 000 cbm	Erdbewegung
4 700 cbm	Frostschuttschicht (34 cm dick)
16 600 qm	bit. Unterbau 0/30 (240 kg/qm)
15 900 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm)
15 600 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (60 kg/qm) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 200 Werktage

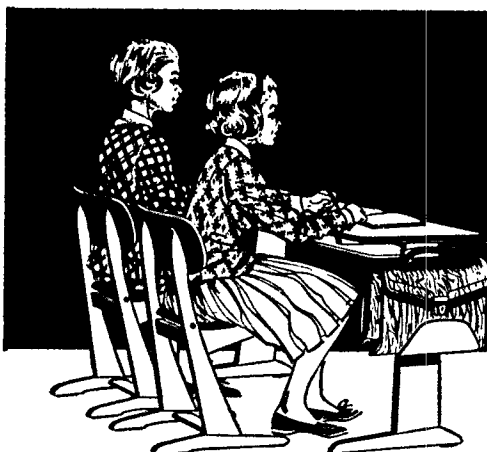
Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 11. 5. 1966 anzufordern. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 13,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 26. Mai 1966, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werk-tage.

344 Eschwege, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt



VVS

Rund tausend Stunden im Jahr verbringt der Schüler im Klassenraum — der Lehrer noch mehr. Deshalb müssen Schulmöbel dem Körper angepaßt sein. VS-Schulmöbel sind körpergerecht gestaltet. Wir liefern Schul-möbel für Lehrer und Schüler: Tische, Stühle, Schränke, Schreibische, Konferenztische, Tafeln — in vorbildlicher Ausführung. Fordern Sie In-formationen an.

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG 6972 Tauberbischofsheim Ruf 633 Telex 06-89521

VS-Niederlassung 6 Frankfurt (Main) · Im Trutz 39 · Ruf 72 62 94

1429

Schotten: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstr. 3188, Abt. B 455 (Kreuzquelle) bis Echzell mit Brückenneubau (Rahmenkonstruktion), sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1 200 cbm	Erdbewegung
1 000 t	Abraum und Steinerde
1 700 t	Frostschuttschicht 0/35
4 200 t	Asphaltmischgut 0/35 (Vorprofil u. Tragschicht)
14 000 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (100 kg/qm)
14 000 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 (70 kg/qm)
150 m	Längsdränage
80 cbm	Stahlbeton
12 t	Betonstahl I
6 t	Betonstahl IIa
80 qm	Sohlen- und Böschungspflaster

Bauzeit: 70 Werktage für beide Lose.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 11. 5. 1966 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 9,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postcheck-Konto Nr. 39312 Frankfurt (Main), mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 18. 5. 1966, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Gederner Str. 10. Zuschlags- und Bindefrist 21 Kalendertage.

6479 Schotten, 29. 4. 1966

Hessisches Straßenbauamt

1430

Bei der Gemeindeverwaltung in Hattenheim, Landkreis Rheingau, ist ab sofort die

Stelle eines Gemeindeobersekretärs

zu besetzen.

Die Besoldung erfolgt nach Gruppe A 7 des Hessischen Besoldungsgesetzes.

Gefordert wird der Nachweis über die Ablegung der ersten Verwaltungsprüfung. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

In einem gemeindeeigenen Haus ist sofort eine Dienstwohnung, bestehend aus vier Zimmern, Küche und Bad zu beziehen.

Bewerbungen mit handschriftlichem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lichtbild werden bis 15. Juni 1966 an den Gemeindevorstand erbeten.

6229 Hattenheim, 29. 4. 1966

Der Gemeindevorstand

In Zuschriften an den Staats-Anzeiger
bitte
Ihre Postleitzahl nicht vergessen!

H. Wilken Ing. KG

Frankfurt/M., Bergerstraße 289 · Telefon 45 21 56

Planung von Ent- und Bewässerungsanlagen
Ausführung von Kanalarbeiten — Kanalreinigungen
Grubenentleerungen



**VERKEHRSSCHILDER
VERKEHRSTRASPARENTE
FAHRBAHNMARKIERUNG**

FRANKFURTER SCHILDERFABRIK LUDWIG EDEL
FRANKFURT AM MAIN, WEISMÜLLERSTRASSE 44

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunaler Baumaßnahmen

JAKOB NOHL GmbH

D A R M S T A D T || F R A N K F U R T / M.
Martinstraße 22—24 · Tel. 72941 || Sontroer Str. 15 · Tel. 411055 56

Heizung · Lüftung · Ölfeuerung
Sanitäre Anlagen

ingenieurbüro fay

- beratung
- planung
- bauleitung

wiesbaden, rheinstraße 49, ruf: 2 52 74

wasserversorgung · abwasserbeseitigung
bearbeitung von einleitungsanträgen

Gebr. **Schinkel** OHG.

ELEKTRO · HEIZUNG · SANITAR

Wiesbaden-Erbenheim, Barbarossastraße 1 · Fernruf 7 43 24

ELEKTRO- KERN ANLAGEN- UND GERÄTEBAU

Ausführung sämtlicher Hochspannungs-, Starkstrom-, Neon-,
Antennen- u. Blitzschutzanlagen, Reparaturen, Projektierungen

FRANKFURT/MAIN-NIED, Mainzer Landstraße 691 · Telefon 38 33 83

DIPL.-ING. SCHEUERMANN u. MARTIN

Beratende Ingenieure VBI
Tiefbautechnisches Büro

WIESBADEN

Adolfstraße 14 · Tel.-Sa.-Nr. 37 20 85/37 20 86

KANALISATION
KLARANLAGEN
WASSERVERSORGUNG
STRASSENBAU

BERATUNG
ENTWURF
BAULEITUNG

Planungs- und Beratungsbüro

für Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und
sanitäre Anlagen

Obering. K. WAGNER, VDI
Wiesbaden, Rautenthaler Straße 14, Tel. 4 24 16

BERATUNG · PLANUNG · BAULEITUNG

**Wasserversorgung, Kanalisation,
Rohrnetzüberprüfung**

DIPL.-ING. LOTHAR LANG

WIESBADEN; LAHNSTRASSE 108 · FERNRUF 41839

Wohnungsbaurichtlinien 1965

Im Sonderdruck des StAnz. sind folgende Erlasse und Verordnungen zusammengefaßt:

1. Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Hessen durch öffentliche Mittel — Wohnungsbaurichtlinien 1965 —
2. Bestimmungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungsbaues sowie der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden im Lande Hessen (Bürgschaftsbestimmungen 1962)
3. Hessische Verordnung zur Durchführung des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 (WoBindVO) vom 15. Oktober 1965
4. Hessische Verordnung zur Durchführung des Dritten Bundesmietengesetzes
5. Richtlinien über die Regelung des Verfahrens zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz 1965 — WoBindG 1965) vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 954 — Wohnungsbindungsrichtlinien —)
3. Mietregelung nach §§ 8 und 29 des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (WoBindG 1965) vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 954 ff.) und des § 6 des Dritten Bundesmietengesetzes vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 971 ff.)
4. Richtlinien über die Gewährung von staatlichen Wohnungsfürsorgemitteln im Lande Hessen (WF-Richtlinien 1965) vom 25. August 1965 StAnz. S. 1279. mit Ergänzung vom 15. Dezember 1965. StAnz. 1966 S. 16
5. Ablösung von staatlichen Arbeitgeberdarlehen vom 3. September 1964. StAnz. S. 1214 mit Änderung vom 21. Dezember 1965. StAnz. 1966 S. 72

Der 48 Seiten umfassende Sonderdruck wird zum Stückpreis von DM 2.50 und DM -40 Verpackungs- und Versandkosten, geliefert Einzählungen mit genauem Bestellvermerk auf das Postscheckkonto des Verlages.

Bei schriftlicher Bestellung von mehr als 10 Exemplaren erfolgt Lieferung auf Rechnung zum ermäßigten Preis.

Verlag Kultur und Wissen GmbH
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42
Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr. 143 60

Eigentum ist sicherer!



Es ist ein Irrtum zu glauben, nur die Grundstücks- und Baupreise würden höher. Auch die Wohnungsmieten sind teurer geworden.

Ihnen hilft das BHW

Eines Tages wird auch Ihr Hauswirt die Miete erhöhen, wenn er es nicht schon getan hat. Sorgen Sie deshalb vor. Der Abschluß eines Bausparvertrages beim BHW ist der erste Schritt zum Wohnungseigentum oder Eigenheim. Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Informationsschrift "B2" an. Es lohnt sich!

Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse
für Angehörige
des öffentlichen Dienstes
325 Hameln (Weser)
Kastanienwall

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

DRUCK- UND VERLAGSHAUS PHIL. L. FINK KG GROSS-GERAU · TELEFON-Sa.-Nr. 811	liefert Drucksachen für Behörden und Industrie in Buch- und Offsetdruck Spezialität: Broschüren Massendrucksaehen
--	---

W. Schleenbecker Verbandstoffe · Verbandkästen alles für die erste Hilfe Frankfurt/M., Robert-Mayer-Str. 57 · Ruf 77 38 63
--

	Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere Kartei- und Aktendeckelkarton Zeichen- und Transparentpapiere feine Briefbogen und Anzeigekarten
DRISLER & Co 6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88 Telefon Sammel-Nr. 77 00 06 · FS: 04 13 128	

DAG-SCHULE	Buchführung · Kostenrechnung · Bilanzwesen Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72-74
------------	---

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,60. Herausgeber: der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ltd. Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH., 62 Wiesbaden. Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz, Nr. 78 326, Deutsche Effekten- und Wechselbank. 62 Wiesbaden. Nr. 69 655. Druck: Pressehaus Geisels, Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Ruf: Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber: 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM -25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,- und DM -30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM -40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM -40 Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 v. 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.

Der Arbeitsunfall

Alle Fragen, die mit dem Arbeitsunfall und dessen Folgeerscheinungen im Zusammenhang stehen, werden in dem seit vielen Jahren bekannten und bewährten Werk

**Alle
Rechts-
und
medizinischen
Fragen
des
Arbeitsunfalles
umfassend
dargestellt!**

Der Arbeitsunfall

von R. Wagner, Verw.-Dir. a. D.

ausführlich behandelt.

Das Werk ist jetzt in **vierter, erweiterter und völlig neu bearbeiteter Auflage** erschienen und berücksichtigt den neuesten Stand der gesetzlichen Vorschriften, die gesamte Rechtsprechung, das Schrifttum und die neuesten Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaften.

Für alle Sachbearbeiter, zu deren Aufgaben auch die Bearbeitung der Arbeitsunfälle gehört, stellt dieses Buch eine wesentliche Hilfe dar.

Derzeitiger Preis: 110,60 DM. Bestellungen nimmt entgegen jede Buchhandlung oder der

Verlag Dr.iur. Engel Nachf. · 62 Wiesbaden · Wilhelmstr. 42